

POLITISCHE STUDIEN 467

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

67. Jahrgang | Mai-Juni 2016 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

DIE ENTWICKLUNG CHINAS IM GLOBALEN KONTEXT

Mit Beiträgen von

Saskia Hieber | Gu Junli | Daniel Leese | Markus Taube | Mei Zhaorong



/// FRIEDRICH MERZ Politische-Studien-Zeitgespräch zu TTIP als Chance für Europa

/// RODERICH KIESEWETTER / STEFAN SCHELLER ISAF – Verstanden und dazugelernt

/// SIEGFRIED BALLEIS Automatisiertes Fahren

www.hss.de



„Werden wir Sicherheit haben, wenn wir uns auf uns selbst **ZURÜCKZIEHEN?**“

NICHT ZU FASSEN!

Es war von vorneherein ein gesellschaftspolitisches Phänomen, dieses geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Und es bleibt der Tummelplatz für diffuse und konkrete Ängste, die in einer unsicheren, ungeordnet globalen Welt entstehen. Aber werden wir Sicherheit haben, wenn wir uns auf uns selbst zurückziehen?

Rückzug und Misstrauen sind menschlich verständliche Reaktionen auf Komplexität und Unsicherheit. Kann man den Amerikanern trauen? Kann man der Durchsetzungskraft der Europäischen Kommission trauen? Sind wir Opfer neoklassischen Profitstrebens? Treiben uns die USA über ihre Konzerne die Demokratie aus, die sie uns nach 1945 verordnet haben? Wer weiß es? Unsicherheit überall. Wir beziehen unseren Wohlstand weitgehend durch Exportüberschüsse. Es gibt keinen Plan B, wie wir unser Geschäftsmodell weiterführen, wenn TTIP scheitert. Handel wird es auch nach einem Scheitern geben – ohne klar formulierte Standards. Ob sich die Welt dann, nach den Kapriolen unserer Vorzeigewirtschaft, an uns ein Vorbild nimmt? Sicher ist das nicht.

Nun hat die Presse von TTIP-Gegnern Informationen bekommen, dass sich die EU mit den Vereinigten Staaten schwer tut; gleichzeitig hat sie über toxisches Kinderspielzeug aus China berichtet. Wir können TTIP stoppen, aber nicht die Handelsströme. Amerika ist ein knallharter Verhandlungspartner und die Kommission bräuchte großen Rückhalt, um unsere Werte und Standards weltweit zu positionieren und unsere roten Linien zu sichern. Auszusteigen, weil „die anderen uns über den Tisch ziehen wollen“, ist kein Zeichen souveräner Verhandlungsmacht. Angst bändigt man, wenn man sich mit ihr konfrontiert, nicht, wenn man ihr ausweicht.

Dr. Claudia Schlembach
ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



22

INHALT



72



33



51

IM FOKUS

18 CHINA ZWISCHEN GEOPOLITISCHEM ANSPRUCH UND WIRTSCHAFTLICHER REALITÄT

Einführung

ANDREA ROTTER

22 CHINA AUF DER SUCHE NACH EINEM NEUEN ENTWICKLUNGS- UND WACHSTUMSMODELL

Wirtschaftswunder war gestern

MARKUS TAUBE

33 RED SOLDIER 2.0 – CHINAS SICHERHEITSPOLITIK UNTER DEN BEDINGUNGEN MILITÄRISCHER MODERNISIERUNG

Wie berechenbar ist China?

SASKIA HIEBER

42 NATIONALE IDENTITÄT IM WANDEL: CHINESISCHE AUSSENPOLITIK IN DER ÄRA XI JINPING

Quo vadis China?

DANIEL LEESE

IM FOKUS

51 FÜR EINE DAUERHAFT STABILE ENTWICKLUNG DER CHINESISCH-DEUTSCHEN ZUSAMMENARBEIT

China und Deutschland verbindet eine besondere Freundschaft

MEI ZHAORONG

61 PROFESSOR GU JUNLI ERINNERT SICH AN SEINE ZEIT IN DEUTSCHLAND

... über Franz Josef Strauß, „alte“ Zöpfe und die Herausforderungen des Lebens in Bayern

GU JUNLI

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

06 TTIP ALS CHANCE FÜR EUROPA

Über marktwirtschaftliche und strategische Allianzen

FRIEDRICH MERZ

ANALYSEN

72 ISAF – VERSTANDEN UND DAZUGELERNT

Mission erfüllt?

RODERICH KIESEWETTER / STEFAN SCHELLER

80 AUTOMATISIERTES FAHREN

Das Auto der Zukunft

SIEGFRIED BALLEIS

AKTUELLES BUCH

88 EUROPA UND DIE FLÜCHTLINGS-KRISE

Es braucht eine Koalition der Willigen

THOMAS SILBERHORN

RUBRIKEN

03 EDITORIAL

91 REZENSIONEN

103 LESEEMPFEHLUNG

104 ANKÜNDIGUNGEN

106 IMPRESSUM

/// Über marktwirtschaftliche und strategische Allianzen

TTIP ALS CHANCE FÜR EUROPA

FRIEDRICH MERZ /// galt vielen als wirtschaftspolitisches Gesicht der CDU. Als er 2009 nach einer langen politischen Karriere, unter anderem als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, den Bundestag verließ, wandte er sich der Pflege der transatlantischen Beziehungen zu. Zur Zeit ist er Vorsitzender der Atlantik-Brücke, ein überparteilicher Verein zur Stärkung der deutsch-amerikanischen Freundschaft, dem Merz seit vielen Jahren angehört. Er nahm seine Arbeit als Wirtschaftsanwalt wieder auf und ist u. a. Vorsitzender des Aufsichtsrates (Chairman) der BlackRock Asset Management Deutschland AG. Die Hanns-Seidel-Stiftung konnte Friedrich Merz für eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Visionen für Europa“ und für ein Zeitgespräch gewinnen.

Politische Studien: Herr Merz, Sie sind Vorsitzender der Atlantik-Brücke, eines privaten überparteilichen Vereins, der buchstäblich eine Brücke zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schlagen will. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Verständnis. Da tun Sie und der Verein sich im Moment schwer. Die NSA-Affäre und das

Handy unserer Kanzlerin überlagern die gemeinsamen Errungenschaften. Was ist angesichts dieser Realität die Substanz unseres transatlantischen Verhältnisses?

Friedrich Merz: Zunächst einmal ist es eine sehr politische Substanz. Ich nenne es immer noch Wertegemeinschaft der Europäer und der Amerikaner. Wir berufen uns auf die gleichen Wurzeln der Aufklärung und der über Jahrhunderte entwickelten Demokratien in den USA und in vielen anderen Ländern Europas. Es ist diese Erfahrung offener, freiheitli-

”

Es ist die Erfahrung offener, **FREIHEITLICHER** Gesellschaften, die Europäer und Amerikaner miteinander verbindet.

Ein erfolgreiches wirtschaftliches Zusammenspiel zwischen Europa und den USA verlangt eine Einigung auf alle Eckpunkte des Handelsvertrags.



cher Gesellschaften, die uns miteinander verbindet. Eine Wertegemeinschaft ist es, weil wir liberale Werte wie Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, politische Freiheiten im allumfassenden Sinne als den Kern und die Substanz unserer gesellschaftlichen Ordnungen auf beiden Seiten des Atlantiks ansehen.

Politische Studien: Diese eher harmonische Sicht transatlantischer Gemeinsamkeiten teilen nicht alle. Gerade an fundamentalen Positionen wie dem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, dem Verständnis von Partnerschaft entzünden sich heftige Diskussionen.

Friedrich Merz: Man kann mit manchem guten Recht aus unserer deutschen und europäischen Sicht heraus die Erscheinungsform des amerikanischen Rechtsstaats und der amerikanischen Demokratie kritisieren. Amerika ist anders. Aber es ist ein Rechtsstaat und eine Demokratie. Genauso wie wir für uns in Anspruch nehmen, eine europäische demokratische Ordnung zu haben. Eine Ordnung, die die Amerikaner ihrerseits mit kritischem Blick würdigen. Nicht, dass ihr die Substanz als Demokratie in Abrede gestellt wird, aber die Erscheinungsformen unserer europäischen demokratischen Struktur, Dinge

wie die mangelnde Repräsentanz in der Zusammensetzung des europäischen Parlaments, das trifft in Amerika nicht nur auf Verständnis.

Politische Studien: Eine völlige Übereinstimmung in den Ansichten ist keine Voraussetzung einer funktionierenden Partnerschaft. Bestimmte Ankerpunkte aber braucht es. Lange Zeit haben uns die Wirtschaftsbeziehungen getragen, nun ist aber auch diese nutzengeprägte Kooperation in die Kritik geraten. Die Diskussion um TTIP zeigt das deutlich.

Friedrich Merz: Deutschland und Europa auf dieser Seite des Atlantiks, die Vereinigten Staaten mit Kanada und Mexiko auf der anderen sind die großen Wirtschaftsräume, die nach wie vor mehr als die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts erzeugen. Sie sind trotz aller Entwicklungen, die von China und anderen Ländern des asiatischen Raumes ausgehen, immer noch die Länder, die gegenseitig am tiefsten verflochten sind durch gegenseitige Investitionen, durch große Betriebe und Betriebsteile großer Unternehmen. Die Siemens AG etwa ist mit einer hohen fünfstelligen Zahl von Beschäftigten in Amerika vertreten. Umgekehrt ist General Electric (GE), der große Wettbewerber für Siemens, mit noch größeren Zahlen von Beschäftigten auf dieser Seite des Atlantiks. Beide Unternehmen investieren gegenseitig in Europa und Amerika. Diese gegenseitige Verflechtung ist nach wie



Europa und die Vereinigten Staaten sind die großen **WIRTSCHAFTSRÄUME**, die mehr als die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts erzeugen.



Der NATO-Vertrag stellt nach wie vor das entscheidende politische **FUNDAMENT** unserer Zusammenarbeit dar.

vor die größte, die es in Wirtschaftsräumen auf dieser Welt gibt.

Politische Studien: Wenn Sie hier nun Zahlen, Daten, Fakten bemühen, kommen wir nach der Wertethematik und der ökonomischen Verbindung unweigerlich auf die außen- und sicherheitspolitische Ebene, die die transatlantischen Beziehungen durch die aktuellen Herausforderungen, vor allem durch den islamistischen Terrorismus, aber auch durch die Ukraine-Krise herausfordert.

Friedrich Merz: Die Sicherheitsfrage ist eine so enge Verbindung zwischen Europa und Amerika, dass sie eigentlich durch keine andere ersetzt werden könnte. Verbunden sind wir durch einen großen Vertrag, den NATO-Vertrag. Ein Vertrag, der das transatlantische Verhältnis in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bestimmt hat und nach wie vor das entscheidende politische Fundament unserer Zusammenarbeit darstellt. Dieser NATO-Vertrag war nie zuerst als Militärbündnis verstanden worden, sondern immer als ein politischer Vertrag, der Europa und Amerika als Wertegemeinschaft aneinander bindet. Diese Bindung wird brüchiger, da Amerika nun auch die neue Herausforderung im asiatischen Raum zu bestehen hat.

Politische Studien: Sie sprechen die Hinwendung der Amerikaner zum Pazifik, den sog. „Pivot to Asia“ an. Was folgt daraus für uns Europäer und für das transatlantische Verhältnis?

Friedrich Merz: Es gibt diesen „Pivot to Asia“ nicht, aber es gibt ein hohes Maß an Interesse der Amerikaner im pazifischen Raum. Wenn wir zugrunde legen, dass regionale Konflikte, asymme-

trische Kriegsführung, religiös begründete Auseinandersetzungen im Mittleren Osten uns alle herausfordern, dann dürfte es geradezu trivial sein, dass wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA angewiesen sind. Aber die Vereinigten Staaten werden auf Dauer nicht bereit sein, 75 % des NATO-Budgets zu finanzieren, wie sie es seit Jahren tun. Und sie werden mittelfristig weniger bereit sein, sich politisch wie militärisch in den großen Krisenregionen des Mittleren Ostens zu engagieren. Denn sie sind mittlerweile weitgehend unabhängig von Öl und Gas aus diesen Regionen. Dass das sogenannte „Fracking“ – das Aufbrechen von Öl- und Gasvorkommen in Schiefer- und Sandgestein – in den USA zurzeit nicht weiter verfolgt wird, hat allein ökonomische Gründe, keinerlei umweltpolitische oder rechtliche Gründe. Bei dem gegenwärtig niedrigen Ölpreis und dem damit einhergehenden niedrigen Gaspreis lohnt sich die konventionelle Förderung, und die hat in den USA in den letzten Jahren in einem gewaltigen Umfang zugenommen. Hinzukommen die Vorkommen in Kanada und die entsprechenden Versorgungsleitungen zwischen Kanada und Amerika. Das bedeutet im Klartext, dass zumindest die Sicherung der Transportwege vom Mittleren Osten mittelfristig eine europäische Aufgabe und nicht mehr allein eine amerikanische Aufgabe sein wird.

Politische Studien: Irgendwie denkt man da jetzt an den Irakkrieg ...



Die Amerikaner werden in Zukunft **WENIGER** bereit sein, sich international zu engagieren.

Friedrich Merz: Die Behauptung, die Amerikaner hätten den Irakkrieg nur deswegen begonnen, weil sie sich ihre Erdölreserven dort sichern wollten, hält einer Überprüfung nicht stand. Denn die Erdölförderung aus dem Irak heraus ist in den Monaten vor dem Irakkrieg in jedem Monat größer gewesen als die Lieferung aus dem Irak in jedem beliebigen Monat nachher. Also wenn es allein darum gegangen wäre, hätten die Amerikaner dort nicht intervenieren dürfen. Es hatte politische Gründe, die mit dem 11. September 2001 eng verbunden sind. Die Informationen der amerikanischen Öffentlichkeit, auch der Weltöffentlichkeit über das dort vorhandene nukleare, chemische und biologische Potenzial haben sich als unzutreffend erwiesen. Dieser Irakkrieg war ein schwerer militärischer, politischer und strategischer Fehler der Vereinigten Staaten von Amerika. Darüber wird in Amerika – nicht nur in Europa – intensiv und sehr Streitig diskutiert. So kommt nicht aus Europa, sondern aus Amerika, die Formulierung, dass dieser Krieg die „Öffnung des Tors zur Hölle“ gewesen ist. Amerika diskutiert, streitet auch über sein Engagement in Afghanistan.

Politische Studien: Eine gewisse Kriegsmüdigkeit der Amerikaner lässt sich auch an der Diskussion über „Nation Building at Home“ erkennen.

Friedrich Merz: Die Amerikaner werden allein aufgrund ihrer starken materiellen Inanspruchnahme durch diese Konflikte in Zukunft weniger bereit sein, sich international zu engagieren. Jeder Präsident nach Barack Obama wird das Thema „Nation Building at Home“ sehr viel stärker artikulieren als die Bereitschaft, zum „Nation Building“ in anderen Ländern der Welt beizutragen. „Regime Change“ wird wahrscheinlich in der nächsten Amtseinführungsrede keine Rolle mehr spielen. Das bedeutet, dass wir Europäer uns, insbesondere unter den europäischen NATO-Staaten, die Frage stellen müssen, wo unsere Sicherheitsinteressen liegen und welche Herausforderungen wir aus europäischer Perspektive besprechen müssen. Wir kämen dann, ich sage das in jeder Hinsicht im Konjunktiv, vielleicht zu anderen Ergebnissen als denen, die jetzt aus der Situation des Augenblicks heraus etwa in Syrien ergriffen wurden. Vielleicht hätte man dort sehr viel früher mit Flugverbotszonen reagieren müssen, um eine Eskalation des Konflikts gegen die Zivilbevölkerung zu vermeiden, statt jetzt etwas zu tun, was in der unmittelbaren Zusammenarbeit und potenziellen Konfrontation mit den russischen Streitkräften viel konfliktanfälliger geworden ist.

Politische Studien: Sie sprechen Russland an. Welche Bedeutung ordnen Sie Russland bzw. Wladimir Putin im europäischen Kontext zu?

Friedrich Merz: Auf Dauer werden wir weder in Europa noch im transatlantischen Verhältnis eine stabile politische Ordnung ohne Russland schaffen können. Die Frage ist nur, welches Russland und mit welchen Institutionen. Wir müssen sehr nüchtern herangehen an die Frage, wie sich wenigstens mittel- und langfristig mit Russland wieder ein vernünftiges Verhältnis aufbauen lässt. Ich halte es für ausdrücklich richtig, dass wir in der Syrienfrage versuchen, so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Ich halte es genauso für ausdrücklich richtig und nicht als Widerspruch, dass wir die Sanktionen wegen der Ukraine aufrechterhalten, solange sich dort nichts ändert. Russland bleibt für Europa, aber auch für eine zukünftige Weltordnung strategisch wichtig. Die Bemerkung von Präsident Obama, Russland sei lediglich eine Regionalmacht, hat natürlich provoziert, aber das erklärt und entschuldigt alles nicht das Verhalten Putins und seines Regimes. Das ist für uns, so wie es sich jetzt darstellt, inakzeptabel und das müssen wir auch hinreichend zum Ausdruck bringen.

Politische Studien: TTIP wird Putin auch nicht allzu sehr erfreuen. Dabei hat dieses Handelsabkommen auch so große Schwierigkeiten, sich in den wirtschaftlich starken europäischen Ländern zu positionieren. Es sind hier viele Ängste im Spiel, vor allem vor den Konzernen. Es zeigt sich Misstrauen gegen die Entschei-

dungsträger in der Europäischen Kommission und eine gehörige Portion Antiamerikanismus. Für Sie als Atlantiker sicher unangenehm.

Friedrich Merz: TTIP ist keine Erfindung deutscher oder europäischer Konzerne. Es ist die gemeinsame Idee der deutschen Bundeskanzlerin und George Bushs jun., eine engere transatlantische wirtschaftliche Partnerschaft zu etablieren, die erst später in der Europäischen Union und der amerikanischen Administration aufgenommen wurde. Wir haben sehr viele Zoll- und Handelsabkommen in der Form, aber bisher kein Abkommen dieser Reichweite wie TTIP. Bei TTIP geht es auch um Zölle, die es zwischen Europa und Amerika unverändert gibt. Im Agrar- und Lebensmittelhandel sind die Zollsätze relativ hoch, der Warenaustausch aber relativ niedrig. Dahingegen sind in Bereichen wie der Automobilindustrie, Maschinenbau oder der chemischen Industrie die Zollsätze relativ niedrig, der Warenaustausch jedoch relativ hoch. Deswegen sind die Summen, um die es geht, trotz hoher Sätze bei den Agrarprodukten klein und trotz niedriger Sätze bei den sonstigen Wirtschaftsgütern hoch. Die Industrie auf beiden Seiten des Atlantiks hat ein Interesse daran, dass die Zölle gesenkt werden. Die meisten von Ihnen wissen vielleicht, dass BMW fast die gesamte X-Serie, also den X3, X5, X6, in den USA produziert. Bei der Einfuhr



RUSSLAND bleibt für Europa und für eine zukünftige Weltordnung strategisch wichtig.



Friedrich Merz (r.) mit dem Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. Peter Witterauf, bei einer Veranstaltung im Dezember 2015 im Konferenzzentrum München.

nach Europa wird ein Zoll in der Größenordnung zwischen 3 % und 5 % auf den Endverkaufspreis fällig. Dieser Wettbewerbsnachteil würde entfallen. Das zu erreichen, ist Gegenstand aller Zollabkommen und an dieser Stelle gilt: Ein multilaterales Zollabkommen wäre besser als bilaterale Abkommen. Die Welt handelsorganisation GATT, heute die WTO, hat sich aber leider zu lange genug erfolglos darum bemüht, ein solches globales Zollabkommen zu schaffen.

Politische Studien: Der Widerstand gegen TTIP macht sich allerdings viel mehr an den sog. nicht-tarifären Handelshemmnissen fest, die auf Kosten unserer Qualitätsstandards, unserer technischen Normen, unserer Arbeitsschutzregeln, unserer Ablehnung gegenüber genmanipuliertem Getreide abgebaut, sprich gesenkt werden sollen. Und das alles hinter

verschlossenen Türen. Auch wenn jetzt Licht ins Dunkel kommt – eine vertrauensbildende Maßnahme war das nicht.

Friedrich Merz: Hier geht es in der Tat ans Eingemachte. Nun wäre dies alles erheblich einfacher und wahrscheinlich wären die Vorbehalte in großen Teilen der interessierten Öffentlichkeit viel kleiner, wenn die EU-Kommission zu Beginn der Verhandlungen mit den Amerikanern das Verhandlungsmandat veröffentlicht hätte, was sie seinerzeit von den 28 europäischen Staats- und Regierungschefs bekommen hat. Es gibt zwei wesentliche politische Verantwortungsbereiche, die vollständig in der Hand der europäischen Institutionen sind: die Währungspolitik und die Handelspolitik. In der Währungspolitik hat die europäische Zentralbank das Steuer übernommen, in der Handelspolitik wird die Zuständigkeit in der EU-Kom-

mission sozusagen ausgefüllt mit einem Mandat der Mitgliedstaaten. Die Staats- und Regierungschefs haben der EU-Kommission das Verhandlungsmandat gegeben, mit Amerika ein umfassendes Handelsabkommen abzuschließen. Deswegen verhandelt die Kommission, vertreten durch Cecilia Malmström. Wäre dieses Verhandlungsmandat der Kommission früh genug veröffentlicht worden, hätte sich manche Spekulation über mögliche Geheimverhandlungen zwischen Europa und Amerika gar nicht ergeben. Tatsache ist, dass auf Basis eines veröffentlichten Mandats und in dessen Grenzen Verhandlungen mit den USA geführt werden. In einer bisher nie dagewesenen Weise – ich gebe zu, erst auf öffentlichen Druck – wurden jetzt fast alle Verhandlungsdokumente unmittelbar nach Abschluss der bisherigen elf Verhandlungsrunden veröffentlicht.

Politische Studien: Fast alle?

Friedrich Merz: Ja, denn die EU-Kommission kann nicht jede Verhandlungsposition der Europäer veröffentlichen, dann wäre es nämlich keine Verhandlungsposition mehr. Das ist die ständige Übung bei staats- und völkerrechtlichen Verträgen, und es handelt sich hier um einen solchen Vertrag, dass sie zunächst einmal zwischen den Regierungen, also der Exekutive – in diesem Fall ist das die EU-Kommission – verhandelt werden und zwar weitgehend unter Ausschluss

der Öffentlichkeit. Das haben wir bei 130 Handelsabkommen, die Deutschland und Europa in den letzten 40 Jahren abgeschlossen haben, klaglos akzeptiert. Ich habe mich als Abgeordneter im Europäischen Parlament wie im Deutschen Bundestag selten für den Inhalt dieser Abkommen interessiert, wenn sie denn zur Abstimmung im Parlament vorlagen. Ich habe noch nie in meinem Leben einen Zollkodex gelesen. Ich weigere mich auch, das zu tun. Hier muss ein Parlament auch den Verhandlungen der Regierung Vertrauen entgegenbringen.

Politische Studien: Da sind Sie jetzt an einer neuralgischen Stelle: Dieses Vertrauen scheint aber gegenüber der Europäischen Union tendenziell abhanden gekommen zu sein.

Friedrich Merz: Ja, das mag stimmen, trotzdem ist es richtig, dass die Arbeitsteilung beibehalten wird. Nicht Parlamente verhandeln, sondern Regierungen. Und im Falle der Europäischen Union hat die Kommission die vertragliche Verpflichtung, solche Verhandlungen zu führen. Spätestens seit der Einführung des europäischen Binnenmarktes in den frühen 90er-Jahren wissen wir, was das bedeutet. Ich erinnere mich, dass manche Kritik an diesem Projekt zum Teil wortgleich dieselbe

„Die Vorbehalte gegen TTIP wären wahrscheinlich viel kleiner, wenn die EU-Kommission das **VERHANDLUNGSMANDAT** von Beginn an veröffentlicht hätte.“

Kritik war, die wir heute zu TTIP hören. Auch damals ging es um Arbeitsmarktstandards, Umwelt, Verbraucherschutz – bis hin zum größten Heiligtum deutscher Kultur schlechthin, nämlich dem Reinheitsgebot im deutschen Bier. Diesem hat die Konkurrenz letztendlich nicht nur nicht geschadet, sondern im höchsten Maße genutzt.

Politische Studien: Bei TTIP geht es um mehr als das Reinheitsgebot. Es geht u. a. um die Frage: Kann ein Handelsabkommen die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der USA und Europas sichern?

Friedrich Merz: Diese Frage richtet sich mehr an die Europäer als an die Amerikaner. Amerika verhandelt zurzeit nicht nur TPP, das Transpazifische Abkommen, kontrovers. Ende November 2014 fand in Beijing der große ASEAN-Gipfel statt und der chinesische Staats- und Parteichef hat den Vorschlag gemacht, ein großes transpazifisches Freihandelsabkommen zu schaffen mit einem einheitlichen pazifischen Wirtschaftsraum unter Einschluss – anders als bei TPP – der Volksrepublik China und der großen Wirtschaftsregionen wie z. B. Indonesien. Amerika hat keine Wahl. Sie werden an diesem Abkommen teilhaben müssen. Denn ihre Abhängigkeit von China, nicht zuletzt in der Aus-

landsverschuldung, ist so groß wie umgekehrt die Abhängigkeit Chinas von Amerika. Diese beiden großen Länder brauchen ein solches Abkommen für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Politische Studien: TTIP als Spielwiese der Konzerne – das ist einer der Hauptkritikpunkte gegen das Abkommen. Die europäische, vor allem die deutsche Wirtschaftsstruktur baut aber auf kleine und mittelständische Unternehmen, die eventuell dann die TTIP-Verlierer geben.

Friedrich Merz: Die großen Industrieunternehmen brauchen TTIP eigentlich nicht. Wenn es um Zölle geht, dann sind es Zölle, die alle treffen. Wenn es unterschiedliche Zulassungsverfahren betrifft, dann gibt es Ausweichmöglichkeiten. Man produziert dort, wo man seine Produkte verkaufen will. Große Industrieunternehmen tun das seit Jahrzehnten, die Hidden Champions tun das zunehmend. Sie alle sind nicht erfolgreich wegen der Öffnung des Marktes für Personenverkehr, Kapitalverkehr, Dienstleistungsverkehr und Warenverkehr. Der Erfolg unserer Exportwirtschaft auf dem europäischen Markt hat eine viel wesentlichere Ursache: die gegenseitige Anerkennung von technischen Normen und Zulassungsverfahren in Europa. Und das, was uns vor fast dreißig Jahren in Europa so eindrucksvoll gelungen ist mit der Öffnung des europäischen Bin-



Die Exportwirtschaft **INNERHALB** Europas profitiert von der gegenseitigen Anerkennung von technischen Normen und Zulassungsverfahren.



Möglich wäre im **VERBRAUCHERSCHUTZ**, dass man nicht das Prinzip des Herkunftslandes, sondern das des Bestimmungslandes weiter gelten lässt.

nenmarktes, das soll jetzt insbesondere bei den Standards und technischen Zulassungsverfahren im transatlantischen Handel gelingen.

Politische Studien: Sie sprechen über einen Markt innerhalb Europas. Die Angst der Europäer, der Deutschen, der TTIP-Gegner ist doch, dass gerade diese Standards zu Gunsten der amerikanischen Standards reduziert werden. Dass wir uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen müssen, der eben unsere Qualitätsvorstellungen unterschreitet.

Friedrich Merz: Ich möchte der weit verbreiteten Meinung widersprechen, dass die Amerikaner keine Standards haben. Sie haben zum Teil andere, das ist richtig. Aber ich möchte mir erlauben, daran zu erinnern, dass es bis zuletzt nicht die Europäer waren, die die großen Skandale der letzten Jahrzehnte aufgedeckt und rigoros verfolgt haben. VW ist nicht in Deutschland aufgedeckt worden, sondern in Amerika. Erinnern Sie sich an den Lipobay-Skandal der Bayer AG in Leverkusen, damals ein Medikament (Cholesterinsenker), das in Amerika in den Verdacht geriet, höchst unerwünschte Nebenwirkungen zu haben und von dort angeprangert wurde. Und wenn Sie ein noch triviales Beispiel haben wollen: Die Europäer sind bis heute nicht in der Lage gewesen, den „Saustall“ FIFA auszumisten. Das machen amerikanische Staatsanwälte. Also bitte gehen wir nicht mit erhobenem Zeigefinger in diese Gespräche. Es ist nicht a priori so, dass wir die besseren Verbraucherschutzvorschriften haben und Amerika in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland ist.

Politische Studien: All das gilt nicht wirklich für den Lebensmittelbereich. Die Europäer haben ganz andere Prinzipien und es scheint, dass sich hier die unterschiedlichen Ansichten nicht ineinander überführen lassen.

Friedrich Merz: Richtig ist, dass wir insbesondere in diesem sehr sensiblen Bereich unterschiedliche Prinzipien im Verbraucherschutz haben. Die Amerikaner prüfen auch sehr streng, aber sie lassen dann die Produkte zu nach dem sog. „Haftungsprinzip“. Dort wird es nach eingehender Prüfung in den Verkehr gebracht, aber diejenigen, die die Produkte in den Verkehr bringen, haften anschließend unbegrenzt, auch persönlich, bis zur vollständigen Vernichtung der Existenz des Unternehmens und der handelnden Akteure im Falle eines entsprechenden Fehlverhaltens. In Europa kennen wir seit einigen Jahren das sog. „Vorsorgeprinzip“. Bei uns wird so lange geprüft, bis die Behörden sicher sind, dass keine Gefährdung für die Verbraucher verbunden ist. Wenn ein schädliches Produkt in den Verkehr gebracht wird, haften die Unternehmen, aber auch die Behörden für eine zweifelsfreie Zulassung. Das lässt sich nur schlecht harmonisieren. Möglich wäre, dass man deshalb auch das Prinzip nicht des Herkunftslandes, sondern des Bestimmungslandes weiter gelten lässt. Also dass für amerikanische Produkte in Europa europäische Regeln einzuhalten sind und umgekehrt für europäische Produkte in Amerika amerikanische Vorschriften zu beachten sind.



Sollen die zentrifugalen Kräfte in Europa zunehmen und die EU-Kommission immer weniger **LEGITIMATION** und **Autorität** haben?

Politische Studien: Die Gentechnologie bzw. ihre Produkte würden sich an eine solche Ländergrenze nicht halten können. Da steht schon die Natur dagegen.

Friedrich Merz: Ich kenne die weit verbreitete Sorge in Deutschland um die Biotechnologie, Gentechnik und die veränderten gentechnischen Mikroorganismen in Lebensmitteln. Ich nehme das ernst, aber ich teile es nicht. Ich will an dieser Stelle nur auf einen Sachverhalt hinweisen. In diesem Land mit strengster Haftung gibt es bis zum heutigen Tag, 30 oder 40 Jahre nach Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel, nicht nur keine Verurteilung – es gibt noch nicht einmal einen Prozess oder eine Schadensersatzklage. Aus meiner Sicht handelt es sich um einen biologisch-chemischen Vorgang, der sich in der Natur tausendfach wiederholt und den der Mensch seinerseits jetzt auch anwenden kann.

Politische Studien: Und was bedeutet das nun für TTIP, für Europa, für die deutsche Mentalität?

Friedrich Merz: Lassen Sie es mich auf den einfachen Nenner bringen. Wir Europäer müssen uns endlich einig werden, was wir eigentlich wollen. Ob wir an dieser Stelle wie an vielen anderen zusammenarbeiten oder ob die zentrifu-

galen Kräfte in Europa zunehmen und die EU-Kommission wie die übrigen europäischen Institutionen immer weniger Legitimation und Autorität haben, für ganz Europa solche Verhandlungen zu führen, weil sie partikularen Interessen und Ängsten folgen. Ich sage das vor dem Hintergrund und zitiere jemanden, der das viel besser beurteilen kann als ich in einer sich rasant weiterentwickelnden Welt. Ein hochrangiger Mitarbeiter von Microsoft, der Chefingenieur dieses Unternehmens, hat vor einigen Wochen Folgendes über diese Entwicklung gesagt: „Das 20. Jahrhundert war lokal, analog und linear. Das 21. Jahrhundert ist global, digital und exponentiell.“ Ist uns eigentlich klar, was das bedeutet? Ist uns insbesondere klar, welche unglaubliche Dynamik im Übergang von einer linearen hin zu einer exponentiellen Entwicklung stattfindet?

Politische Studien: Erklären Sie es uns bitte.

Friedrich Merz: Ein Zahlenbeispiel: Wenn Sie 20 Schritte linear gehen, dann haben sie 20 Meter zurückgelegt. Wenn Sie 20 Schritte exponentiell gehen, dann haben sie nach 20 Schritten schon mehr als 1.000 Kilometer zurückgelegt. Das kennzeichnet die Entwicklung auf dieser Welt. Und noch etwas: Im Jahr 2050 werden 90 % der Weltbevölkerung keine Europäer und keine Amerikaner sein. Die großen Bevölkerungsentwicklungen und Entwicklungen finden in Asien, Af-

rika, im Mittleren Osten statt. Und jetzt komme ich darauf zurück, was ich zu Beginn gesagt habe. Ja wir sind in aller Unterschiedlichkeit aber nach wie vor offene und freiheitliche Gesellschaften, Rechtsstaaten und Demokratien.

Und das, was wir mit TTIP und dem NATO-Vertrag und vielen anderen Dingen versuchen zu tun, zwischen Europa und Amerika, ist die Verfestigung unserer Zusammenarbeit, weil wir ein gemeinsames Wertefundament haben. Von dem wir überzeugt sind, dass es Ausstrahlungskraft genug hat, um auch die Mehrheit der Menschen auf diesem Globus zu erreichen, die nicht das große Glück haben, in offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften zu leben. Nicht eines, in dem wir so vorgehen wie die Amerikaner im Irak. Dieses Konzept hat sich als falsch erwiesen. Aber in dem wir selbst die Attraktivität unserer Lebensform nicht nur der materiellen, sondern auch der immateriellen Dinge unseres Lebens für so überzeugend halten, dass wir mit denen, die diese Überzeugung teilen, strategisch noch partnerfähig bleiben.

Und das ist aus meiner Sicht die große Herausforderung für Europa. Sind wir strategisch als Europäer mit unserem Wertefundament, sind wir mit unserem Gesellschaftsmodell noch partnerfähig? Oder überlassen wir es den Amerikanern, andere strategische Allianzen schon rein aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen zu suchen, die sie nicht nur nach Osten in unsere Richtung, sondern vor allem und auch nach Westen, in den pazifischen Raum, für notwendig und als zwingend ansehen.

Politische Studien: Der Wahlkampf in den USA wird in Deutschland mit Erstaunen verfolgt. Niemand hätte Donald

Trump an der Schwelle zum Kandidaten gesehen. Alles deutet aber nun darauf hin. Ist es denkbar, dass die Vereinigten Staaten Donald Trump zu ihrem Präsidenten machen? Und wenn ja: Was bedeutet das für Deutschland, für Europa?

Friedrich Merz: Ich weigere mich immer noch, diesen Gedanken ernst zu nehmen. Trump wird vielleicht Kandidat der Republikaner, und wenn er Präsident würde, stellen sich für Europa noch einmal ganz andere Herausforderungen.

Politische Studien: Herr Merz, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Claudia Schlembach, Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// FRIEDRICH MERZ

ist Rechtsanwalt, Manager und ehemaliger CDU-Politiker, seit 2009 Vorsitzender des Netzwerks Atlantik-Brücke und seit März 2016 Chef des Aufsichtsrats für den deutschen Ableger des weltweit größten Vermögensverwalters, Black-Rock, München.

/// Einführung

CHINA ZWISCHEN GEOPOLITISCHEM ANSPRUCH UND WIRTSCHAFTLICHER REALITÄT

ANDREA ROTTER /// Es gibt kaum ein Thema in den internationalen Beziehungen, das in den letzten Jahren so intensiv und kontrovers diskutiert wurde wie der imposante wirtschaftliche und geopolitische Aufstieg Chinas. Während mancher Beobachter den Untergang der von Amerika dominierten Weltordnung und den Beginn eines „chinesischen Jahrhunderts“ prophezeite, scheint der gradlinige Aufwärtstrend der Volksrepublik derzeit jedoch ins Stocken geraten zu sein: China ist heute in vielerlei Hinsicht einem Wandel unterworfen.

Seit Jahren diskutieren Medien, Politik und Öffentlichkeit über Chinas rasante Entwicklung und deren Implikationen für die globale Weltordnung. Mit kontinuierlichen Wachstumsraten im zweistelligen Bereich stieg China in bemerkenswert kurzer Zeit zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht hinter den USA auf und ließ die restlichen G7-Staaten weit hinter sich.* Bedingt durch das ökonomische Gewicht kam der Volksrepublik, die sich trotz aller wirtschaftlichen Erfolge weiterhin als Entwicklungsland versteht, eine stärkere geopolitische Bedeutung zu, die sie durch militärische Modernisierungsmaßnahmen selbst untermauerte. Wurden die Jahre unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges noch als „unipolarer Moment“ der USA bezeichnet, die aus der Konfrontation mit einer zunehmend wirtschaftlich maroden Sowjetunion als Sieger hervorgegangen waren,

so fachte der Aufstieg Chinas die Diskussion über eine neue multipolare Weltordnung an. Den wissenschaftlichen Diskurs dominierten fortan einerseits Abhandlungen über den Niedergang der USA, der durch die jüngste Weltwirtschaftskrise sowie zwei kostspielige Kriege im Mittleren Osten eingeläutet schien. Andererseits spekulierte man über den Beginn eines „chinesischen Jahrhunderts“, in dem sich das internationale Kräfteverhältnis und die damit verbundene Gestaltungsmacht zugunsten Chinas verschieben würden. Gelten derartige Untergangsszenarien der USA inzwischen als weitgehend überholt, so ist es dennoch nicht verwunderlich, dass Präsident Obama zu Beginn seiner Präsidentschaft eine strategische Neuausrichtung einleitete, die oftmals unter dem Schlagwort „Pivot to Asia“ subsumiert wird und neben verstärkter militärischer



Quelle: Win McNamee/Getty Images

Handsclag zwischen Barack Obama und Xi Jinping – wie sich die Beziehungen zwischen China und den USA entwickeln werden, bleibt abzuwarten.

Präsenz im pazifischen Raum auf intensiver Bündnispolitik mit den Nachbarstaaten Chinas beruht.

Doch neuerdings scheint der „chinesische Traum“, wie ihn Präsident Xi Jinping zu Beginn seiner Machtübernahme formulierte, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht ins Stocken geraten zu sein. Das beeindruckende Wirtschaftswachstum der letzten drei Jahrzehnte ebbt langsam ab, weshalb von der Parteispitze künftig ein Wachstum von lediglich 6,5 % angestrebt wird. Angesichts der Vielzahl an innenpolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie Korruption, die fortschreitende Ungleichverteilung von Vermögen, die gravierende Umweltverschmutzung sowie rechtsstaatliche Defizite ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt darauf angewiesen, durch tiefgreifende Reformen eine stabil wachsende Konjunktur zu erhalten. Ob dies unter Präsident Xi Jinping, der eine spürbar stärkere machtpolitische Akzentuierung auf seine Person und die Partei vollzieht, gelingen kann, ist nicht unumstritten.

Ungeachtet dessen zeichnet sich unlangst ein außenpolitischer Kurswechsel ab. So unnachgiebig sich China in Angelegenheiten der nationalen Souveränität wie im Falle der Taiwan-Frage stets zeigte, so sehr war sein Auftreten auf dem internationalen Parkett lange von außenpolitischer Zurückhaltung mit der Betonung auf einen „friedlichen Aufstieg“

China stieg innerhalb dreier Jahrzehnte zur ZWEITGRÖSSTEN Volkswirtschaft auf.

geprägt. Seit geraumer Zeit tritt die Volksrepublik jedoch selbstbewusster für ihre regionalen und strategischen Interessen ein, wie die territorialen Auseinandersetzungen im Süd- und Ostchinesischen Meer sowie ihre Reaktion auf die vermehrte US-amerikanische Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum demonstrieren. Darüber hinaus dienen eine Reihe von Pekings Initiativen (u.a. Asiatische Infrastruktur-Investmentbank, Neue Seidenstraße) sowie seine vermittelnde Rolle in internationalen Konflikten (z. B. Atomstreit mit dem Iran, Ukraine-Krise) dem Ziel, die Wirtschaftsmacht auch in globalen Einfluss zu übersetzen. Es besteht kaum ein Zweifel, dass China – so wie die gesamte asiatische Region – zunehmend Einfluss auf das Weltgeschehen nehmen wird. Interessant gestaltet sich allerdings die Frage, inwiefern Peking bereit sein wird, als Führungs- bzw. Ordnungsmacht vor allem gegenüber den USA aufzutreten.

Es wird deutlich, dass Chinas zukünftige Rolle in den internationalen Beziehungen von unterschiedlichen Faktoren abhängt, die in großen Teilen noch mit einem Fragezeichen versehen sind. Um ein möglichst umfassendes Bild von der gegenwärtigen Situation Chinas sowie von möglichen künftigen Entwicklungen zeichnen zu können, nähern sich die nachfolgenden Autoren unserem Schwerpunkt aus unterschiedlichen Perspektiven: Den Beginn macht Markus Taube, der die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung Chinas bewertet und Warnungen vor einer erneuten, durch China hervorgerufenen Weltwirtschaftskrise entkräftet. Basierend auf den gravierenden ökologischen Folgen des rasanten Wirtschaftsbooms, der demographischen Entwicklung, dem vorhersehbaren Ende des sog. „nachholenden Wachs-

tums“ und wirtschaftspolitischen Neuerungen unter Xi Jinping sei das geringere Wirtschaftswachstum nicht wirklich überraschend. Allerdings bedürfe es grundlegender Reformen des Wirtschaftsmodells, um die chinesische Wirtschaft dauerhaft stabilisieren zu können. Im zweiten Beitrag analysiert Saskia Hieber die Reichweite der militärischen Reformen sowie den derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Kurs

China wird zunehmend Einfluss auf das WELTGESCHEHEN nehmen.

der Volksrepublik. Trotz einiger für eine aufsteigende Großmacht typischen Verhaltensmuster könnten jedoch auch kooperative Elemente in Chinas Außenpolitik identifiziert werden, die eine verlässliche Einschätzung über seinen zukünftigen Kurs jedoch erschweren. Den Wurzeln dieser neuen Außenpolitik geht Daniel Leese auf den Grund. Einhergehend mit dem enormen wirtschaftlichen Aufstieg und dem damit verbundenen Machtzuwachs im internationalen Vergleich habe sich das Selbstbild der Volksrepublik in großen Teilen von einem sich in Zurückhaltung übenden Entwicklungsland hin zu einer Großmacht gewandelt, die bereit ist, selbstbewusst ihre nationalen Kerninteressen zu verteidigen und die strategischen Ziele zu verfolgen. Gleichzeitig sei man in Peking jedoch darum bemüht, sich in bereits existierende Strukturen des internationalen Systems zu integrieren und diese nach seinen Vorstellungen mitzugestalten. Mei Zhaorong hebt in seinem Beitrag wiederum die Qualität der deutsch-chinesischen Beziehungen im gesamteuropäischen Kontext hervor. Hierbei komme Deutschland in

Europa eine Vorreiterrolle in seinen Beziehungen zu China zu, die vor allem auf der gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtung, den gemeinsamen politischen und diplomatischen Zielen sowie auf dem zunehmenden kulturellen Austausch basiere. Dennoch gibt er zu bedenken, dass es durchaus noch an gegenseitigem Verständnis mangle, wodurch sich Differenzen und Konflikte ergeben könnten. Den Abschluss unseres Schwerpunktes bildet ein Interview mit Gu Junli, der aus einer persönlichen Perspektive die Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen in den letzten 40 Jahren skizziert und dabei auf die tragende Rolle von Franz Josef Strauß eingeht. Ähnlich wie Mei Zhaorong warnt er allerdings in seiner Prognose zum zukünftigen Verhältnis zwischen Deutschland und der Volksrepublik vor einem negativen Wendepunkt, sollten nicht beide Seiten weiterhin bereit sein, in die Beziehung zu investieren. ///



/// ANDREA ROTTER M.A.
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkung

* Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Chinas aus dem Jahr 2014 betrug 10.354,83 Mrd. US-Dollar und belegte somit weltweit Platz zwei hinter den USA mit 17.419,00 Mrd. US-Dollar. Deutschland landete mit 3.868,83 Mrd. US-Dollar abgeschlagen auf dem vierten Platz, vgl. GDP Ranking, The World Bank, <http://data.worldbank.org/data-catalog/gdp-ranking-table>, Stand: 18.4.2016.

/// Wirtschaftswunder war gestern

CHINA AUF DER SUCHE NACH EINEM NEUEN ENTWICKLUNGS- UND WACHSTUMSMODELL

MARKUS TAUBE /// Die VR China befindet sich derzeit in einer kritischen Phase der Neu-Findung. Das bisher so erfolgreiche Modell von wirtschaftlicher Entwicklung und Wachstum hat ausgedient und muss ausgetauscht werden. Ob dieses Unterfangen gelingen kann, ist bislang keineswegs gesichert. Es gilt, ein diverses Bündel von Herausforderungen zu bewältigen, das umfassende ökonomische Strukturbrüche ebenso umfasst wie grundlegende Fragen von politischer Macht und Einflussnahme.

Das große chinesische „Wirtschaftswunder“ ist vorbei. Die Zeiten, in denen Chinas Volkswirtschaft Jahr für Jahr mit einer Geschwindigkeit von über 10 % wuchs, liegen unwiederbringlich in der Vergangenheit. Nun geht es darum, die Entwicklungsdynamik der Volkswirtschaft auf einem

Die Entwicklungsdynamik der Volkswirtschaft muss jetzt auf einem **REDUZIERTEN** Niveau aufrechterhalten werden.

deutlich niedrigeren Niveau aufrechtzuerhalten und einen Kollaps des in Teilbereichen recht brüchigen sozio-ökonomischen Gesamtsystems zu vermeiden.

Das Ende des chinesischen Wirtschaftsbooms kommt keineswegs überraschend und liegt in mehreren Faktoren begründet, die derzeit zusammenkommen und es unvermeidlich machen, dass sich die VR China auf die Suche nach einem neuen Entwicklungs- und Wachstumsmodell begibt. Es handelt sich hierbei um:

- die ins Unerträgliche angewachsenen Umweltschäden und korrelierenden Gesundheitskosten des bisherigen Wachstumsmodells,

Billige Arbeitskräfte für Fabriken und Fertigungshallen werden durch sinkende Bevölkerungszahlen in China knapp.



Quelle: Artwell/Fotolia

- die demographische Entwicklung, welche ab sofort zu einem rapide abnehmenden Pool an Personen im erwerbsfähigen Alter führt,
- das Erreichen des Endpunktes nachholenden Wachstums, wodurch neue Formen der Entwicklung von Geschäftsmodellen, Produkten, Technologien und institutionellen Strukturen notwendig werden und
- die „Sättigung“ der bestehenden Wirtschaftsstrukturen mit traditionellen Investitionsmodellen, die eine ab sofort streng an tatsächlichen Bedarfen orientierte Investitionstätigkeit sowie den Abbau exzessiver Produktionskapazitäten in vielen Industrien verlangt.

Verschärft wird die Herausforderung der ökonomischen Neufindung durch die aktuellen Verwerfungen im polit-ökonomischen System, die durch die Anti-Korruptionskampagne und das Bemühen der Regierung Xi Jinping um eine Konzentration von Entscheidungsgewalt bei der Zentralregierung und einer korrespondierenden Entmachtung der Lokalregierungen hervorgerufen werden.

Im Zusammenspiel dieser grundverschiedenen Parameter wird derzeit die Zukunft der VR China bestimmt. Kann es gelingen, Volkswirtschaft und Gesellschaft auf einen neuen, stabilen Entwicklungspfad zu führen, oder kommt es zum Kollaps des nicht mehr zukunftsfähigen alten Modells?

Am Rand des ökologischen Kollaps

Die ökonomischen Wachstumserfolge der VR China sind teuer erkaufte worden. Die Kosten der Umweltnutzung – beispielsweise des Verbrauchs von (nicht)-regenerierbaren Energieträgern

und Rohstoffen, der Verschmutzung von Luft, Böden, Gewässern sowie der Zerstörung von Naturlandschaften – waren in den ersten Jahrzehnten des chinesischen Wirtschaftsbooms nicht oder nicht adäquat mit monetären Preisen belegt und somit in den Wirtschaftskreislauf internalisiert worden. Im Ergebnis ist es so zu einer massiven Übernutzung der Natur und der Zerstörung von Umweltressourcen und Lebensräumen gekommen.

Die Kosten der UMWELTVERSCHMUTZUNG korrelieren mit den Einnahmen des Wachstums.

Die Weltbank, die u. a. auch den durch umweltverschmutzungsbedingte Erkrankungen herbeigeführten Verlust an Arbeits- und Lebenszeit mit einzubeziehen versucht, kalkuliert für diese Kosten der ökonomischen Entwicklung fast den gleichen Wert, um den die chinesische Volkswirtschaft jährlich gemäß der herkömmlichen Statistik wächst. Die zunehmende Verschärfung der Umweltsituation hat mittlerweile zudem dazu geführt, dass die großen Metropolen und industriellen Ballungszentren Chinas für in- und ausländische Investoren sowie höher qualifizierte Fachkräfte zunehmend unattraktiv werden und alternative Standorte bevorzugt werden. Hierdurch gehen Wachstumsimpulse verloren, die im Zuge der volkswirtschaftlichen Umstrukturierung dringend benötigt würden.

Die Volkswirtschaft als Substruktur der chinesischen Gesellschaft ist von daher gezwungen, die Kosten der Nutzung von Natur stärker in den Entscheidungsprozessen über Investitionspro-

jekte, Produktdesigns und Geschäftsmodelle zu berücksichtigen. Im Prinzip bedeutet dies, dass der Verbrauch von Umweltressourcen und die Verschmutzung von Lebensraum mit deutlich höheren „Preisen“ belegt werden müssen als in der Vergangenheit. Das „Umwelt-Dumping“ der Vergangenheit muss zum Ende kommen. Konsequenterweise wird somit das Wirtschaften in China insgesamt teurer werden müssen und der komparative Kostenvorteil Chinas als billiger Produktionsstandort schwinden.

(Billige) Arbeitskräfte werden knapp

Die demographische Entwicklung in der VR China wurde seit ihrer Gründung durch zwei diametral entgegengesetzte stehende bevölkerungspolitische Ansätze geprägt. Während unter Mao Zedong zunächst eine expansive Bevölkerungspolitik betrieben und große Familien gefördert wurden, trat in der Reformära die Ein-Kind-Politik und somit das Ziel einer mittelfristigen Kontraktion der Gesamtbevölkerung in das Zentrum der Politik. Hierdurch sind – mit den für demographische Prozesse typischen langen Verzögerungen – extreme Entwicklungen der Bevölkerungszahlen herbeigeführt worden, die unmittelbar auf das Wirtschaftsgeschehen einwirken.

Eine „demographische Dividende“ im Sinne einer hohen ökonomischen Wachstumsdynamik kann eingefahren werden, wenn Volkswirtschaften über einen hohen (und wachsenden) Bevölkerungsanteil verfügen, der sich im Erwerbsleben befindet, Einkommen generiert und daraus Ersparnisse bildet. Diese Ersparnisse können unmittelbar in die Kapitalbildung und technologische Aufwertung der Volkswirtschaft inves-

tiert werden. In der VR China waren diese Mechanismen zwischen den späten 1970ern und dem Beginn dieses Jahrzehnts wirksam.

Bei einem Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung durch einen wachsenden Anteil an älteren Menschen sinkt die gesamtwirtschaftliche Ersparnisbildung (und fehlt damit für eine investive Kapitalbildung), und es werden mehr Ressourcen für den Unterhalt selbst nicht erwerbstätiger Bevölkerungsgruppen aufgewendet.

Im Falle Chinas hat die durch die Ein-Kind-Politik herbeigeführte Manipulation der natürlichen Bevölkerungspyramide zu einer extremen Ausprägung der dem Konzept der „demographischen Dividende“ zugrundeliegenden Phänomene geführt: mit stark positiven Wachstumswirkungen in den vergangenen drei Jahrzehnten und potenziell ebenso stark wachstumsdämpfenden Impulsen in den kommenden Jahrzehnten. Während in den ersten drei Jahrzehnten der Reformära ein erheblicher Zuwachs der erwerbsfähigen Bevölkerung von ca. 600 Millionen auf aktuell ca. 1 Milliarde Personen zu verzeichnen war, sinkt der Anteil dieser Altersgruppe (16-65 Jahre) an der Gesamtbevölkerung ab sofort stetig. Auf Jahrzehnte hinaus werden nun Jahr für Jahr mehr Menschen aus dem Erwerbsleben aus-

Aufgrund der EIN-KIND-POLITIK hat China wachstumsdämpfende Impulse in den kommenden Jahrzehnten zu erwarten.

treten, als in dieses hineinwachsen. Hiermit gehen nicht nur die absolute Verfügbarkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ und die (pro Kopf) für investive Zwecke verfügbaren Ersparnisse zurück, sondern das Lohnniveau wird tendenziell auch (insbesondere für unqualifizierte Arbeit) deutlich ansteigen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Chinas im Segment lohnintensiver Fertigung wird somit massiv geschwächt.

Die chinesische Volkswirtschaft ist somit gezwungen, sich in Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln, die eine höhere Produktivität aufweisen und (bei mindestens gleicher Wertschöpfung) mit weniger Arbeitskräften auskommen.

Das Ende „nachholenden Wachstums“

Das chinesische „Wirtschaftswunder“ der vergangenen drei Jahrzehnte basiert zu einem erheblichen Teil auf einem Phänomen, das als „nachholendes Wachstum“ bekannt ist. Es handelt sich hierbei um einen Prozess, demgemäß – ungeachtet aller Idiosynkrasie nationaler Strukturen – Nachzügler von fortgeschrittenen Volkswirtschaften und deren Akteuren lernen können. Insofern sie „ausgetretenen Pfade“ folgen, d. h. bewährte institutionelle Arrangements, erprobte Technologien, Produktideen und Geschäftsmodelle übernehmen sowie an ausländischen Vorbildern ausgerichtete Investitionen in Sach- und Humankapital vornehmen, können diese Volkswirtschaften ihren ökonomischen Entwicklungsprozess mit einem Minimum an risikobehafteten Investitionen, d. h. einem Minimum an Ressourcen verzehrenden Trial-and-error-Prozessen, betreiben. Dies ermöglicht grundsätzlich eine höhere Wachstumsrate, als sie in Volkswirtschaften erzielt werden

kann, die an der Spitze der weltwirtschaftlichen Entwicklung stehen und deren weitere Entwicklung und Wachstum auf unternehmerischen (d. h. in hohem Maße risikobehafteten) Investitionen in neue Technologien und Geschäftsmodelle sowie, grundlegend hierfür, neuem Wissen und Humankapital basieren.

Neben diesem – auf dem Konzept des adaptierenden Kopierens basierenden – Impuls für beschleunigtes Wachstum können „Nachzügler“ zudem von einer potenziell sprunghaft steigenden Arbeitsproduktivität profitieren, die auf sektoralem Strukturwandel basiert und deren Wachstumsimpulse die führenden Volkswirtschaften bereits weitestgehend ausgeschöpft haben. Die Produktivität von Arbeitskräften liegt im landwirtschaftlichen Sektor eines typischen Entwicklungslandes deutlich unter der Produktivität, die diese Arbeitskräfte in der Industrie oder gar im Dienstleistungssektor realisieren könnten. Allein durch eine Verschiebung der Anteile der Bevölkerung, die in der Landwirtschaft, Industrie bzw. Dienstleistung beschäftigt sind, können daher Produktivitätsgewinne und somit Zugegewinne bei der gesamtwirtschaftlichen Leistungserbringung realisiert werden.

Ein weiterer Effekt, über den Nachzügler höhere Wachstumsraten realisie-

Durch das Nachahmen von fortgeschrittenen Volkswirtschaften erreichte die VR China innerhalb von 30 Jahren eine hohe WACHSTUMSRATE.

ren und somit ihren Entwicklungsrückstand gegenüber den führenden Volkswirtschaften reduzieren können, ergibt sich aus dem Solow'schen Ersparnis-Investitionen-Abschreibungs-Nexus. Bei einer gegebenen gesamtwirtschaftlichen Sparrate kann die Volkswirtschaft umso schneller wachsen, desto größer der Anteil der Ersparnisse, der in Neu-Investitionen fließt und nicht für den Ersatz abgeschriebenem Sachkapitals aufgewendet werden muss. Hoch entwickelte Volkswirtschaften müssen mit zunehmender Reife immer größere Anteile ihrer Ersparnisse in den Ersatz abgeschriebenem Sachkapitals lenken und können somit nur noch immer geringere Netto-Neuinvestitionen und damit Wachstumsraten realisieren. Letztlich erreichen sie einen Gleichgewichtszustand (in der Fachterminologie: ihren steady state), in dem die Ersparnisbildung gerade für die Wiederherstellung des verbrauchten Sachkapitalbestands ausreicht. Wachstum kann dann nur noch durch technologische Innovationen und eine produktivere Faktorverwendung realisiert werden.

Nach Jahrzehnten „nachholenden Wachstums“ hat die chinesische Volkswirtschaft nun ein Entwicklungs- und Reife-Niveau erreicht, in dem dieses Modell nicht mehr fortgesetzt werden kann. Mit zunehmender Komplexität der institutionellen Strukturen, Geschäftsmodelle, technologischen Grundlagen und Interaktionsmuster wird die Ausrichtung an von außen vorgegebenen Vorbildern immer schwieriger. Die „ausgetretenen Pfade“, denen Wirtschaftspolitik und Unternehmen bislang folgen konnten, werden immer schwerer zu identifizieren sein bzw. sind gänzlich verschwunden. Aber nicht nur die Identifikation geeigneter Vorbilder

gestaltet sich immer problematischer, auch die Adaptation fremder Modelle an lokale Gegebenheiten verlangt immer größere Anpassungsleistungen. Zudem sind die aus sektoralem Strukturwandel zu erzielenden Produktivitätsgewinne bereits zu einem großen Teil eingefahren und wird der aus dem Solow'schen Ersparnis-Investitionen-Abschreibungs-Nexus erwachsende Wachstumsimpuls immer geringer.

China muss die staatliche Kontrolle zurückfahren und dem **MARKT** mehr Raum lassen.

Chinas gesamtwirtschaftliches Entwicklungsmodell muss von daher neu ausgerichtet werden. Gefragt sind nun neue Formen von dezentraler Kreativität und Unternehmertum in der Gesellschaft wie auch neue Muster der Interaktion zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Staat. Der Staat wird sich noch deutlich stärker als im bisherigen Reformprozess von seinem Lenkungs- und Führungsanspruch verabschieden müssen. Es gilt nun, staatliche Kontrolle aufzugeben und dem Markt mehr Raum einzuräumen.

Dies auch dann, wenn das Marktgeschehen manchmal chaotisch anmutet und mit einer hohen Frequenz von Firmengründungen und -schließungen einhergeht. Freies Unternehmertum ist immer mit Risiko verbunden und kann nicht mit einer staatlichen Vollkasko-Versicherung einhergehen.

Chinas Überkapazitäten

Die chinesische Volkswirtschaft hat, im Gegensatz zu der Mehrzahl der Entwicklungsländer, niemals unter einem Mangel an Kapital gelitten. Dank einer

exorbitant hohen Spar- und somit auch Investitionsquote ist es der VR China in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, sehr schnell die Infrastrukturausstattung und den Kapitalstock der Volkswirtschaft an die sich ändernden Bedürfnisse von Unternehmen und Gesell-

Der anstehende Abbau von bestehenden ÜBERKAPAZITÄTEN in der chinesischen Industriestruktur wird zu hohen Einbußen führen.

schaft anzupassen und somit einen von der Investitionsnachfrage getragenen Wirtschaftsaufschwung zu realisieren. Aufgrund des allerdings weiterhin weniger an objektiven ökonomischen Knappheiten als vielmehr an politischen Lenkungs Vorgaben ausgerichteten Systems der Kapitalallokation ist mit zunehmender Desintegration des Modells nachholenden Wachstums (siehe zuvor) nun ein wachsender Bestand an fehlgeleiteten, unproduktiven Investitionen zu verzeichnen. Markantestes Phänomen dieser Fehlentwicklung sind zweifelsohne die in zahlreichen Industriesektoren zu verzeichnenden massiven Überkapazitäten, die auf absehbare Zeit keine Erträge auf das eingesetzte Kapital werden erwirtschaften können. In Branchen wie der Aluminium- und der Stahlindustrie produzieren chinesische Unternehmen so zum Beispiel heute bereits mehr als die Hälfte des globalen Outputs und bedienen damit die lokale Nachfrage. Gleichzeitig verfügen sie jedoch über

noch weitere, derzeit nicht genutzte Kapazitäten zur Produktion von Aluminium und Stahl, die ausreichen würden, den gesamten Bedarf der OECD-Staaten abzudecken.

In Anbetracht dessen, dass eine Nutzung der Überkapazitäten für die Bedienung von Exportmärkten aufgrund von dann unweigerlich erhobenen Anti-Dumping Klagen keine Option darstellt, werden diese Fehlinvestitionen abgeschrieben und die betroffenen Industrien radikal konsolidiert werden müssen. Dies wird zwangsläufig zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, die in neue Beschäftigungsfelder überführt werden müssen. Die dringend gebotene Sanierung der chinesischen Industriestruktur wird somit mit substanziellen finanziellen Aufwendungen (bzw. zu realisierenden Verlusten) wie auch erheblichen sozialen Verwerfungen erkaufte werden müssen.

Kampf gegen Korruption und interner Machtkampf

Die gegenwärtig im Wirtschaftssystem bestehenden Probleme und Herausforderungen werden in ihrer dämpfenden Wirkung auf die Wachstumsdynamik durch Faktoren verstärkt, die aus dem politischen System erwachsen. Die von der Regierung Xi Jinping aufgelegte Kampagne zur Bekämpfung von Korruption innerhalb der Regierung und der Kommunistischen Partei erschüttert den politischen und administrativen Apparat der VR China seit über zwei Jahren. Während die Bemühungen zur Ausmerzung korrupten und nepotistischen Verhaltens zweifelsohne positiv zu werten sind und ihre Erfolge von entscheidender Bedeutung für die Wahrung der mittelfristigen Leistungsfähigkeit des chinesischen Gesellschafts- und

Wirtschaftssystems wäre, werden gegenwärtig zunehmend die Kollateralschäden der Kampagne offenbar. Hervorgerufen durch eine massive Auswechslung von Führungskadern (allein 2015 wurden 282.000 Kader wegen Disziplinverstößen / Korruption verurteilt), wachsende Angst vor der Übernahme von Verantwortung für Investitionsentscheidungen und ein rapide schwindendes Grundvertrauen in einem Umfeld um sich greifender Denunziationen werden sowohl Entscheidungsfindungsprozesse über als auch die Implementierung von Investitionsprojekten in zunehmendem Maße beeinträchtigt. Die Entscheidungsunwilligkeit zahlreicher Kader führt zu erheblichen Verzögerungen bei der Genehmigung von Investitionsprojekten und Unternehmensgründungen sowie eine nur stockende Umsetzung von bereits genehmigten Investitionsvorhaben. Hierdurch werden der Volkswirtschaft aktuell hunderte von Milliarden RMB (Renminbi) an investitionsgetriebener Güternachfrage entzogen.

Die wirtschaftliche Dynamik wird derzeit durch POLITISCHE Entscheidungen geschwächt.

Die wirtschaftliche Dynamik wird gegenwärtig aber auch durch einen Machtkampf gedämpft, in dem die Zentralregierung Entscheidungsgewalten und gesamtwirtschaftliche Steuerungs- und Kontrollkapazitäten von den Lokalregierungen zurück erlangen will. In ih-

rem Bestreben, die Entscheidungsgewalt der Zentralregierung zu stärken, hat die Regierung unter Xi Jinping u. a. die exzessive Verschuldung der Lokalregierungen genutzt, um diese in ein neues Regulierungs- und Kontrollsystem hineinzuzwingen, das es der Zentralregierung ermöglicht, den Finanzierungsspielraum der einzelnen Lokalregierungen diskretionär zu bestimmen und darüber hinaus die Verwendung dieser Gelder zu steuern. Seitens der Lokalregierungen werden derartige Initiativen mit neuen Umgehungsstrategien, aber auch einer z. T. offenen Investitionsverweigerung und der Verzögerung von bereits gestarteten Projekten beantwortet. Der Wirtschaftsprozess wird so in seiner Entfaltung beeinträchtigt.

In Summe erhält der Wirtschaftsprozess somit derzeit eher negative Impulse aus dem politischen Sektor.

Konsum und Dienstleistungen als neue Säulen der Volkswirtschaft

Aus dieser komplexen Gemengelage heraus muss die chinesische Volkswirtschaft in den nächsten Jahren einen neuen Entwicklungspfad finden, der die dargestellten strukturellen wie zeitaktuellen Probleme auflöst und neue Wachstumsperspektiven eröffnet.

Eine „klassische“ Strategie zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Dynamik basiert auf der Stärkung der Konsumtätigkeit der Bevölkerung. Diese soll ihre hohe Sparneigung zugunsten einer Ausweitung ihrer Konsumausgaben aufgeben. Hierdurch soll eine strukturelle Verschiebung weg von der Produktion von Kapitalgütern hin zur erhöhten Bereitstellung von Konsumgütern sowie einer grundsätzlichen Verknappung von für Investitionszwecke zur Verfügung stehendem Kapital angestoßen werden.

Letzteres sollte eine gründlichere Rendite- und Zweckmäßigkeitprüfung von Investitionsobjekten erzwingen und somit die Investitionseffizienz wieder steigern helfen.

Die in den letzten Jahren angestoßenen und für die nächsten Jahre weiter geplanten Reformen des chinesischen Sozialversicherungssystems wirken instrumental für die gewünschte Senkung der Sparquoten, insofern sie die Notwendigkeit von Rücklagen für Notfälle reduzieren. Durch die Bereitstellung eines umfassenden Versicherungssystems, das eine finanzielle Absicherung bei Arbeit, Krankheit und im Rentenalter bietet, werden Ersparnisse für Konsumzwecke freigesetzt, die zuvor in Risikorückstellungen gebunden waren.

Die Initiativen zur Umpolung des chinesischen Entwicklungsmodells, weg von der Investitionstätigkeit als treibender Kraft hin zu einem System, das durch den Konsum der Bevölkerung angetrieben wird, scheinen tatsächlich Früchte zu tragen. Im Jahr 2015 dominierte der Konsum die Nachfrageseite des BIP mit ca. zwei Dritteln, während die Investitionstätigkeit im Vergleich zu früheren Jahren deutlich an Bedeutung eingebüßt hatte. Zu beachten ist allerdings, dass die aktuelle schwache Investitionstätigkeit auch durch die zuvor dargestellten aktuellen polit-ökonomischen Phänomene bedingt wird.

Eng mit der Entfaltung einer konsumgetriebenen Wirtschaftsdynamik verbunden ist der Aufstieg des Dienstleistungssektors, der im Vergleich mit der Landwirtschaft und der Industrie eine höhere Wertschöpfung aufweist und somit in besonders positivem Maße auf die binnenwirtschaftliche Einkommensgenerierung wirken kann. Hier hatte die chinesische Volkswirtschaft

bislang erhebliche Rückstände zu anderen Volkswirtschaften auf ähnlichem Entwicklungsniveau, doch scheint sich im Zuge der Urbanisierung und Abkehr vom Export während der letzten Jahre hier eine grundsätzliche Veränderung einzustellen. Tatsächlich wies der Dienstleistungssektor im Jahr 2015 mit

Um die Bevölkerung zum **KONSUM** anzuregen, werden die Sozialsysteme reformiert.

gut 10 % nicht nur die höchste Zuwachsrate unter den drei Sektoren (Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen) aus, sondern stellt mittlerweile auch gut die Hälfte des gesamten Outputs der Volkswirtschaft. Konsum und Dienstleistungssektor entwickeln sich somit zu den primären Säulen der chinesischen Volkswirtschaft und verändern deren Struktur grundlegend.

Die Initiative „Made in China 2025“

Mit der Initiative „Made in China 2025“ versucht die chinesische Regierung, auch den industriellen Sektor neu auszurichten. Ziel ist es, den Wertschöpfungsanteil chinesischer Unternehmen in der globalen Wertschöpfungskette deutlich auszuweiten. Insbesondere sollen auch jene Teilbereiche der Wertschöpfungskette erschlossen werden, die mit höheren Renditen auf das eingesetzte Kapital einhergehen als Lohnveredelungs-, Montage- und auch reine Fertigungsmodelle. Dies aber verlangt eine massive Steigerung der technologischen Kompetenz und der kreativen Innovationsfähigkeit der Mehrheit der chinesischen Industriebetriebe.

Die Initiative „Made in China 2025“ bezeichnet das jüngste Programm einer Reihe von politischen top down Agenden zur Förderung von Forschung und Innovation in der chinesischen Volkswirtschaft. Als breit aufgestelltes Industrialisierungsprogramm mit Innovationsförderung auf umfassender sozio-ökonomischer Basis stellt es eine Abkehr von der bisherigen massiven Förderung weniger ausgewählter „Strategischer Industrien“ dar. Diese Maßnahmen waren bislang wenig erfolgreich; vielleicht gerade deshalb, weil Innovation und Kreativität eben gerade nicht top down angeordnet und geplant werden kann. Stattdessen sind freie Assoziation und ungelinkte Spontaneität erfahrungsgemäß sehr viel wichtigere Elemente von erfolgreichen Innovationsregimen. Von daher sind es neben den klassischen industriepolitischen Instrumenten, die im Rahmen der Initiative „Made in China 2025“ zum Einsatz gebracht werden und sich primär an den staatseigenen Unternehmenssektor wenden, unter Umständen gerade jene Maßnahmen, die den privaten Sektor adressieren, welche den größten Erfolg versprechen. Die Einrichtung eines mit erheblichen Mitteln ausgestatteten Innovationsfonds für (private) mittelständische Unternehmen stellt so zum Beispiel das erste Mal dar, dass private Akteure ernsthaft in groß angelegte staatliche Entwicklungsprogramme eingebunden werden. Hier könnte die Zukunft liegen.

Die Initiative „One Belt, One Road“

Die Initiative „One Belt, One Road“ oder „Seidenstraßen-Initiative“ ist Ausdruck eines erwachenden Anspruchs der chinesischen Politik, auch auf internationaler Ebene gestaltend zu wirken und ökonomische Interessen zu vertre-

ten. Mit diesem Konzept soll letztlich nicht nur ein Netz von Transportwegen von China nach Europa erstellt werden, sondern vielmehr ein eng verflochtener Industriekorridor, der insbesondere Zentralasien in die internationale Arbeitsteilung mit einbinden soll. Durch den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur und eines Netzwerks von Industriezonen sollen neue Formen der Arbeitsteilung erschlossen werden, die es den Partnern ermöglichen, ihre respektiven Stärken und Kompetenzen einzubringen. Chinesische Unternehmen hätten im Kontext der Entfaltung des Programms „One Belt, One Road“ die Möglichkeit, sowohl große Infrastrukturprojekte zu übernehmen und mit chinesischen Arbeitskräften und Vorprodukten aus chinesischer Produktion abzuwickeln, als auch Geschäftsmodelle, die aufgrund steigender (Lohn-)Kos-

Die chinesische Industrie soll durch die Initiative „Made in China 2025“ AUFGEWERTET werden.

ten in China selber nicht mehr profitabel zu betreiben sind, entlang der neuen Industriekorridore auszulagern und weiterzuführen. Letztlich könnten sich hier auch Absatzmärkte für Produkte aus bestehenden chinesischen Überkapazitäten entwickeln, oder aber Möglichkeiten zur Verlagerung von in China still stehenden Industrieanlagen. In Summe bietet die Initiative „One Belt, One Road“ somit erhebliches Potenzial

zur Stimulierung der chinesischen Volkswirtschaft und zur Auflösung ihres Überkapazitätenproblems. Das Programm befindet sich allerdings erst in seiner ersten, noch primär konzeptionellen Phase und hat seine Tragfähigkeit noch nicht unter Beweis stellen können. Substanzielle Impulse für die chinesische Volkswirtschaft können somit, wenn dann, erst mittelfristig, erwartet werden.

Fazit

In Anbetracht der zuvor dargestellten Problemkonstellation muss die bis dato gelungene Aufrechterhaltung einer sich zwar abschwächenden, aber immer noch auf einem Niveau von 6-7 % verharrenden Wachstumsdynamik als erhebliche Leistung gewürdigt werden. Aktuell durchläuft die chinesische Volkswirtschaft einen Prozess des „soft landing“, der sie graduell von den nun

bleibt abzuwarten und wird auch durch die Entwicklung der Weltkonjunktur mitbeeinflusst werden. Gänzlich unklar erscheint der Ausgang der derzeit auf der polit-ökonomischen Ebene ausgetragenen Konflikte. Sollte der Kampf gegen die Korruption jedoch mit nachhaltigem Erfolg umgesetzt werden können und die Zentralregierung ihre makro-ökonomische Koordinierungskapazität stärken können, so wäre dies als der weiteren ökonomischen Entwicklung zuträglich zu bewerten. Positiv wäre dies auch deshalb, weil dann der Weg frei wäre für die noch ausstehenden Reformschritte hin zu einer voll etablierten Marktordnung der chinesischen Volkswirtschaft. ///



/// PROF. DR. MARKUS TAUBE

ist Inhaber des Lehrstuhls für Ostasienswirtschaft / China und Direktor der IN-EAST School of Advanced Studies an der Universität Duisburg-Essen.

Von der Initiative „One Belt, One Road“ erhofft sich die chinesische Regierung WACHSTUMSIMPULSE.

nicht mehr erreichbaren Wachstumsdynamiken der letzten Jahrzehnte herunterführt. Ein abruptes Ausstoppen der früheren Wachstumsdynamik ist bislang vermieden worden.

Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Dynamik beruht derzeit in erster Linie auf den Erfolgen zum Aufbau des Binnenkonsums und der Dienstleistungsindustrie als neuen Säulen der Volkswirtschaft. Inwiefern die zum Teil sehr weit reichenden Maßnahmen zur Auflösung der diversen weiteren Strukturprobleme greifen und die gewünschten Resultate erzielt werden können,

/// Wie berechenbar ist China?

RED SOLDIER 2.0 – CHINAS SICHERHEITSPOLITIK UNTER DEN BEDINGUNGEN MILITÄRISCHER MODERNISIERUNG

SASKIA HIEBER /// Chinas selbstbewusste Sicherheitspolitik, seine wachsenden Rüstungsausgaben und militärische Präsenz sorgen regional und international für neue Bedrohungsszenarien. Tatsächlich hat die chinesische Regierung die bisherige außenpolitische Zurückhaltung abgelegt und steuert auf Konfrontationskurs. Als Beispiele gelten Pekings Verhalten in den Territorialdisputen im Süd- und Ostchinesischen Meer und die chinesischen Reaktionen auf den amerikanischen „Pivot to Asia“. Die Analyse der sicherheitspolitischen Interessen und der Aufgaben des chinesischen Militärs ist die Grundlage dieses Beitrags, der abschließend einen Blick auf die Zukunftsfähigkeit der chinesischen Außenpolitik wagt.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee war immer sowohl Objekt, als auch Initiator verschiedener Modernisierungs- und Reformprogramme. Das Verhältnis zwischen Partei, Staat und Militär hat sich verschoben. Die Professionalisierung unter Hochtechnologiebedingungen erreicht alle Teilstreitkräfte. Gleichzeitig unterstreicht die Kommunistische Partei ihren Kontrollanspruch über die Streitkräfte und verstärkt die Anteile politischer Schulung. Die Formel „Red Soldier 2.0“ verbildlicht sowohl die enge Bindung der Volksbefreiungsarmee an die Partei und ihre Ideologie als auch die

militärische Modernisierung – die bisher jedoch nur zu eingeschränkter Machtprojektionsfähigkeit führt.

Chinas Aufstieg

Der beispiellose Reformprozess in der Volksrepublik China hat, nach Deng Xiaopings Devise der „Vier Modernisierungen“, Wirtschaft und Industrie, Forschung und Technik, die Landwirtschaft und das Militär modernisiert. Fragen nach Kosten und Richtung des Aufstiegs und dem Ziel des militärischen Ausbaus sind berechtigt. Zu den spürbaren Lasten dieses Entwicklungs-



Quelle: 2016 Visual China Group/Getty Images

Die Chinesische Volksbefreiungsarmee zeigt bei einer militärischen Übung ihr modernes Gerät.

weges gehört die Umweltzerstörung. Entsprechend fordert die chinesische Regierung in ihren Programmvorgaben und Regierungsdevisen inzwischen ein umwelt- und sozialverträglicheres Wachstum. Der „Chinesische Traum“ wird gebremst von der „Neuen Normalität“. Die neue militärische Macht ermöglicht es, regionale und internationale Seeverkehrswege und Chinas Nachbarn zu bedrohen. Berichte des Pentagon formulieren, die Volksrepublik China sei die einzige Macht mit dem Potenzial, die Freiheit der internationalen maritimen Handelsrouten (SLoC) zu bedrohen und die Durchfahrts- und Präsenzansprüche der amerikanischen Streitkräfte einzuschränken.¹ Chinesische Politiker weisen in diesem Zusammenhang auf Chinas „Friedlichen Ent-

wicklungsweg“ hin und betonen, die Volksrepublik verfolge im Gegensatz zu anderen Mächten keine expansive oder interventionistische Politik. Regierungspapiere wie beispielsweise die Verteidigungsweißbücher untermauern diese Haltung und bilden mit außenpolitischen Dokumenten die argumentative Grundlage für die sicherheitspolitische Ausrichtung der Pekinger Regierung.²

Die sicherheitspolitische Umgebung

Die chinesische Regierung steht der verteidigungspolitischen Herausforderung gegenüber, ein Territorium sehr großer geographischer Ausdehnung und klimatischer Unterschiede zu sichern. Entsprechend wird die Sicherheitslage definiert: China ist von einer Reihe militärischer, wirtschaftlicher und terroristi-

scher Gefahren umgeben, die Auswirkungen auf seine innere Sicherheit haben.³ Zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region zählen die teilweise instabile Lage an seinen Grenzen (Afghanistan), historische Konflikte (Japan, Indien) und Territorialdispute (Südostasiatische Staaten, Indien). Zu den internationalen Herausforderungen rechnet die chinesische Regierung den internationalen Terrorismus und die Präsenz und das „Hegemoniestreben“ der USA in der Region. Zusätzlich sieht sich China neuen Gefahren wie dem internationalen Terrorismus und unkonventionellen Herausforderungen, etwa durch den Klimawandel, gegenüber. Ein Spezialthema, das chinesische Souveränitätsinteressen berührt, ist die unter eigener Verwaltung stehende Insel Taiwan. Durchgängig wird erklärt, dass die Einheit des Landes zu verteidigen ist und Abspaltungsversuchen militärisch begegnet wird.

China sieht sich von militärischen, wirtschaftlichen und terroristischen GEFAHREN umgeben.

Zu den außenpolitischen Herausforderungen gehören Spannungen mit Japan und der Wunsch, nationale Interessen in Bezug auf „Territorialgewässer“ im Ostchinesischen und im Südchinesischen Meer umzusetzen und zu verteidigen. Die chinesische Regierung betont die Legitimität dieser maritimen „Rechte“ und will die Präsenz in und die Kontrolle über diese Gewässer verstärken. Dieser sicherheitspolitische Ansatz steht in der Tradition einer realistischen Großmachtspolitik und orientiert sich an Präsenzansprüchen anderer Seemächte

wie beispielsweise den USA. Die Vereinigten Staaten bekräftigen auch in neueren Militärdokumenten den Anspruch, amerikanische Sicherheitsinteressen überall und jederzeit zu verteidigen.⁴ Nicht nur durch den Territorialstreit im Südchinesischen Meer, in dem sich chinesische (und taiwanische) Gebietsforderungen mit Ansprüchen Vietnams, der Philippinen, Malaysias, Bruneis und auch Indonesiens überlappen, und den Inselstreit mit Japan verspielt China viele Möglichkeiten, sich als „smarte“ Großmacht, als regionale Vormacht mit Zukunftsverantwortung zu beweisen.

Das Südchinesische Meer

Was motiviert eine um Ansehen bemühte Großmacht dazu, seine sehr viel kleineren Nachbarn im Territorialstreit um ein paar Riffe und Sandbänke im Südchinesischen Meer mit massiven Mitteln zu bedrohen und zu bedrängen? Die wirtschaftlichen Gründe erschließen sich sofort: Energievorkommen, Fischgründe und die maritimen Handelsrouten. Etwa zwei Drittel der Ölexporte aus dem Persischen Golf werden durch die Malakkastraße und das Südchinesische Meer zu den ölimportabhängigen Volkswirtschaften Ostasiens (Japan, China und Südkorea) verschifft. Umgekehrt sind die exportabhängigen Volkswirtschaften Ostasiens auf die Freiheit und Sicherheit der Seewege angewiesen. Das internationale Seerecht formuliert in diesem Zusammenhang allerdings klar:⁵ Der Anspruch auf eine wirtschaftliche Exklusivzone (EEZ) von 200 Seemeilen kann nicht um unbewohnbare Riffe, Felsen und Sandbänke gezogen werden, auf denen eigenständiges menschliches Leben und wirtschaftliche Aktivitäten nicht möglich sind. Die meisten Strukturen der Spratly Gruppe im Südchinesischen

sischen Meer sind allerdings Riffe und Sandbänke. Damit sind Ansprüche und Besetzungen völkerrechtlich nicht gerechtfertigt.

Außenpolitische Grundlagen und Interessen

Zu den außenpolitischen Grundlagen Chinas gehören die „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“, der „Friedliche Entwicklungsweg“ und die „Unabhängige Außenpolitik“, die nur eigenen nationalstaatlichen Interessen folgt und nicht kooperativ, etwa wie in Europa, bündnisgeleitet ist. Das wichtigste der „Fünf Prinzipien“ ist die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Dieses Prinzip ermöglicht Peking, jede ausländische Äußerung in Bezug auf Tibet und Taiwan zurückzuweisen und sich umgekehrt aus anderen Konflikten herauszuhalten. Zusätzlich wird argumentiert, die Interventionen des Westens hätten in der Region Mittlerer Osten – Nordafrika (MENA) nur zu Chaos und Instabilität geführt. Chinas nationale Interessen sind keineswegs undurchsichtig. Im Gegenteil, sie werden von führenden Politikern und in Regierungsmedien ständig wiederholt: Erstens Nationale Einheit und territoriale Integrität, zweitens wirtschaftliche Stabilität und drittens die Ausweitung des regionalen und internationalen Einflusses Chinas. Hier erschließt sich die große Bedeutung der nationalen und territorialen Einheit für Chinas Politik und Gesellschaft. Die Bevölkerung erwartet von der Regierung, die Einheit des Landes zu verteidigen. Zur Erweiterung des regionalen und internationalen Einflusses werden unterschiedliche Politikfelder aktiviert. Zur militärischen Dimension gehören beispielsweise die „Neue historische Mission der Marine“

und „Aktive Verteidigung“. Pekings Diplomatie hat eine Reihe von Initiativen angestoßen wie das China-Africa Forum oder die China-Arab States Cooperation, die unter der Regierung Xi Jinping vertieft wurden. Selbstverständlich

Die **NICHTEINMISCHUNG** in die inneren Angelegenheiten eines Staates ist Chinas wichtigstes Prinzip.

dienen diese Initiativen auch der Sicherung der Rohstoffversorgung und damit dem zweiten nationalen Interesse, der wirtschaftlichen Stabilität. Präsident Xi Jinping hat im Januar 2016 eine viel beachtete Reise nach Saudi-Arabien, Ägypten und Iran unternommen.

Sicherheitsarchitektur und Bedrohungsperzeptionen – Chinas Verteidigungsweißbücher

Seit den 1990er-Jahren veröffentlicht das Informationsamt des chinesischen Staatsrats verteidigungspolitische Dokumente.⁶ In diesen Dokumenten werden die sicherheitspolitische Umgebung, die Gefahrenlage, die nationalen Interessen, militärische Strukturen und technische Fähigkeiten dargestellt. 2015 gab das Staatliche Informationsamt ein neues Dokument heraus, das sich von dem traditionellen Titel (The National Defence of the People's Republic of China) unterscheidet: „China's National Defence Strategy“.⁷ Dieses Dokument versucht durch die Verwendung des Begriffes „Strategie“ eine neue Qualität und einen starken Anspruch zu transportieren. Aber auch chinesische Beobachter kritisieren, dass es sich eher um einen Werkzeugkasten zur Bewältigung regionaler Dispute handelt.⁸ Grundsätzlich

erwartet die Parteiführung von den Streitkräften eine „Aktive Verteidigung“, umfangreiche Modernisierungen, den Schutz chinesischer Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen und überantwortet dem Militär einen Beitrag zur Umsetzung des neuen Regierungsmottos „Der Chinesische Traum“. Neu ist die starke Verbindung von Militär und Entwicklung des Landes. Nicht mehr die Aufrechterhaltung der Stabilität hat höchste Priorität, sondern der Schutz der wachsenden Interessen Chinas. Präsident Xi Jinping hat bereits Ende 2013 in chinesischen Medien betont, dass die Entwicklung von der Sicherheit abhängt. Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffes findet in China statt.⁹

Die Entwicklung Chinas steht in enger Verbindung mit dem **MILITÄR**.

Neu sind die starken Formulierungen in Bezug auf Chinas territoriale Souveränität und seine „maritimen Rechte und Interessen“ nicht. Die Verwendung des Begriffes „Recht“ fällt in diesem Zusammenhang auf und intendiert eine völkerrechtliche Basis chinesischer Ansprüche, die de facto nicht besteht. China wirft Nachbarstaaten die illegale Besetzung und militärische Präsenz auf „chinesischen Riffen“ vor. Der völkerrechtliche Status vieler Inseln ist allerdings nicht festgelegt. Riffe sind nach dem Internationalen Seerecht¹⁰ keine Strukturen, die sich Staaten mit Bezugnahme auf die

200-Seemeilen-Wirtschaftszone (EEZ) einverleiben können. Relativ offen wird beschrieben, dass Chinas wachsende nationale Interessen seine Verletzlichkeit in Bezug auf Terrorismus (auch im Inland), Piraterie, Naturkatastrophen, Sicherung der Energieversorgung und der Transportwege erhöhen.

Chinas Politik der „Aktiven Verteidigung“ kombiniert Elemente strategischer Verteidigung, operationelle und taktische Offensiven mit einem Bekenntnis zum Nicht-Erstangriff. Ein ganzheitlicher Ansatz zum Gewinnen von Kriegen bei gleichzeitiger Kriegsverhinderung und unter sozialistischer Ausrichtung wird als neue Politik vorgestellt. Das Konzept des Volkskriegs wird aufrechterhalten, die „absolute“ Führung der Kommunistischen Partei über das Militär wieder einmal betont. Schließlich soll ein regionaler Sicherheits- und Kooperationsrahmen unterstützt werden. Die Luftwaffe soll defensive und offensive Operationen mit präzisen Zielerfassungssystemen durchführen. Die Marine soll ihre Fähigkeiten und ihre Präsenz ausbauen, um Territorialgewässer (inkl. Taiwanstraße und dem Südchinesischen Meer) zu dominieren und in internationalen Meeresgebieten erfolgreich operieren zu können und seegestützte nukleare Gegenschläge durchführen.¹¹ Die Doktrin fordert die Indienstellung moderner, großer Kriegsschiffe und strategischer U-Boote und den Ausbau des chinesischen Raketen-(Abwehr)Programmes. Daraus ergeben sich erweiterte „Anti-Access“-Fähigkeiten, die der U.S. Navy die Durchfahrt durch von China beanspruchte Meeresgebiete erschweren oder diese blockieren können.

Bemerkenswert ist die Forderung, strategische Fähigkeiten aufzubauen um

China zu einer Seemacht zu transformieren: Die traditionelle Mentalität des Vorranges des Landes versus dem Meer müsse aufgegeben werden. China müsse eine moderne Marine aufbauen um nicht nur seine Sicherheits- und Entwicklungsinteressen, sondern auch seine Souveränität und maritimen „Rechte

China will eine **MODERNE** Marine aufbauen.

und Interessen“ zu schützen. Eine ähnlich strategische und kritische Bedeutung haben die Sicherheitsbereiche Weltraum und Cyberspace. China wendet sich gegen das Wettrüsten im Weltraum und betont seine aktive Rolle in der internationalen Weltraumkooperation. Cyberspace ist nicht nur ein modernes Element der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und stellt ein neues, ernstes Sicherheitsrisiko dar, gegen das Abwehrfähigkeiten ausgebaut werden müssen. China beklagt den Aufbau militärischer Cyber-Einheiten einiger anderer Länder und sieht sich als Opfer von Hacker-Angriffen.

Chinas Volksbefreiungsarmee und seine politische und gesellschaftliche Positionierung

Chinas ehemalige „Rote Armee“, seit 1949 Volksbefreiungsarmee, steht in enger Verbindung zur Entwicklung der Kommunistischen Partei Chinas. Chinas Militär ist keine Staatsarmee, die mit der Gründung der Volksrepublik

China 1949 aufgestellt wurde, sondern hat seine Wurzeln als militärischer Arm der KPCh in den späten 1920er-Jahren. Die personalisierte, enge Verbindung zur Partei manifestierte sich vor 1949 durch die bürgerkriegsbedingte Arbeit im Untergrund und die Tatsache, dass Parteigründer und -Führungspersonlichkeiten gleichzeitig leitende militärische Rollen übernahmen. Die strategischen Aufgaben beschreiben, dass ein starkes Militär ein Teil des Chinesischen Traums ist. Die Streitkräfte haben sich der absoluten Führung der Kommunistischen Partei zu unterwerfen. Zu den (üblichen) Aufgaben gehören die Sicherung des Landes und der Souveränität, die Wiedervereinigung (bisher: Einheit), die Sicherung überseeischer Interessen (neu), nukleare Gegenschläge und regionale und internationale Sicherheitskooperation.

China beteiligt sich an internationalen Manövern und hält regelmäßige Übungen mit anderen Mitgliedstaaten der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) ab.¹² Ausländische Militärbeobachter erhalten inzwischen Gelegenheiten, diese militärischen Übungen zu beobachten. Eine umfassende strategische Partnerschaft besteht mit dem russischen Militär. Gegenüber amerikanischen Streitkräften soll auf der Basis des neuen Modells der „Beziehungen zwischen Großmächten“ vertrauensbildende Maßnahmen vertieft werden, die die Sicherheit bei Begegnungen im Luftraum und auf See verbessern. Die militärischen Beziehungen zu Nachbarländern sollen weiterentwickelt, die zu europäischen Ländern hochgestuft werden. Die „traditionell freundlichen“ Militärbeziehungen in den Räumen Afrika, Lateinamerika und Südpazifik werden weitergeführt. Daraus ist abzuleiten,

dass China zu Nachbarländern keine „traditionell freundlichen“ Militärbeziehungen hat. Das chinesische Militär wird Sicherheitsforen wie die SCO, ASEAN Defense Minister's Meeting Plus (ADMM+), ASEAN Regional Forum (ARF), Shangri-La Dialogue (SLD), Jakarta Internationale Defence Dialogue (JIDD) und Western Pacific Naval Symposium (WPNS) weiter unterstützen, aber mit dem Xiangshan Forum einen neuen, eigenen Rahmen für Sicherheitskooperation aufbauen.

Die innenpolitische Dimension des Auftrages an Chinas Militär, seine Mitwirkung an der nationalen Entwicklung am Infrastrukturausbau, am Transportwesen, an der Umwelterhaltung und die Ingenieurs- und Kommunikationsdienstleistungen gehen weit über die in anderen Staaten übliche Begrenzung militärischer Aufgaben (z. B. Katastrophenhilfe) hinaus. Entsprechend gehören zu den chinesischen Streitkräften nicht nur die Volksbefreiungsarmee, sondern auch die Bewaffnete Volkspolizei und die Miliz. Die Aufrechterhaltung der inneren oder öffentlichen Ordnung ist ein in fast allen Verteidigungsweißbüchern festgehaltener militärischer Auftrag. Willy Wo-Lap Lam weist auf die Militarisierung des öffentlichen Lebens und vieler Politikbereiche unter Präsident Xi Jinping hin und beschreibt die Intensivierung der zivil-militärischen Beziehungen und Ausbildungskampagnen.¹³

In Chinas Forschungsabteilungen wird vorsichtig über die verfassungsrechtliche Stellung und Rolle der Streitkräfte diskutiert. Besonderes Gewicht wird auf die ideologische und politische Ausbildung gelegt. „China's armed forces always treat ideological and political building as the first priority“. Zentrale sozialistische Werte sind umzuset-

zen und aufrechtzuerhalten.¹⁴ Die Streitkräfte werden immer und unter allen Bedingungen den Befehlen des Zentralkomitees der KP und der Zentralen Militärkommission folgen. Für die Wettbewerbsfähigkeit des chinesischen Militärs ist die große Bedeutung ideologischer und politischer Bildung problematisch: Sie trägt wenig zur militärspezifischen Fachkenntnis und damit zur Professionalität eines Soldaten bei. Ideologischer Unterricht verkürzt die Zeit für Fachausbildung im Übungsgelände.¹⁵ Offiziell stehen Volk und Volksbefreiungsarmee zur Verteidigung der nationalen Einheit und der territorialen Integrität Seite an Seite. Doch ungeachtet verschiedener patriotischer Kampagnen ist die Begeisterung der urbanen Eliten über das Militär verhalten. Top-Absolventen streben selten eine militärische Karriere an. Die chinesischen Streitkräfte haben eine integrative gesellschaftspolitische und arbeitsmarkttechnische Aufgabe. Unterschiedliche Anforderungsprofile erlauben die Beschäftigung

Die Meinung der **ELITEN** Chinas über das Militär ist verhalten.

auch weniger qualifizierter Soldaten. Die moderne Aufgabenstruktur der chinesischen Streitkräfte ist dreigeteilt: die konventionelle Massenarmee, Eliteeinheiten und internationale Peace Keeping Operations (PKO) unter einer UN-Mission.¹⁶

Für die Zukunft stellen sich für das chinesische Militär signifikante Fragen nach der politischen Kontrolle über die Streitkräfte und die Verantwortung ihrer Einsätze. Die Kontrolle des Militärs durch die Kommunistische Partei ist in

der chinesischen Verfassung festgeschrieben.¹⁷ Doch die Forderung nach einer Partizipation anderer Teile der Administration in militärpolitischen Fragen und Entscheidungen ist nicht undenkbar. Schließlich geht es auch um die Zukunftsfähigkeit der Volksbefreiungsarmee und der chinesischen Sicherheitspolitik. Diese bemisst sich in Innovationswillen, Investitionsvolumen und technischer Meisterschaft. Ein chinesisches Silicon Valley ist nicht in Sicht.¹⁸ Die chinesische Wirtschaft befindet sich in einem Abwärtstrend, dem attestiert wird, die nächste Weltwirtschaftskrise verursachen zu können. Chinas strategische U-Boot-Flotte, seine Raketen- und Flugzeugträgertrüme und das Weltraumprogramm werden vermutlich mit einer Reduzierung der Mittel und einem Einfrieren der Ausbaupläne konfrontiert.¹⁹ Zweistellige Zuwachsraten im Verteidigungsbudget stehen für die Zukunft in Frage.

Zusammenfassung

„Red Soldier 2.0“ wird sich nur für ausgewählte Eliteeinheiten und für Teilstreitkräfte und Programme mit besonderen technischen Fähigkeiten realisieren. Chinas Streitkräfte sind eine teilmodernisierte Massenarmee, die den Spagat zwischen hochtechnisierten, mehrdimensionalen Fähigkeiten der elektronischen Kriegsführung einerseits und konventionellen Aufgaben der klassischen Landesverteidigung andererseits zu bewältigen hat. Die chinesische Volksbefreiungsarmee bleibt die Armee der Partei, nicht des Volkes oder des Staates. Dies könnte sich nur im Zuge größerer politischer Reformen ändern. Die Zukunftsfähigkeit der chinesischen Sicherheitspolitik wird aber auch in der Fähigkeit bemessen, sich Verbündete zu

suchen und Allianzen über Jahrzehnte zu pflegen. China aber ist eine weitgehend isolierte Großmacht, die außer Russland kaum Verbündete hat.²⁰

Offiziell ist die Regierung in Peking um ein positives Image bemüht und betont die Politik des „Friedlichen Entwicklungswegs“, der „Harmonie“. Gleichzeitig pflegt China eine unkonziliante und starke militärpolitische Rhetorik und tritt gegenüber Nachbarstaaten konfrontativ auf. Chinas kompromisslose Politik gegenüber Japan, seine großflächigen maritimen Territorialforderungen und der Ausbau von Riffen zu Inseln im Südchinesischen Meer zeichnen nicht das Bild einer „smart power“. Andererseits beweist die Pekinger Regierung Pragmatismus und Kooperationsfähigkeit in Regionalforen und internationalen Organisationen. China verfolgt eine je nach Rezipient und Region differenzierte Außen- und Sicherheitspolitik, mit dem Resultat einer vergleichsweise moderat profilierten und kooperativen Außenpolitik auf internationaler Ebene und einer dagegen aggressiv und einseitig interessengeleiteten Sicherheitspolitik gegenüber kleineren Nachbarländern. Daraus ist im Ergebnis abzuleiten, dass China keine durchgängige strategische Kultur entwickelt hat, die seine Berechenbarkeit etwa für Nachbarstaaten und eine zum Status einer überregionalen Großmacht gehörende internationale Zuverlässigkeit erhöhen würde. ///



/// DR. SASKIA HIEBER

ist Dozentin für Internationale Politik an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. United States Department of Defense: Annual Report to Congress: Military and Security Developments Involving the People's Republic of China, Washington D.C. 2015; http://www.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/2015_China_Military_Power_Report.pdf
- ² The State Council Information Office of the People's Republic of China: China's Military Strategy, Beijing 2015; http://www.chinadaily.com.cn/china/2015-05/26/content_20820628.htm
- ³ Zur gegenseitigen Abhängigkeit von nach außen demonstrierter Stärke und innerer Sicherheit in Chinas politischer Wahrnehmung und der Befürchtung, dass innenpolitische Unordnung Angriffe von außen provoziert (neihuan waihuan) siehe beispielsweise Gareis, Sven B.: Taking off as a global power? China's Foreign Policy „Grand Strategy“, George C. Marshall Center Occasional Paper Series No. 24, April 2013, S. 6; Rede des Außenministers der Volksrepublik China Yang Jiechi auf der Münchner Sicherheitskonferenz, Botschaft der Volksrepublik China, 5.2.2010, <http://de.chineseembassy.org/det/z/Themen,Stand:10.2.2010>.
- ⁴ Vgl. ... advance U.S. interests and sustain U.S. global leadership in: Quadrennial Defense Review, hrsg. vom U.S. Department of Defense, Washington D.C. 2014, www.defence.gov
- ⁵ UNCLOS – United Nations Convention on the Law of the Sea, New York 1982, Art. 55-70 und 121; http://www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/unclos_e.pdf
- ⁶ The State Council Information Office of the People's Republic of China: National Defence of the People's Republic of China, (Verschiedene Jahrgänge), www.china.org/whitepapers/
- ⁷ The State Council Information Office of the People's Republic of China: White Paper on China's Military Strategy, Beijing, 26.5.2015.
- ⁸ Vgl. Ji, You: Deciphering Beijing's Maritime Security Policy and Strategy in Managing Sovereignty Disputes in the China Sea, Policy Brief, Nanyang Technological University 2013.
- ⁹ Xinhua, 15.11.2013.
- ¹⁰ Vgl. UNCLOS, United Nations Convention on the Law of the Sea.

¹¹ Im Sommer 2015 wurden chinesische Kriegsschiffe erstmals in der Beringsee, nahe der (U.S.-amerikanischen) Aleuten gesichtet.

¹² China hat beispielsweise im Juni 2014 mit 3 Schiffen und über 1.000 Soldaten an RIMPAC teilgenommen, einem internationalen Manöver von 23 Ländern, an dem 25.000 Soldaten beteiligt waren. Im August 2014 war China maßgeblich am großen Anti-Terror Manöver „Peace Mission 2014“ der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) beteiligt.

¹³ Vgl. Lam, Willy: White Paper expounds civil-military relations, in: Jamestown China Brief, Vol. 15, Nr. 12, 19.6.2015, S. 14/16.

¹⁴ James Mulvenon beschreibt die große Bedeutung der politischen Ausbildung und ideologischen Haltung in einem Beitrag über die „Gutian-Rede“ Präsident Xis im November 2014, die, so der Autor, auch im Zusammenhang mit Korruptionsfällen im Militär und dem dadurch sinkenden Ansehen der Streitkräfte zu sehen ist: Hotel Gutian. We haven't had that spirit here since 1929, in: China Leadership Monitor, 46/2015, S. 4/7.

¹⁵ U.S. Army General (anonym): „Who trains less, dies first“.

¹⁶ Siehe Internetauftritt des chinesischen Militärs: Chinese Peacekeepers in Action, chinamil.eng.gov.cn

¹⁷ Vgl. Constitution of the People's Republic of China, Version 1982, www.china.org

¹⁸ „Silicon Valley“ steht nicht nur für eine besondere Unternehmens- und Investitionskultur, es repräsentiert die Fähigkeit, entscheidende Innovationen zu generieren und garantiert seinem hochindividualisierten Expertenstab eine spezifische Spaß- und Freiheitskultur, die die Volksrepublik China generell und insbesondere seinen militärischen Cyber-Units nicht bieten können.

¹⁹ Unterschiedliche Zahlenangaben zum chinesischen Verteidigungsbudget und den Militärausgaben beispielsweise in: SIPRI Yearbook, verschiedene Jahrgänge, Stockholm Internationale Peace Research Institute, www.sipri.org; International Institute for Strategic Studies: The Military Balance, verschiedene Jahrgänge, London, www.iiss.org; United States Department of Defense: Report to Congress on China's Military Power, Washington D.C., verschiedene Jahrgänge, www.crs.org oder www.dod.gov

²⁰ Vgl. The Economist: It's not easy being China's neighbour, 14.6.2014, S. 4.

/// Quo vadis China?

NATIONALE IDENTITÄT IM WANDEL: CHINESISCHE AUSSENPOLITIK IN DER ÄRA XI JINPING

DANIEL LEESE /// Der selbstbewusst-nationalistische Ton, der unter Xi Jinping Einzug in die offizielle Rhetorik gehalten hat, befeuert Spekulationen über ein zunehmend aggressives außenpolitisches Auftreten der Volksrepublik China, insbesondere im Streit um Territorialfragen. Der Artikel ordnet aktuelle Debatten in längere historische Entwicklungen ein und benennt gegenwärtige Spannungsfelder.

Einführung

Die Frage, inwiefern wir gegenwärtig Zeugen einer historischen Zäsur hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen Chinas sind, wird derzeit so kontrovers diskutiert wie selten und ist nicht mehr nur auf die Kreise der Fachwissenschaft beschränkt. Es überwiegt der Eindruck einer tiefgreifenden Veränderung von Chinas Rolle in der Welt, die je nach Sichtweise den Aufstieg Chinas nunmehr auch zur politischen Großmacht, wenn nicht gar die Etablierung eines alternativen, chinesischen Weltordnungsentwurfs repräsentieren. Negativ gewendet wird das robuste Auftreten der Volksrepublik auf internationalem Parkett als Stabilisierungsversuch der kommunistischen Parteidiktatur gewertet. Mittels der Rhetorik des Wiederauf-

stiegs der chinesischen Nation soll demzufolge den potenziellen Gefahren des sinkenden Wirtschaftswachstums auf die Regimestabilität ebenso wie auch einer Infragestellung des Modells autoritär gelenkter Transformation entgegengewirkt werden. So hat Daniel Lynch erst kürzlich in einem Beitrag für die Zeitschrift *Foreign Affairs* argumentiert, dass das chinesische Reformmodell an seine Grenzen gelangt sei und nur durch Aufgabe zentral gelenkter Kontrolle weiter prosperieren könne.¹ Die Reaktionen auf den Machtzuwachs Chinas und die Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse sind somit weitgefächert² und reichen von einer positiven Wahrnehmung des wachsenden wirtschaftlichen Einflusses in der Region bis hin zur verstärkten militärischen Anlehnung von Anrainer-



Chinas Wirtschaft wächst und die internationalen Kräfteverhältnisse verschieben sich.

staaten wie den Philippinen an die Vereinigten Staaten.

In der Volksrepublik China lässt sich hingegen die Suche nach einem neuen Selbstverständnis in der Welt beobachten. Hierbei wird häufig weit in die Vergangenheit zurückgegriffen, um eine Sonderrolle in der Gegenwart zu legitimieren. So hat etwa Zhang Weiwei, Politikwissenschaftler und vormaliger Diplomat, in seiner zunächst 2011 auf Chinesisch erschienenen und ein Jahr später auch in Englisch publizierten Monographie „The China Wave. Rise of a Civilizational State“ auf die Überlegenheit des chinesischen Modells verwiesen und eine grundlegende Veränderung der gegenwärtigen Weltordnung aufgrund des Aufstiegs Chinas als „zivilisatorischem Staat“ vorausgesagt.³ Zur Begründung verwies er dabei unter ande-

rem auf die einzigartigen Charakteristika der chinesischen Nation, die er als „four supers“ (in Bezug auf territoriale Größe, Bevölkerungszahl, Traditionen und Kultur) und „four uniques“ (in Bezug auf Sprache, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft) zu definieren versuchte. Diese Form der Selbstorientalisierung im Dienste politischer Interessen, die jegliche Vergleichbarkeit von Normen und Strukturen einer Betonung der nationalen Einzigartigkeit unterordnet, hat zunehmend auch in politischen Kreisen Konjunktur.

Im vergangenen Jahr veröffentlichte der an der Qinghua Universität in Peking lehrende Politikwissenschaftler Daniel Bell ein Buch mit dem Titel „The China Model“, in dem er die Vorteile des chinesischen Systems eher innenpolitisch argumentierend hervorhob und,

gestützt auf die konfuzianische Tradition, der Demokratie westlicher Prägung ein meritokratisches Modell der Bestenauslese gegenüberstellte.⁴ Auch hier werden Elemente des politischen Systems der Volksrepublik und insbesondere der konfuzianischen Tradition als Vorbild für die Weltgemeinschaft herausgestellt. Bezeichnend für den Denkansatz ist unter anderem ein Vergleich in der Einleitung, der die abrupte Aufstiegsmöglichkeit potenziell ungeeigneter politischer Kandidaten im US-Wahlsystem mit der jahrzehntelangen Selektion im Rahmen der kommunistischen Kaderrotation und Kaderbewertung vergleicht. So habe Xi Jinping seine politischen Fähigkeiten erst durch viele Stationen politischer Bewährung in unterschiedlichen Regionen Chinas demonstrieren müssen, während Obama (das Phänomen Trump war zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht abzusehen) weitgehend ohne politische Vorkenntnisse die Präsidentschaft habe erringen können. Bell

Chinesische Debatten um alternative **WELTORDNUNGSENTWÜRFE** betonen **Meritokratie und friedliche Entwicklung.**

argumentiert hierbei zwar weniger leninistisch als aus der konfuzianischen Tradition der Selbstprüfung heraus. Er betont aber nicht zuletzt die Bewertungskriterien im Rahmen der Überprüfungen durch die jeweiligen Organisationsabteilungen der Kommunistischen Partei (etwa „Wirtschaftswachstum“ oder „soziale Stabilität“) sowie den Einfluss von Netzwerken nicht ausreichend.

Bei den genannten Titeln handelt es sich keineswegs um Einzelmeinungen, sondern die Studien basieren auf einer

Reihe von Forschungen unterschiedlicher chinesischer Theoretiker wie Yan Xuetong, Jiang Qing oder Zhao Tingyang, die häufig unter Rückbezug auf eine idealisierte und ihrer historischen Komplexität beraubten „chinesischen“ Tradition die Einzigartigkeit der chinesischen Politik betonen. Im Folgenden werden zwei Spannungsfelder benannt, an welchen die gegenwärtigen politischen Veränderungen und Identitätskonflikte im Kontext der chinesischen Außenpolitik besonders markant hervortreten.

Großmachtdiskurse

Seit dem Amtsantritt von Xi Jinping als Staatspräsident der Volksrepublik China und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas scheint ein zentrales außenpolitisches Mantra der früheren Reformperiode außer Kraft gesetzt worden zu sein. Im Gefolge der Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens und der weitgehenden Isolierung Chinas auf internationalem Parkett hatte Deng Xiaoping die Maxime ausgegeben, dass die Volksrepublik sich einstweilen außenpolitisch zurücknehmen, ihr „Licht unter den Scheffel stellen und den rechten Augenblick abwarten“ (taoguang yanghui) müsse, um die eigenen wirtschaftlichen Reformziele ungestört erreichen zu können. Diese Zurückhaltung ist einem zunehmendem Selbstbewusstsein der Volksrepublik gewichen, das sich primär auf wirtschaftliche Stärke und historisch-kulturell abgeleitete Größe stützt. Bereits in der zweiten Amtszeit der Regierung Hu Jintao und Wen Jiabao ließen sich hierfür Anzeichen erkennen, insbesondere nach der vergleichsweise robusten Bewältigung der Weltwirtschaftskrise durch die

Volksrepublik China, wenngleich die ineffiziente Verwendung der massiven staatlichen Hilfspakete noch erhebliche Probleme nach sich ziehen wird.

Unter Mao Zedong war die Volksrepublik China zumindest phasenweise noch berüchtigt für ihre aggressive außenpolitische Klassenkampfrhetorik und auch Deng Xiaoping selbst hatte seine Durchsetzung zum politischen Führer Chinas 1979 mit einem außenpolitischen Abenteuer in Vietnam begonnen.⁵ Großmachtspolitik und Bevormundung anderer Staaten lehnten beide jedoch entschieden ab. Vielmehr propagierte Deng eine Rückkehr zu den „Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz“ der 1950er-Jahre und die Teilnahme Chinas am Aufbau einer globalen Wirtschaftsordnung. Die absehbare Zunahme an wirtschaftlichem und politischem Einfluss der Volksrepublik dürfe niemals in einen Hegemonialanspruch umschlagen, so Deng in einer Rede 1990, oder Chinas Standpunkt an der Seite der Dritte-Welt-Staaten unterminieren.⁶ Aktuelle Kommentare beziehen sich ausdrücklich auf die Weiterentwicklung der Thesen Deng Xiaopings und verweisen auf die veränderten politischen Umstände. Wenngleich Hegemonialstreben noch immer abgelehnt wird, ist nicht länger Zurückhaltung, sondern die aktive und energische (fenfa youwei) Verfolgung konkreter außenpolitischer Ziele zum neuen Leitmotto der Außenpolitik geworden.⁷

In diesem Kontext hat Xi Jinping die Volksrepublik China mehrfach als Großmacht (daguo) bezeichnet, die allerdings anders als zu Zeiten des Kalten Krieges nicht nach machtpolitischen Nullsummenspielen trachte, sondern mit den Vereinigten Staaten eine „neue Art der Großmachtbeziehung“ eingehen wolle

(xinxing daguo guanxi). Diese Beziehungen sollten durch den Verzicht auf Konfrontation, gegenseitigen Respekt und Win-win-Kooperationen geprägt sein.⁸ Das bereits vor Amtsantritt Xis unter anderem vom hochrangigen Diplomaten Dai Bingguo entwickelte Konzept

In der Außenpolitik sollen die **Ziele AKTIV und energisch verfolgt werden.**

wurde offiziell im Juni 2013 während Xi Jinpings Auslandsbesuch in den Vereinigten Staaten lanciert und von der amerikanischen Seite zunächst auch übernommen.⁹ Kritik an der darin enthaltenen Aufwertung der Volksrepublik, ohne dass diese einen Nachweis für einen dauerhaft konstruktiven Beitrag zur Gestaltung der Weltordnung erbracht habe, sowie die implizite Bestätigung einer chinesischen Vormachtstellung im Pazifik, führte zum einstweiligen Verzicht der Verwendung des Konzepts in der amerikanischen Chinapolitik.

Der Kurswechsel in der chinesischen Selbstdarstellung von einer Charakterisierung als Entwicklungsland hin zum Großmachtstatus ist auch innenpolitisch nicht unumstritten, denn die Außenwahrnehmung dieser Veränderungen führten, nicht zuletzt im Kontext des Streites um die Senkaku / Diaoyu-Inseln, bei südostasiatischen Anrainern zu vermehrten Sorgen vor chinesischer Dominanz oder der amerikanischen Zusicherung gegenüber Japan,

nicht an deren Hoheitsrechten über die Inselgruppe zu zweifeln. Hier zeigt sich ein Dilemma, welches unter Hu Jintao bereits in Verbindung mit der Verwendung des Slogans des „friedlichen Aufstiegs“ (heping jueqi) Chinas virulent geworden war. Letztlich entschied man sich für die Ersetzung des Konzepts mit dem Ausdruck der „friedlichen Entwicklung“ (heping fazhan) der Volksrepublik China, um keine Abwehrbündnisse zu provozieren. Auch Xi Jinping musste erkennen, dass die Rhetorik von Kooperation und friedlicher Entwicklung bei gleichzeitiger massiver Betonung von Hoheitsinteressen im Südchinesischen Meer negative politische Konsequenzen zeitigt. So betonte er 2014 in einem Gespräch, unter anderem mit Nicolas Berggruen, dass die „Thukydides-Falle“, die Bildung von Bündnissen etablierter Staaten, um einen neu aufstrebenden Staat kleinzuhalten, unbedingt vermieden werden müsse.¹⁰ Es liege nicht in den „chinesischen Genen“, Hegemonie anzustreben. Die historische Dimension weltpolitischer Machtverschiebungen ist der chinesischen Führung auch in den Jahren zuvor stets präsent gewesen. Das Politbüro veranstaltete gar Studiensitzungen, in welchen historische Beispiele wie der Aufstieg des Deutschen Reichs diskutiert, oder Historiker wie Paul Kennedy eingeladen wurden, um nach Wegen der Vermeidung von Konflikten bei Veränderungen des globalen Machtgefüges zu suchen.

So bemerkenswert die Tatsache der Suche nach internationalen Vergleichsfällen ist, so problematisch ist die primär utilitaristische Herangehensweise an historische Fragestellungen. Die biologistisch fundierten Aussagen Xi Jinpings berufen sich auf den Mythos der „friedlichen Außenpolitik“ Chinas in

Vertrauen in die Berechenbarkeit der chinesischen Führung ist wichtig für eine FRIEDLICHE Entwicklung.

der Vergangenheit, indem etwa die gewaltigen Eroberungszüge der Qing-Dynastie, welche nicht zuletzt die Mongolei, Tibet und Xinjiang in ihren imperialen Reichsverband integrierten, als nationale und damit innerchinesische Angelegenheit betrachtet werden, statt das imperiale Erbe des Kaiserreichs und die daraus resultierenden ethnischen Konflikte der Gegenwart kritisch zu hinterfragen.¹¹ Der keineswegs aus der chinesischen Tradition, sondern aus der politischen Rhetorik der Khitan und Mongolen stammende Begriff „daguo“, der heute für den modernen Großmachtbegriff verwendet wird, verweist somit auf ein fundamentales Problem der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik: Für eine friedliche Entwicklung ist vor allem Vertrauen in die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der chinesischen Führung notwendig. Die politisch motivierten Rückgriffe auf die eigenen Traditionen sind in Verbindung mit dem teilweise sehr robusten Vorgehen – insbesondere im Südchinesischen Meer – allerdings nur wenig geeignet, dieses Vertrauen entstehen zu lassen.

Nationale Kerninteressen und internationale Kooperation

Die Auswirkungen des politisch determinierten Rückgriffs auf die Vergangenheit wirken unmittelbar auf ein zweites zentrales Spannungsfeld der chinesi-

schen Außenpolitik, dem Verhältnis der Verteidigung sogenannter nationaler „Kerninteressen“ (hexin liyi) und der Integration in bestehende Strukturen von Weltpolitik und Weltwirtschaft. Während bei Ausbruch der Kulturrevolution 1966 die Volksrepublik China international weitgehend isoliert war, erfolgte bereits in den frühen 1970er-Jahren eine partielle Anerkennung internationaler Vereinbarungen, etwa im Bereich der Umweltpolitik. Nach Beginn der Reformperiode ist die Integration der Volksrepublik China in internationale Organisationen und der Beitritt zu wichtigen Handelsabkommen, insbesondere der WTO-Beitritt 2001, zu einem wesentlichen Kennzeichen chinesischer Außenpolitik geworden. Wirtschaftliche Kooperation und Vernetzung war und ist zentral für die Ermöglichung von Chinas wachsendem weltpolitischem Gewicht. Trotz des gegenwärtigen Versuchs, die primär exportgetriebene chinesische Wirtschaft zukünftig in Richtung einer verstärkt auf Binnenkonsum gestützten Volkswirtschaft umzuwandeln, bleiben globale Handelsbeziehungen ein Kernpfeiler chinesischer Außenbeziehungen, gerade in Zeiten abnehmender einheimischer Wachstumsraten. Aller Großmachtdiskurse zum Trotz ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Volksrepublik mit etwa 7.000 Dollar noch immer relativ gering und für die dringend erforderlichen weiteren Reformen sind verlässliche Austauschbeziehungen von zentraler Bedeutung.

Unter Xi Jinping ist der Aspekt der Integration in bestehende Ordnungsrahmen ergänzt worden durch ein Element strategischer Reformen wesentlicher Pfeiler der weiterhin primär amerikanisch dominierten Weltordnung. Eine

große Rolle spielt hierbei das Konzept der „umfassenden Macht“ (zonghe guoli), verstanden als die Summe des ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Kapitals, das eine Nation zur Verfolgung eigener Interessen international in die Waagschale zu werfen imstande ist. So hat die Volksrepublik in den vergangenen Jahren eine Reihe von grundlegenden Reformen angestoßen, die über das Potenzial verfügen, die globalen Machtgewichte nachhaltig zu verschieben. Hierbei ist z. B. an die Einrichtung von Kapitalinstitutionen wie der 2015 ins Leben gerufenen Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) zu denken, welche die Abhängigkeit von Geldgebern wie Weltbank und Weltwährungsfond zu verringern helfen sollen. Auch der Ausbau zentraler Infrastruktur findet weitgehend jenseits der öffentlichen Wahrnehmung statt.¹² Insbesondere aber die neue „Weststrategie“ Chinas ist von globalem außenpolitischem Interesse. Diese unter anderem vom Pekinger Politikwissenschaftler Wang Jisi propagierte¹³ und von Xi Jinping unter dem Namen „One Belt, One Road“ implementierte Strategie basiert auf der Vorstellung eines Wiederauflebens der alten Seidenstraßenrouten.

Durch grundlegende REFORMEN möchte China die globalen Machtgewichte verschieben.

Die Verbesserung der Infrastruktur und der Aufbau von Freihandelszonen entlang des bis zu den großen Seehäfen Europas reichenden Korridors ist der bislang wohl ambitionierteste Versuch der wirtschaftlichen Einbindung gerade auch zentral- und westasiatischer Staa-

ten in Chinas Handelsnetzwerke. Diese Stärkung regionaler Einflussnahme im bislang primär russischen Einflussgebiet widerspricht gelegentlich geäußerten Vorstellungen einer neuen Blockbildung zwischen Russland, wie auch die stellvertretende Außenministerin Fu Ying kürzlich klarmachte.¹⁴ China ist hingegen bislang kein Mitglied der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), der im Februar 2016 gegründeten größten Freihandelszone der Welt, deren Auswirkungen auf die Volksrepublik noch nicht in allen Facetten absehbar sind.¹⁵

Das Konzept der „umfassenden Macht“ beruht neben der wirtschaftlichen Komponente jedoch auch auf Aspekten militärischer Stärke. Hier ist die Betonung maritimer Machtprojektionen unter Xi Jinping hervorzuheben,¹⁶ die jüngst etwa im Weißbuch der chinesischen Regierung zur strategischen Ausrichtung des Militärs deutlich wurde. Der Anspruch auf eine Führungsrolle im südostasiatischen Raum ist ohne eine entsprechende Flotte nicht durchsetzbar und in Anbetracht des Ringens um Ressourcen und Handelsrouten im Südchinesischen Meer zu einem der problematischsten Felder der chinesischen Außenpolitik geworden. Hier kollidieren die propagierten Ideale von Kooperation und Win-win-Situationen mit einer historisch legitimierten Einflusszonenpolitik. Die Definition einzelner Inselgruppen als Bestandteil des chinesischen Territoriums¹⁷ befeuert einen nationalistisch aufgeheizten Diskurs, der einerseits die einheimische Bevölkerung hinter der Parteiführung zusammenschließen soll, andererseits aber handfeste ökonomische und strategische Motivationen enthält. Indem die politische Einflussnahme in Teilen des Südchinesischen Meeres analytisch unscharf als

nationales Kerninteresse benannt wurde,¹⁸ wie zuvor bereits etwa die nationale Souveränität des Territoriums der VR China, die Verhinderung einer Unabhängigkeit Taiwans und das Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg, zeigt sich die möglicherweise explosive Vermischung von Machtpolitik und Handelsinteressen – trotz aller Betonung friedlicher Entwicklungsabsichten.

Wenngleich Konflikte den wirtschaftlichen Entwicklungsinteressen der Volksrepublik abträglich wären, so werden sie im Falle der Verletzung von Kerninteressen als eine mögliche Option dargestellt, nicht zuletzt, um durch militärische Machtprojektion die eigene Position zu stärken. Da die Definition von Themenfeldern als nationale Kerninteressen aber keineswegs fixiert ist, sondern situationsbedingt ausgeweitet und angepasst werden kann, dominiert Unsicherheit über die letztlichen Motivationen der chinesischen Führung. Es ist daher weniger die Rhetorik von Kooperation, die zu einer Entschärfung der Situation beitragen kann, als verlässliches politisches Handeln, in welchem die Gleichsetzung politischen Dissenses mit Diskursen nationaler Stärke oder Schwäche überwunden wird.

Zum Konzept der „umfassenden nationalen Stärke“ zählt nicht zuletzt auch der Aspekt der kulturellen Anziehungskraft. Nachdem das von Joseph Nye geprägte Konzept von „soft power“ in den vergangenen Jahren bereits eine wichtige Rolle in der chinesischen Außenpolitik gespielt hat¹⁹ und eine Veränderung der internationalen Wahrnehmung Chinas etwa durch fremdsprachige Publikationen, Filme, Fernsehformate oder Institutionen wie die Konfuzius-Institute angestrebt hat, ist die Propagierung des „Chinesischen Traums“ zum Schwer-

punkt der chinesischen Außendarstellung unter Xi Jinping geworden. Das bewusst vage gehaltene Konzept erfolgt zumeist in selektiven Rückbezügen auf die Besonderheiten der chinesischen Kultur und Geschichte und stellt unter anderem die zuvor angeführten Aspekte der Friedfertigkeit der chinesischen Na-

Die chinesische FRIEDFERTIGE Außendarstellung steht im Gegensatz zur aggressiven internen Parteirhetorik.

tion heraus. Umso paradoxer erscheint die massive Zunahme an martialischer Rhetorik innerhalb der Partei zur Abwehr „westlicher“ Werte, die den vorgeblich neuen Charakter einer kooperativen, vormaliges Blockdenken transzendierenden Außenpolitik konterkariert. Vom berüchtigten „Dokument Nummer 9“,²⁰ welches unter anderem Diskussionen über universelle Werte, unabhängige Justiz oder kritische Diskussionen der eigenen Geschichte untersagte, bis hin zur jüngsten Gleichschaltung der chinesischen Medien ist der aggressive, auf Machterhalt ausgegerichtete Ton der internen Parteirhetorik wenig geeignet, das Vertrauen in die offiziellen Verlautbarungen der gegenwärtigen Führung nachhaltig zu stärken.

Abschließende Bemerkungen

Aus historischer Perspektive betrachtet, ist der teils alarmistische Ton der aktuellen Berichterstattung hinsichtlich eines zunehmend bestimmten außenpoli-

tischen Auftretens Chinas kein sicherer Indikator für einen fundamentalen Wandel der chinesischen Außenpolitik. Wie häufig sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten bereits die Furcht vor der kommenden Dominanz Chinas, oder aber Szenarien eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs der Parteiherrschaft diskutiert worden, während die Ursachen epochaler Einschnitte wie der Proteste von 1989 weitgehend unentdeckt blieben. Auch wenn die Berichterstattung über China heute deutlich differenzierter und umfangreicher als noch vor zwanzig oder auch nur vor zehn Jahren ist, gibt es, neben der stets unkalkulierbaren Größe des historischen Zufalls, viele Aspekte der chinesischen Politik, die intransparent bleiben, nicht vollständig von der Parteiführung kontrolliert werden können, oder in denen Außen- und Innendarstellung signifikant voneinander abweichen und daher einstweilen zu Zurückhaltung in der Bewertung mahnen.

Bei aller Vorsicht vor vorschnellen Urteilen spricht derzeit jedoch Vieles für einen signifikanten Wandel in der chinesischen Außenpolitik, der bereits gegen Ende der Regierung Hu Jintao / Wen Jiabao erkennbar wurde, aber erst unter Xi Jinping klare Konturen annimmt. Hierzu zählt die Positionierung der Volksrepublik als Großmacht auf internationalem Parkett, die sich strategisch nunmehr einzig an den Vereinigten Staaten orientiert und verstärkt auf Reformen der amerikanisch dominierten Weltordnung drängt. Hierzu zählt auch die zunehmend offensive Benennung und Verteidigung nationaler Kerninteressen, die potenziell in einem Spannungsverhältnis zu den Zielen der Vertiefung ökonomischer Beziehungen steht. Die chinesische Führung unter-

nimmt große Anstrengungen, um ein „wilhelminisches Szenario“, einer in Krieg mündenden Großmachtrivalität, zu vermeiden. Eine wichtige Voraussetzung hierfür wäre eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, statt einer Kombination aus politischer Instrumentalisierung und Tabuisierung, wie sie gegenwärtig zu beobachten ist. ///



/// PROF. DR. DANIEL LEESE

ist Professor für Sinologie mit Schwerpunkt „Geschichte und Politik des modernen China“ an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Anmerkungen

- ¹ Lynch, Daniel: The End of China's Rise. Still Powerful but Less Potent, 11.1.2016, <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2016-01-11/end-chinas-rise>, Stand: 15.3.2016.
- ² Über unterschiedliche Wahrnehmungen von Chinas wachsendem Einfluss in Asien siehe Chu, Yun-han / Kang, Liu / Huang, Min-hua: How East Asians View the Rise of China, in: Journal of Contemporary China, 24.93/2015, S. 398-420.
- ³ Zhang, Weiwei: The China Wave. Rise of a Civilizational State, Hackensack 2012.
- ⁴ Bell, Daniel A.: The Chinese Model. Political Meritocracy and the Limits of Democracy, Princeton 2015.
- ⁵ Zhang, Xiaoming: Deng Xiaoping's Long War. The Military Conflict between China and Vietnam, 1979-1991, Chapel Hill 2015.
- ⁶ Deng, Xiaoping: Shan yu liyong shiji jieju fazhan wenti (24.12.1990), in: Deng Xiaoping wenzuan, Bd. 3, Peking 1994, S. 363.
- ⁷ Brady, Anne-Marie: Chinese Foreign Policy. A New Era Dawns, in: The Diplomat, 17.3.2014, <http://thediplomat.com/2014/03/chinese-foreign-policy-a-new-era-dawns/>, Stand: 15.3.2016.
- ⁸ Xi Jinping and President Obama Hold Joint Press Conference, 8.6.2013, <http://www.fmprc.gov.cn/>

mfa_eng/topics_665678/xjpttcrmux_665688/t1049545.shtml, Stand: 15.3.2016.

- ⁹ Erickson, Andrew S. / Liff, Adam P.: Not-So-Empty Talk. The Danger of China's „New Type of Great-Power Relations“, in: Foreign Affairs, 9.10.2014, <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2014-10-09/not-so-empty-talk>, Stand: 15.3.2016.
- ¹⁰ How the World's Most Powerful Leader Thinks, in: Huffington Post, 21.1.2014, http://www.huffingtonpost.com/2014/01/21/xi-jinping-davos_n_4639929.html, Stand: 15.3.2015.
- ¹¹ Siehe hierzu auch die Kritik am ahistorischen Bezug auf das Tributsystem des Kaiserreichs bei Perdue, Peter C.: The Tenacious Tributary System, in: Journal of Contemporary China, 24.96/2015, S. 1002-1014.
- ¹² Mayer, Maximilian / Huotari, Mikko: China. Geopolitik durch Infrastruktur, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 7/2015, S. 37-40.
- ¹³ Wang, Jisi: China's Search for a Grand Strategy. A Rising Great Power Finds its Way, in: Foreign Affairs 90.2/2011, S. 68-79.
- ¹⁴ Fu, Ying: How China Sees Russia, in: Foreign Affairs 95.1/2016, S. 96-105.
- ¹⁵ Devadason, Evelyn S.: The Trans-Pacific Partnership (TPP): The Chinese Perspective, in: Journal of Contemporary China, 23.87/2014, S. 462-479.
- ¹⁶ Xi Advocates Efforts to Boost China's Maritime Power, Xinhua, 31.7.2013, http://news.xinhuanet.com/english/china/2013-07/31/c_132591246.htm, Stand: 15.3.2016.
- ¹⁷ Für einen interessanten Hintergrund der Debatte siehe auch Zhai, Xiang: Rewriting the Legacy of Chiang Kai-shek on the Diaoyu Islands: Chiang's Ryukyu Policies from the 1930s to the 1970s, in: Journal of Contemporary China, 24.96/2015, S. 1128-1146.
- ¹⁸ China Officially Labels Senkakus, Core Interest, in: The Japan Times, 27.4.2013, <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/04/27/national/china-officially-labels-senkaku-a-core-interest/#.VwY5zimYA25>, Stand: 15.3.2016.
- ¹⁹ Siehe etwa Kurlantzick, Joshua: Charm Offensive. How China's Softpower is Transforming the World, New Haven 2008.
- ²⁰ <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>, Stand: 15.3.2016.

/// China und Deutschland verbindet eine besondere Freundschaft

FÜR EINE DAUERHAFT STABILE ENTWICKLUNG DER CHINESISCH-DEUTSCHEN ZUSAMMENARBEIT

MEI ZHAORONG /// Dieser Beitrag ist eine umfassende Bewertung der chinesisch-deutschen Beziehungen. Ein Vergleich der Breite und Tiefe der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit veranschaulicht die Vorreiterrolle Deutschlands in den chinesisch-europäischen Beziehungen. Trotz vielversprechender Perspektiven gibt es jedoch aufgrund von Unterschieden im politischen System, den geschichtlichen und kulturellen Traditionen sowie der Interessenlage auch Probleme, deren richtige Behandlung entscheidend für eine dauerhaft stabile Entwicklung ist. Ein abschließender ausgewogener Blick auf die derzeitige umbruchartige Entwicklung in China soll zeigen, wie man die daraus entstehenden Chancen nutzen kann.

Einführung

Beim Rückblick auf die auswärtigen Beziehungen Chinas im Jahre 2015 fällt auf, dass mit Großbritannien, Frankreich und Deutschland drei führende Länder in Europa darum wetteiferten, pragmatisch mit China zusammenzuarbeiten, was für eine weitere Intensivierung der chinesisch-europäischen Beziehungen sorgte. Dabei behaupteten die Beziehungen zwischen China und Deutschland einen gewichtigeren Anteil und spielten eine hervorgehobene Rolle.

In Medienberichten hieß es, die überaus großen Erfolge des Großbritan-

nien-Besuchs des Staatspräsidenten Xi Jinping im Oktober 2015 und die Vereinbarung einer auf das 21. Jahrhundert ausgerichteten strategischen Partnerschaft auf globaler Ebene hätten ein goldenes Zeitalter in den chinesisch-britischen Beziehungen eingeleitet und Großbritannien damit innerhalb der chinesisch-europäischen Beziehungen eine Leitfunktion zukommen lassen. Wenn damit nur gemeint ist, dass Großbritannien den amerikanischen Druck ignoriert und bei der Bewerbung um eine Rolle als Gründungsmitglied der Asiatischen Bank für Infrastruktur und



Quelle: Sean Gallup/Getty Images

Chinas amtierendem Staatspräsidenten Xi Jinping und Bundeskanzlerin Merkel sind die guten Beziehungen zwischen China und Deutschland sehr wichtig.

Investitionen vorangeht, und dass sowohl der britische Premierminister als auch sein Schatzkanzler öffentlich verkündeten, Großbritannien wolle „der stärkste Bundesgenosse Chinas im Westen“ und „der beste Partner in der Zusammenarbeit“ werden, so gebührt dem Land dieser Lorbeerkranz völlig zu Recht. Wenn allerdings die Breite und Tiefe der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie der technologischen Zusammenarbeit als Maßstab gelten, so nimmt Deutschland in den chinesisch-europäischen Beziehungen nach wie vor den ersten Rang ein. So hat zwar beispielsweise das Volumen des chinesisch-deutschen Handels im Vergleich zum Jahre 2014 einen leichten Rückgang erfahren, belief sich jedoch immer noch auf 156,78 Mrd. US-Dollar, was nahezu 30 % des gesamten Han-

delsvolumens zwischen China und Europa entsprach und das Doppelte bzw. Dreifache des Handelsvolumens von China mit Großbritannien (78,52 Mrd. US-Dollar) und Frankreich (51,41 Mrd. US-Dollar) ausmachte. Bis Ende 2015 hat Deutschland, um ein anderes Beispiel anzuführen, in China 25,47 Mrd. US-Dollar an Direktinvestitionen nicht-finanzieller Art getätigt, deutlich mehr als Großbritannien (19,7 Mrd. US-Dollar) und Frankreich (14,86 Mrd. US-Dollar). Chinas Technologieimporte aus Deutschland erstreckten sich Ende 2015 auf 21.939 Projekte mit einem finanziellen Vertragsvolumen von 71,69 Mrd. US-Dollar, auch das sind Dimensionen, an die Großbritannien und Frankreich bei weitem nicht heranreichen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat viel später als Großbritannien und

Frankreich diplomatische Beziehungen zu China aufgenommen, doch die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit Chinas mit Deutschland entwickelte sich rascher als die mit Großbritannien und Frankreich. Untersucht man die Gründe hierfür, so dürfte neben der wirtschaftlich-technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands und der außerordentlichen Qualität der Produkte die relativ große Offenheit im Technologietransfer ein wichtiger Faktor sein. Blickt der Verfasser auf die 43-jährige Geschichte der chinesisch-deutschen Beziehungen zurück, so wächst die tiefe Überzeugung, dass sie von einigen einzigartigen Besonderheiten geprägt ist.

Besonderheiten der Beziehung zwischen Deutschland und China

Die erste Besonderheit ist der unablässig wachsende Stellenwert der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Oktober 1972 entwickelten sich diese über einen vergleichsweise langen Zeitraum reibungslos. Nach den Turbulenzen des Frühsommers 1989 in Peking beteiligte sich zwar auch Deutschland an den sogenannten umfassenden Sanktionen gegen China, doch ging die Regierung Kohl schon im Jahre 1992 mit der Revision ihrer China-Politik voran und legte 1993 eine Asien-Strategie vor, die China in den Mittelpunkt stellte, wonach sich die Beziehungen beider Länder umfassend zu normalisieren begannen. Im Jahr 2004, während der Amtszeit von Bundeskanzler Schröder, verkündeten beide Seiten, „im Rahmen der umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen China und Europa partnerschaftliche Beziehungen mit globaler Verantwortung

Die **ZUSAMMENARBEIT** zwischen China und Deutschland entwickelte sich schnell.

aufbauen zu wollen“, und vereinbarten einen Mechanismus für jährliche Konsultationen zwischen den Regierungschefs beider Länder. Im Jahre 2010 einigten sich beide Länder, die „strategische Partnerschaft“ umfassend zu fördern und beschlossen, einen Mechanismus der Regierungskonsultationen einzuführen. 2012 betonten beide Seiten weiter, dass die bilateralen Beziehungen eine „auf die Zukunft ausgerichtete strategische Partnerschaft“ seien. 2014 entschlossen sie sich, eine „umfassende strategische Partnerschaft“ auszurufen, und veröffentlichten im Zuge der in jenem Jahr erfolgreich durchgeführten dritten Regierungskonsultationen einen „Aktionsrahmen für die chinesisch-deutsche Zusammenarbeit“, dessen Kern die gemeinsame Gestaltung der Innovationspolitik bildet. Damit wurde eine Blaupause für die Zusammenarbeit der nächsten fünf bis zehn Jahre entworfen. All diese Entwicklungen sind wichtige Anzeichen dafür, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern kontinuierlich ausgeweitet und vertieft wurden.

Die zweite Besonderheit ist die beispiellose Häufigkeit der gegenseitigen Besuche auf höchster Ebene. Bereits in der frühen Phase nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen traten in Deutschland sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien aktiv für

eine Entwicklung der Beziehungen zu China ein. Dass führende Persönlichkeiten der in der Opposition befindlichen Union, wie Helmut Kohl und Franz Josef Strauß sowie Bundeskanzler Helmut Schmidt nacheinander China besuchten, trug maßgeblich zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und zur Förderung der bilateralen Zusammenarbeit bei. In der Folge kamen auch die amtierenden chinesischen Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten zu Staatsbesuchen nach Deutschland. Besonders beeindruckend ist, dass Bundeskanzler Schröder in seiner siebenjährigen Amtszeit China sechs Mal besuchte und Bundeskanzlerin Merkel in ihren bisherigen zehn Amtsjahren bereits acht Mal in China war; und der seit dem 18. Parteitag der KP Chinas amtierende Staatspräsident Xi Jinping und der neu berufene Ministerpräsident Li Keqiang setzten ihrerseits Deutschland ganz oben auf die Liste der in Europa zu besuchenden Länder.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass eine derartige Dichte der gegenseitigen Besuche von ranghöchsten Vertretern chinesischer und deutscher Seite in den chinesisch-europäischen Beziehungen beispiellos ist. Sie zeigen, wie wichtig beide Seiten die Entwicklung ihrer Beziehungen nehmen, und üben für die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses sowie die Förderung des politischen Vertrauens eine wichtige Funktion aus. Sie wurden zu einem Erfolgsrezept in Bezug darauf, wie man durch Kontakte auf höchster Ebene die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern voranbringt. Gleichzeitig wuchsen damit auch die Mechanismen und Plattformen der Zusammenarbeit, wobei als die wichtigsten der Mechanismus der Regierungskonsultationen, der Außen- und

Sicherheitspolitische Strategische Dialog sowie der Hochrangige Finanzpolitische Dialog zu nennen wären.

Die dritte Besonderheit ist, dass die wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit als Eckpfeiler der langfristigen und stabilen Entwicklung der Bezie-

Gegenseitige **BESUCHE zwischen China und Deutschland intensivieren die Beziehung und vertiefen das Verständnis füreinander.**

hungen zwischen den beiden Ländern dient. Im Vergleich zum Jahre 1972 hat das Volumen von Im- und Export im Jahre 2015 um das nahezu 600-fache zugenommen. Nehmen wir den deutschen Export von Automobilen als Beispiel, so belegen deutsche Autos in China einen Marktanteil von 22 %. Seit vielen Jahren geht jeder dritte verkaufte Volkswagen nach China, BMW erreicht mit seinen in China verkauften Autos einen Anteil von 21 % am Gesamtumsatz, und das Geschäftsvolumen von Daimler in China macht 19 % seines weltweit erzielten Geschäftsvolumens aus. Hinsichtlich der Investitionen werden zwei Merkmale deutlich: Zum einen legt die deutsche Seite bei ihren Investitionen Wert auf Produktivität und der Gehalt an technischem Know-how ist hoch, was von der chinesischen Seite sehr geschätzt wird. Zum andern hat sich die frühere Ausgangslage, nach der Deutschland einseitig in China investierte, in einen bilateralen Prozess ver-

wandelt, wobei die Wachstumsrate chinesischer Investitionen in Deutschland inzwischen höher ausfällt als die der deutschen Seite in China. Auf dem Gebiet der Hightech-Fertigungsindustrie haben beide Seiten neben dem zuvor genannten Aktionsrahmen für die chinesisches-deutsche Zusammenarbeit bereits die Verkoppelung der beiderseitigen Entwicklungsstrategie „Made in China 2025“ und der deutschen „Industrie 4.0“ vereinbart und hierfür auf Ministerebene einen Abstimmungsmechanismus eingerichtet. Dies bedeutet, dass beide Seiten in der Kooperation auf dem Gebiet der intelligenten Hightech-Fertigung den Übergang von theoretischen Diskussionen zur praktischen Zusammenarbeit vollzogen haben. Außerdem verständigten sich beide Seiten darauf, die deutsche Beteiligung an der Erschließung Westchinas sowie an der Umgestaltung der alten industriellen Kerngebiete des Nordostens als Hebel für den Aufbau einer Plattform der innovativen Kooperation zu nutzen; beide Regierungen schufen zudem Mechanismen der Zusammenarbeit, um die Unternehmen beider Länder darauf einzustellen, gemeinsam die auf Drittmärkte ausgerichteten internationalen Produktionskapazitäten auszuweiten.

Die vierte Besonderheit ist die Vielfalt auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austausches. Deutschland ist im Bereich der Wissenschaft und Technik für China einer der wichtigsten Kooperationspartner und der Austausch in Kultur und Bildung hat vergleichsweise früh begonnen. Zurzeit studieren mehr als 30.000 Chinesen in Deutschland, wovon über 5.000 im Jahre 2014 angereist sind, und von deutscher Seite halten sich über 8.000 Personen zu einem Studium

in China auf. Insgesamt gibt es 17 der von beiden Ländern gemeinsam eingerichteten und verwalteten Konfuzius-Institute sowie weitere drei Konfuzius-Klassen. In den letzten Jahren fanden eine ganze Reihe von bilateralen Großveranstaltungen, etwa „Deutschland und China gemeinsam in Bewegung“, das „Jahr der chinesischen Kultur“ oder das „Chinesisch-deutsche Wissenschaftsjahr“, statt. 2013 und 2014 riefen die beiden Seiten im jeweils anderen Land ein „Sprachenjahr“ aus. 2015 führten sie ein „Jahr der Innovationszusammenarbeit“ durch. Im Jahr 2016 soll ein gemeinsam organisiertes „Jahr des Jugendaustausches“ stattfinden und ein Raster für die Zusammenarbeit in der Bildung geschaffen werden; zudem sollen neue Gebiete der bilateralen Kooperation im Bereich der Integration von Menschen mit Behinderungen sowie des demographischen Wandels eröffnet werden. Auf Provinz-, Länder- und städtischer Ebene existieren inzwischen 81 Partnerschaften. All diese Plattformen

Auch in der **INTERNATIONALEN Politik arbeiten China und Deutschland immer enger zusammen.**

dienen dazu, das gegenseitige Verständnis zu fördern und die Kooperation zwischen den beiden Ländern im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Die fünfte Besonderheit liegt darin, dass die Kontakte, Konsultationen und Koordinierungsbemühungen in Fragen

des internationalen Friedens, der Sicherheit und der Entwicklung ständig enger und intensiver werden. In der internationalen Politik zeigt sich dies deutlich beim Anti-Terror-Kampf, dem iranischen Atomprogramm und Syrien. In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist dies unter anderem daran erkennbar, dass beide Seiten sich gemeinsam für ein chinesisches-europäisches Investitionsabkommen einsetzen, dass die deutsche Seite die Aufnahme des Renminbi in den Währungskorb für Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds sowie den Zugang Chinas zur Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützt und Deutschland der Asiatischen Bank für Infrastruktur und Investitionen (AIIB) beigetreten ist. All diese Beispiele zeugen davon, wie die beiden Seiten die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil konkret verwirklichen.

Perspektiven der chinesisch-deutschen Beziehungen

Die umfassende strategische Partnerschaft zwischen China und Deutschland endet nicht auf dem Papier, sondern wird nach und nach in die Tat umgesetzt. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass die Perspektiven für die Entwicklung der chinesisch-deutschen Beziehungen vielversprechend sind.

Erstens bestehen zwischen China und Deutschland keinerlei direkte geopolitische Interessenkonflikte oder geschichtlich bedingte Streitigkeiten. Beide Länder haben in nationalen Fragen stets Verständnis gezeigt. So war China unter den großen Ländern der einzige Staat, der das deutsche Volk von Anfang bis Ende in seinem Streben nach nationaler Einheit unterstützt hat. Die Bundesrepublik Deutschland wiederum hat

sich, angefangen mit Adenauer, immer an das Ein-China-Prinzip gehalten und niemals offizielle Beziehungen zu Taiwan unterhalten.

Zweitens ähneln sich die Wirtschaftsstrukturen der zwei Länder. Beide sind bedeutend in der Fertigungsindustrie, befinden sich jedoch in unterschiedlichen Stadien ihrer Entwicklung, woraus sich ein hohes Maß an Komplementarität ergibt. Beide sind wichtige Exportländer und treten demnach für die Liberalisierung des Handels ein. Protektionismus wird abgelehnt. Mit der Entwicklung der Wirtschaft vergrößert sich das Potenzial des chinesischen Marktes unablässig. Deutschen Unternehmen eröffnen sich ideale Märkte und Investitionsmöglichkeiten, wohingegen für China besonders Bedarf an deutscher Technologie und Erfahrung im modernen Management besteht. Werden die beiden jeweiligen Stärken miteinander verknüpft, ergeben sich gewaltige Möglichkeiten für eine Kooperation zum gegenseitigen Nutzen.

Drittens weisen die beiden Länder in zahlreichen internationalen Fragen Gemeinsamkeiten auf. Daraus ergibt sich vielfach der Wunsch nach gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit. Am wichtigsten dabei ist, dass beide Staaten sich ein friedliches und stabiles Umfeld wünschen und bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen aufeinander angewiesen sind. Beide Länder setzen sich für eine friedliche Lösung der internationalen Konflikte ein und wenden sich gegen jede Hegemonial- oder Machtpolitik, die willkürlich Gewalt einsetzt oder bewaffnete Gewalt androht. Deutschland ist zwar eine starke Wirtschaftsmacht und verfügt in Europa über großen Einfluss, benötigt aber, wenn es international eine

gewichtige Rolle spielen will, neben dem Rückhalt in der Europäischen Gemeinschaft doch auch den Kontakt und die Kooperation mit einem großen Entwicklungsland wie China. All dies hat für die beiden Länder die Motivation und den Spielraum für die Stärkung der Kontakte und der Zusammenarbeit vergrößert.

Deutschland braucht den Kontakt und die KOOPERATION mit einem großen Entwicklungsland wie China.

Viertens haben beide Länder herausragende Kultur- und Kunstgüter hervorgebracht und verfügen über großes touristisches Potenzial, so dass sich auf kulturellem Gebiet für das gegenseitige Studium und den wechselseitigen Besuch unendliche Möglichkeiten eröffnen. Es darf nicht verschwiegen werden, dass die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern zwar mit Riesenschritten voranschreitet, dass es aber an gegenseitigem Verständnis durchaus noch mangelt. Daher handelt es sich bei der Förderung des kulturellen Austausches nicht nur um ein vielversprechendes Anliegen, sondern um eine Aufgabe von größter Wichtigkeit, um das Wissen über die andere Kultur zu erweitern, Vorurteile abzubauen und den jeweiligen geistigen Horizont zu erweitern.

Auf was sollten China und Deutschland achten?

Man sagt, alles auf der Welt habe zwei Seiten. Da die beiden Staaten ein unterschiedliches gesellschaftliches und politisches System aufweisen, die geschichtlichen und kulturellen Traditionen voneinander abweichen und der jeweilige

Entwicklungsstand sich stark unterscheidet, ist auch der Blickwinkel bei der Betrachtung einer Reihe von Fragen ein anderer. Dass sich aus unterschiedlichen Betrachtungsweisen zuweilen Differenzen und Konflikte ergeben, ist unvermeidbar. So hält China an einer unabhängigen, autonomen Außenpolitik des Friedens fest und befolgt das Prinzip der Partnerschaft, aber Bündnisfreiheit. Deutschland hingegen ist in einem Bündnis fest verankert und tief in der von Amerika geführten Nordatlantischen Allianz verwurzelt. Die chinesische Seite kann nicht umhin zu fragen, inwieweit Deutschland bei der Handhabung wichtiger Probleme, welche die Interessen Chinas betreffen, von der Politik dieses Bündnisses beeinflusst wird. Aufgrund dieser Ausgangslage und besonders angesichts der historischen Erfahrungen und mit Blick auf die gegenwärtige Situation wird die Behandlung der zuvor angeführten Probleme nicht ohne Einfluss auf das politische Vertrauen und auf die dauerhaft stabile Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bleiben. Daher sollten beide Seiten im Umgang miteinander besonders auf folgende drei Punkte achten:

Erstens sollte das Prinzip des gegenseitigen Respekts und der Suche nach Gemeinsamkeiten bei Zurückstellung der Verschiedenheiten gewahrt bleiben. Sowohl China als auch Deutschland handeln nach eigenen, aus der Geschichte rührenden Denkweisen und Wertvorstellungen, und beide müssen nach den nationalen Gegebenheiten des eigenen Landes und den Bedürfnissen der Bevölkerung eigenständig über den Weg ihrer Entwicklung entscheiden und die nationale Politik bestimmen. Keine Seite sollte in ideologischen Denkmus-

tern verharren und die Qualität der Beziehungen von der Gleichheit oder Unterschiedlichkeit der politischen Systeme bestimmen lassen. Ebenso wenig sollten wir danach trachten, die andere Seite nach den eigenen Vorstellungen zu verändern oder uns in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen, insbesondere in Bezug auf die jeweiligen Kerninteressen. Die Erfahrungen der letzten 43 Jahre lehren uns, dass sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern so lange reibungslos entwickelten, wie sie durch die zuvor beschriebenen Prinzipien bestimmt wurden. War dies nicht der Fall, mussten unweigerlich Rückschlüsse hingenommen werden.

Beide Seiten müssen die Denkweisen und Wertvorstellungen des anderen Landes RESPEKTIEREN.

Zweitens muss dem Prinzip der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen Geltung verschafft und die Vorstellung von einem „Nullsummenspiel“ aufgegeben werden. In Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland ein hochentwickeltes Industrieland und China das größte Entwicklungsland ist, steht zu hoffen, dass Deutschland die Anstrengungen Chinas, zu den entwickelten Ländern aufzuschließen, mit Augenmaß betrachtet. Die hier und da zu hörende Ansicht, die chinesische Seite sei der „Nutznießer“ der Beziehung, während die deutsche Seite sich auf das Verteilen von Almosen beschränke, deckt

sich nicht mit der Realität; noch schädlicher ist die hin und wieder vertretene Meinung, China würde zu einer „Bedrohung“ werden und nach Ein- bzw. Überholung den entwickelten Ländern ihre Lebensgrundlage entziehen. Die Fakten zeigen nämlich sehr deutlich, dass die Entwicklung Chinas in den letzten Jahren mehr als 30 % zum weltweiten Wirtschaftswachstum beigetragen hat und auch am Gedeihen der deutschen Wirtschaft einen unbestreitbaren Anteil hatte.

Drittens muss das Prinzip einer unabhängigen und selbständigen Politik gelten. Das Geflecht der internationalen Beziehungen ist äußerst komplex und umfasst unweigerlich mehr oder weniger ausgeprägte Zusammenhänge. China als die größte blockfreie Nation hat stets daran festgehalten, ganz nach der eigentlichen Sachlage unabhängig und selbständig Urteile zu fällen und politische Entscheidungen zu treffen. China erwartet von befreundeten Staaten, dass diese sich ebenfalls nach der eigentlichen Sachlage Urteile bilden und Entscheidungen treffen und sich nicht von ihrer Bündnispolitik beeinflussen lassen. Dies betrifft etwa die Territorialfragen im Südchinesischen und Ostchinesischen Meer, die Kerninteressen Chinas anbelangen. Denn ist dies nicht der Fall, könnten die bilateralen Beziehungen aufgrund von Fragen belastet werden, die mit den Beziehungen selbst nichts zu tun haben.

Die Entwicklung Chinas

China befindet sich seit dem 18. Parteitag der KP in einer umbruchartigen Entwicklung, die sich auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens erstreckt und tiefgreifende Veränderungen nach sich zieht. Diese Entwicklung vollzieht sich

im Rahmen von vier grundlegenden strategischen Konzepten:

- die umfassende Vollendung des Aufbaus einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand bis 2020,
- die umfassende Vertiefung der Reformen,
- die umfassende Förderung der Rechtsstaatlichkeit sowie
- die umfassende Ausrichtung der Kommunistischen Partei an Disziplin und Anstand.

Bei diesen „vier umfassenden Konzepten“ handelt es sich um ein strategisches Ziel und drei strategische Maßnahmen, die eine untrennbare Einheit bilden.

Die umfassende Vollendung des Aufbaus einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand soll gekennzeichnet sein durch die Verdopplung des BIP und des Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung bis 2020 auf der Grundlage von 2010 sowie die endgültige Überwin-

China befindet sich in einer **UMBRUCH-PHASE** mit sehr vielen Veränderungen.

dung der Armut von 70 Millionen Menschen, die in China immer noch darunter leiden müssen.

Bei der umfassenden Vertiefung der Reformen geht es unter anderem darum, dass die Ansätze, die in der Vergangenheit versäumt oder nicht richtig umgesetzt wurden oder sich als nicht nachhaltig erwiesen haben, nachgeholt bzw. angepasst werden. Beispielsweise soll die bisherige extensive Entwicklungsweise zu einer intensiven Entwicklungsweise umgewandelt werden. Die Wirt-

schaft soll so umstrukturiert werden, dass die Triebkraft der Entwicklung nicht mehr überwiegend von Investitionen und Export ausgeht, sondern auf Innovation und Konsum übergeht. Die Wachstumsrate der Volkswirtschaft soll von dem bisherigen hohen Tempo auf ein moderat hohes Tempo reguliert werden, was der ungünstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt und den Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaftsentwicklung entspricht.

Für den 2016 anlaufenden 13. Fünfjahresplan ist eine jährliche Wachstumsrate zwischen 6,5 % und 7 % zu erwarten. Die Umstrukturierung der Wirtschaft soll dabei beschleunigt, Überkapazitäten in manchen Branchen abgebaut und die schwachen Bereiche gestärkt werden. Fünf Prinzipien werden für die weitere Entwicklung als Richtlinien festgelegt. Ziel ist eine innovative, koordinierte und grüne Entwicklung, eine Entwicklung, die sich noch mehr als bisher nach außen öffnet und die Bevölkerung noch mehr als bisher an den Früchten teilhaben lässt.

Die umfassende Förderung der Rechtsstaatlichkeit zielt auf die Verbesserung des Regierens, die Modernisierung der Regierungsstruktur und die Erhöhung der Regierungsfähigkeit des Staats. Es gilt zum Beispiel, die Gesetzgebung zu vervollkommen, die Macht in den „Käfig“ eines Regelwerks zu sperren und die Machtausübung strikt der Kontrolle durch das Volk zu unterstellen.

Die umfassende Disziplinierung der Partei dient dem Ziel, die Partei, die in der Verfassung als die Führungskraft verankert ist, gesund zu halten. Dies beinhaltet neben der Verbesserung des Arbeitsstils und dem Aufbau eines integren Regierungsapparates den verstärkten Kampf gegen die Korruption. Verlet-

zungen der Parteidisziplin und der Gesetze werden nicht toleriert. So werden in diesem Kampf "Tiger und Fliegen" gleichermaßen erlegt. Man kann feststellen, dass dieser Kampf nicht nur die einhellige Unterstützung der Bevölkerung findet, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteiführung wesentlich gestärkt hat.

Seit dem 18. Parteitag hat die neue Führung Chinas neben den umwälzenden Reformen im Inneren auch außenpolitisch eine Reihe von neuen Ideen und Konzepten entwickelt bzw. wichtige Initiativen für die internationale Zusammenarbeit unterbreitet. Von besonderer Bedeutung war die neue Seidenstraßeninitiative, die eine Weiterentwicklung der Öffnungspolitik darstellt.

Fazit

Wir Chinesen hoffen aufrichtig, dass unsere deutschen Freunde die neue Entwicklung Chinas richtig erfassen, die entstehenden Chancen tatkräftig nutzen und sich die derzeit vorzüglichen Beziehungen langfristig und stabil weiterentwickeln. So kann ein gebührender Beitrag geleistet werden – nicht nur zum Wohl unserer beiden Völker, sondern auch für das Miteinander zwischen China und Europa sowie für die Begründung einer dauerhaft friedlichen und weithin prosperierenden Welt. ///



/// MEI ZHAORONG

ist ehemaliger Botschafter Chinas in Deutschland und ehemaliger Präsident des Instituts des chinesischen Volkes für auswärtige Angelegenheiten. Derzeit ist er Mitglied der außenpolitischen Beratergruppe des chinesischen Außenministeriums und Gastprofessor der Fudan-Universität Shanghai.

/// ... über Franz Josef Strauß, „alte“ Zöpfe und die Herausforderungen des Lebens in Bayern

PROFESSOR GU JUNLI ERINNERT SICH AN SEINE ZEIT IN DEUTSCHLAND

GU JUNLI /// 1939 in der ostchinesischen Provinz Jiangsu geboren, war kurz nach seinem Studium in München langjähriger Leiter der Deutschlandabteilung der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, einem der wichtigsten chinesischen Think Tanks. Gu ist einer der renommiertesten Deutschlandkenner Chinas, Autor und Herausgeber einer Reihe wichtiger Publikationen zu Deutschland und Vorsitzender der Chinesischen Gesellschaft für Deutschlandstudien. Als Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung studierte er zwischen 1981 und 1983 Politikwissenschaften und Soziologie an der LMU München und ist Vorsitzender der Altstipendiatenvereinigung der HSS in Peking. In diesem Interview blickt Prof. Gu auf seine Erlebnisse in Deutschland, die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und China der letzten 40 Jahre sowie den Einfluss von Franz Josef Strauß zurück.

Politische Studien: Sie haben sich seit Ihrem Studium intensiv mit Deutschland, seiner Außenpolitik und insbesondere den Beziehungen mit der VR China beschäftigt. Wieso interessierten Sie sich als junger Mann im China der 1960er-Jahre dafür?

Gu Junli: Ich komme aus einem kleinen Städtchen in der Provinz Jiangsu, in der schon immer viel Wert auf Kultur und Bildung gelegt wurde. In der Mittelschule habe ich viele Bücher über das Ausland gelesen, darunter auch Deutschland. Besonders hat mich dabei die deutsche Technik beeindruckt, für

Philosophie oder Politik, etwa von Marx und Engels, habe ich mich damals nicht so sehr interessiert. In einem Buch las ich, dass sich die technische Entwicklung in Deutschland um 1900 so rasant vollzog, dass innerhalb weniger Jahrzehnte England überholt werden konnte. Das Land war in dieser Hinsicht also hochentwickelt, wie sich dann ja auch in den beiden Weltkriegen zeigte. Mein Ziel war es deshalb zunächst, Deutsch zu lernen, um Ingenieur zu werden. Letztlich habe ich dann aber einen ganz anderen Weg eingeschlagen.



Quelle: HSS

An seine Studienjahre in Deutschland und insbesondere seine beeindruckenden Begegnungen mit Franz Josef Strauß erinnert sich Prof. Gu Junli noch heute sehr gerne und genau.

Politische Studien: Nach der Schulzeit konnten Sie tatsächlich in Peking Germanistik studieren. Wie kam es dazu, dass Sie für einen Stipendiaufenthalt in Deutschland ausgewählt wurden und wie kam der Kontakt zur Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) zu Stande?

Gu Junli: Das war eine Wendung des Schicksals, wie man so schön sagt. Eigentlich war ich bereits für ein anderes Stipendienprogramm ausgewählt worden. Kurz vor meiner Abreise wurde mir aber plötzlich mitgeteilt, dass sich die Pläne geändert hätten und ich nun Stipendiat der HSS werden sollte. In Folge eines Treffens zwischen Vertretern aus China und Bayern war auch ein Stipen-

”

Mein Ziel war zunächst, Deutsch zu lernen, um **INGENIEUR** zu werden.

”

Mir war klar, dass es eine **GROSSE** Chance für mich bedeutete.

dienprogramm mit der HSS aufgelegt worden, dass sich zunächst vorwiegend an Studenten in den Bereichen Sprache und Tourismus richten sollte. Aber Franz Josef Strauß hatte offenbar persönlich darauf bestanden, dass mindestens einer der Stipendiaten sich mit politik- und sozialwissenschaftlichen Themen befasst und den Aufenthalt in Deutschland für entsprechende Forschungen nutzt. Und da ich ja zu diesem Zeitpunkt bereits für die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften (Chinese Academy of Social Sciences, CASS) tätig war, fiel die Wahl auf mich.

Politische Studien: Wie sah die Vorbereitung auf Ihren Aufenthalt aus und wie war dieser aufgebaut? Was haben Sie studiert und wie sind Sie in den ersten Tagen zu recht gekommen?

Gu Junli: Da alles sehr schnell gehen musste, hatte ich nur einen groben Studienplan aufgestellt. Die Planung und Abreise waren alles in allem etwas überstürzt und ich wusste nicht genau, was mich erwarten würde. Allerdings war mir klar, dass es eine große Chance für mich bedeutete. Ich war sehr froh darüber, einige Jahre in Deutschland verbringen zu dürfen, auch wenn es sich dabei erst um meinen zweiten Auslandsaufenthalt handelte. 1965 war ich nämlich schon einmal – damals jedoch nur für insgesamt zehn Tage – in Deutschland gewesen, allerdings in der DDR, als Dolmetscher einer Delegation zum Thema Informatik.

Studiert habe ich an der Ludwig-Maximilians-Universität, am Geschwister-Scholl-Institut. Mein Hauptfach war Politikwissenschaft, im Nebenfach studierte ich Soziologie. Mein Betreuer war Prof. Karl Gottfried Kindermann. Aber auch mit dem mittlerweile verstorbenen Prof. Kurt Sontheimer kam ich in Kontakt, über den ich auch Prof. Heinz Laufer kennenlernte, bei dem ich dann ebenfalls einige Seminare besuchte. Mein Studium hat sich nach dem regulären Lehrplan gerichtet. Anfangs hatte ich jedoch einige Probleme, da mein Hörverständnis noch nicht ausreichte. So war es zunächst nicht einfach für mich, aber es kam auch zu einigen amüsanten Vorfällen, zumindest im Rückblick. So zum Beispiel am Tag meiner ersten Vorlesung bei Prof. Laufer. Als ich zum Hörsaal kam, war dieser schon sehr voll. Damals gab es in Deutschland nur wenige Chinesen und ich hatte das Gefühl, angeschaut zu werden, als käme ich vom Mond. Ich war so aufgeregt, dass ich die ganze Vorlesung über kaum ein Wort verstand. Nach der Vorlesung nickte der Professor mir freundlich zu und sagte: „Kommen Sie mit?“ Als er anschließend den Saal verließ, folgte ich ihm also schweigend und nervös. Dieser sagte jedoch kein Wort mehr zu mir und ließ dann auch seine Bürotür vor meiner Nase zufallen.



Der erste Deutschlandaufenthalt hat mich sehr beeindruckt und meinen Lebens- und Arbeitsweg mit **GEPRÄGT**.

Dieser Vorfall hat mich so verletzt, dass ich am liebsten im Boden versunken wäre. Zurück im Wohnheim ging ich zu Tode betrübt ins Bett. Dort fand ich neben meinem Kopfkissen mein Wörterbuch und schlug vorsichtshalber die Bedeutung von „mitkommen“ noch einmal nach und entdeckte so dessen zweite Bedeutung. Seit dem Tag habe ich mich mit Feuereifer dem Lernen der deutschen Sprache gewidmet. Dabei hatte ich es im Vergleich zu den anderen chinesischen Stipendiaten ja noch leichter, da ich bereits Deutsch studiert hatte. Ich mag mir nicht vorstellen, wie es meinen Kameraden zum Teil ergangen sein muss.

Politische Studien: Der Start an einer deutschen Universität war also nicht der einfachste. Wie war denn Ihr Eindruck von Deutschland in diesen Wochen und Monaten insgesamt? Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Gu Junli: Die Unterschiede zwischen China und Deutschland waren damals, Anfang der 1980er, noch viel größer als heute. Schon die DDR war mir 1965 wie der Himmel auf Erden vorgekommen, aber die wirtschaftliche Lage dort war mit der im Westdeutschland der 1980er-Jahre nicht zu vergleichen. In meinen ersten Briefen an meine Frau habe ich versucht, meine Eindrücke zu beschrei-

ben. In China wurde zu dieser Zeit im Rahmen der „politischen Erziehung“ noch viel über die elenden Lebensverhältnisse im Kapitalismus berichtet, doch die Realität sah ganz anders aus.

Ein Beispiel: In meinem Wohnheim arbeitete eine türkischstämmige Dame. Ich habe mich damals mit der Bitte an sie gewandt, sie einmal besuchen zu dürfen, um mir ein Bild von den Lebensbedingungen der Gastarbeiter in Deutschland machen zu können, die sehr schlecht sein sollten. An einem Abend während des Ramadan hat sie mich dann eingeladen. Ihre Wohnsituation war allerdings keineswegs prekär. Sie und ihre Familie bewohnten ein dreistöckiges, sehr schönes Haus, ausgelegt mit kunstvollen Teppichen – die Wohnung war besser als die eines Ministers in China. Selbst Gastarbeiter hatten in Deutschland Wasch- und Spülmaschinen, von denen man in China allenfalls in den Medien gehört hatte. Dass die normale deutsche Bevölkerung einschließlich der Gastarbeiter so wohlhabend war – ganz im Gegensatz dazu, wie es in der chinesischen Presse damals dargestellt wurde –, das war für mich ein großer Schock. Ich habe Deutschland seitdem noch oft besucht, aber der erste Aufenthalt hat mich doch sehr beeindruckt und auch meinen Lebens- und Arbeitsweg mit geprägt.

Politische Studien: Sie hatten erwähnt, dass Sie den Eindruck hatten, die Deut-

schen hätten zum Teil überrascht reagiert, dass ein Chinese in Deutschland lebt und studiert. Wir wurden Sie insgesamt in der deutschen Gesellschaft, also etwa von ihren Kommilitonen und Dozenten, aufgenommen?

Gu Junli: Insgesamt wurde ich sehr offen aufgenommen. Schnell aufgefallen ist mir zum Beispiel auch, dass das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden in Deutschland anders war, als ich es aus China gewöhnt war. Die Hierarchien waren flacher, was ich sehr angenehm fand. Ich kann mich erinnern, dass ich einmal direkt nach dem ersten Treffen von einem Professor zu ihm nach Hause zum Essen eingeladen wurde. Ich hatte ihm davor bereits erklärt, dass ich aus Peking, also vom Festland, komme, und nicht etwa aus Taiwan. Er war sehr interessiert und stellte mir viele Fragen. Unter anderem auch, warum ich als Chinese keinen langen geflochtenen Zopf trage. Da habe ich gemerkt, dass auch in Deutschland das Wissen und die Vorstellungen von China sehr realitätsfern und veraltet waren, und das selbst unter Akademikern. Der Professor und ich sind danach in Kontakt geblieben und es hat sich eine lange Freundschaft aus diesem ersten Treffen entwickelt.

Auch mit meinen deutschen Kommilitonen hatte ich regelmäßig Kontakt, etwa bei studentischen Feiern oder bei gemeinsamen Essen. Ein weiteres Erleb-

nis, das mir in diesem Zusammenhang in Erinnerung geblieben ist, war ein Abendessen mit Delegierten der CSU im Anschluss an einen Parteitag, zu dem ich von der Staatskanzlei eingeladen worden war. Das Essen begann erst um 20:00 Uhr und ging bis spät in die Nacht hinein, was für einen Chinesen sehr ungewohnt ist, denn wir essen normalerweise recht früh zu Abend. Es war allerdings auch eine exzellente Gelegenheit, mit Deutschen einen Abend zu verbringen und ins Gespräch zu kommen. An meinem Tisch saß eine Gruppe weiblicher Abgeordneter aus Nürnberg, mit denen ich mich sehr gut unterhalten habe.

Leider habe ich das schwere deutsche Essen – und Trinken – nicht allzu gut vertragen, so dass ich wegen einer Gallensteinkrankheit sogar für einige Tage ins Krankenhaus musste. Damals hat mich aber eine deutsche Kommilitonin sehr unterstützt und mir Kopien aller Studienunterlagen vorbeigebracht, so dass ich trotzdem mit dem Unterrichtsstoff mithalten konnte, was mich sehr berührt hat. Auch die Mitarbeiter der HSS haben mir in meiner misslichen Lage sehr geholfen. Von daher hatte ich im Alltag keinerlei Berührungsängste im Umgang mit Deutschen und keine Probleme damit, Kontakt aufzunehmen – mit Ausnahme meines ersten Treffens mit Franz Josef Strauß.



Ich hatte im Umgang mit Deutschen keine Berührungsängste oder Probleme, Kontakt aufzunehmen – mit Ausnahme meines ersten Treffens mit **FRANZ JOSEF STRAUSS**.

Politische Studien: Wir haben im Vorfeld dieses Interviews bereits davon gehört, dass es im Rahmen ihres Stipendientaufenthalts auch zu einem Treffen mit dem damaligen CSU-Vorsitzenden kam. Wie kam das zustande und welchen Eindruck hinterließ Herr Strauß bei Ihnen?

Gu Junli: Bereits zu Beginn meines Deutschlandaufenthalts erhielt ich eine offizielle Einladung zu einem Gespräch mit Franz Josef Strauß in der Bayerischen Staatskanzlei. Dieses Treffen dauerte allerdings nur 20 Minuten und ich war in der Runde der einzige Chinese. Ich war dabei eher ängstlich, denn es handelte sich ja um meine erste Begegnung mit einem deutschen Politiker. Nicht nur war es eine fremde Situation, sondern Herr Strauß war auch sehr groß und kräftig und wirkte dadurch geradezu bedrohlich auf mich.

Hinzu kam, dass zu diesem Zeitpunkt – wie erwähnt – mein Deutsch noch nicht das beste war. Zwar hatte ich in China Deutsch studiert, aber danach während der Kulturrevolution eine Zeit lang keine Gelegenheit mehr gehabt, es zu sprechen. Hinzu kam, dass die Sprachausbildung an der Fremdsprachenuniversität Peking unter anderem von zwei Dozenten aus der DDR übernommen wurde. Ich kannte also die Grammatik und die üblichen Redewen-

dungen recht gut, war aber kaum mit der westdeutschen Umgangssprache vertraut und hatte kein so gutes Hörverständnis. Da Strauß schnell und dazu Bayerisch sprach, konnte ich ihn nicht gut verstehen, wodurch sich das Gespräch etwas schwierig gestaltete.

Trotzdem überwand ich mich und stellte ihm eine Frage, die ich mir bereits im Vorfeld überlegt hatte. Ich wollte von ihm wissen, warum er China besucht hatte, obwohl er doch so entschlossen gegen den Kommunismus kämpfte. Heute erscheint mir diese Frage etwas naiv. Einem Politiker sollte man eine solche Frage nicht stellen. Und trotzdem antwortete Strauß mit einem Lächeln, richtete dabei aber einen bohrenden Blick auf mich, so dass ich noch mehr Angst bekam. Er erklärte, dass er den chinesischen Kommunismus für nicht so gefährlich halte wie den sowjetischen und deshalb eine Annäherung für möglich erachte. Diese einfache Antwort leuchtete mir sofort ein, weswegen sie mir wahrscheinlich auch noch deutlich in Erinnerung ist. Dennoch hätte ich eigentlich gerne noch mehr über seine Beweggründe und seine Einschätzung der Unterschiede zwischen China und der UdSSR gewusst, meine Nervosität hat mich aber leider davon abgehalten, nachzuhaken.

Politische Studien: Später kam es zu einem weiteren Treffen. Verließ dieses ebenso nervenaufreibend wie das erste?

”

Strauß hat bei mir neben dem Eindruck von Größe und Stärke den eines gestandenen Politikers mit GLOBALER Perspektive hinterlassen.

”

Bayern konnte in jeder Hinsicht als VORBILD für China dienen.

Gu Junli: Dieses zweite Treffen mit Strauß fand im Rahmen des CSU-Parteitags 1982 statt. Meine Teilnahme daran war eine heikle Angelegenheit, weil mir damals die Teilnahme an „politischen Aktivitäten“ in Deutschland nicht gestattet war. Trotzdem habe ich damals die Einladung angenommen, was mir als sehr mutiger Schritt erschien. Ich war dann auch der einzige chinesische Stipendiat, der an einem solchen Parteitag teilnahm, und mir wurde gleich ein Platz in der zweiten Reihe zugewiesen. Da sich mein Hörverständnis bis dahin schon deutlich verbessert hatte, konnte ich diesmal auch verstehen, welche Themen Herr Strauß in seiner Rede ansprach. Zum Schluss schenkte mir ein Journalist ein Buch über Strauß, das ich von ihm persönlich signieren ließ.

Der Besuch dieses Parteitags war aber auch für meine spätere Arbeit von großer Bedeutung, denn ich konnte ihn immer wieder als positives Beispiel für innerparteiliche Demokratie heranziehen. Ich fand es zum Beispiel vernünftig, dass Parteimitglieder bei ausreichender Anzahl Anträge stellen konnten, um bestimmte Anliegen in die Diskussion oder ins Parteiprogramm einbringen zu können.

Insgesamt hat Herr Strauß bei mir neben dem Eindruck von Größe und Stärke den eines gestandenen Politikers mit globaler Perspektive hinterlassen, wie sich etwa an seiner Einschätzung

zum Kommunismus zeigte. Beeindruckt hat mich außerdem, dass er sich die Zeit nahm, ein freundliches Gespräch mit einem einfachen ausländischen Studenten zu führen.

Politische Studien: Ihr Stipendium hat Ihnen also nicht nur ein Studium in Deutschland ermöglicht, sondern auch einige Einblicke in den politischen Alltag in Bayern ermöglicht. Wie haben Sie als Politikwissenschaftler damals die gesellschaftliche und politische Situation in Deutschland wahrgenommen? Was waren die bestimmenden Themen und welche Rolle hatten aus Ihrer Sicht damals Strauß und die CSU dabei?

Gu Junli: Auch wenn ich mich damals auf mein Studium konzentrierte und nicht viel Zeit hatte, habe ich natürlich trotzdem wahrgenommen, was politisch diskutiert wurde, insbesondere in Bayern. Während meines Aufenthalts hatte ich auch die Gelegenheit, einige Reisen zu unternehmen, um Land und Leute kennenzulernen. Dabei stellte ich mit der Zeit fest, dass gerade die einfachen Landwirte in den Dörfern große Stücke auf Strauß hielten. Sie sagten mir, sie seien früher arm gewesen, hätten aber während seiner Amtszeit einen gewissen Wohlstand erlangt.

Daraufhin habe ich das Gespräch mit dem sehr verehrten Prof. Kinder-



Als ich wieder in China war, war die deutsche **WIEDER-VEREINIGUNG** ein viel beachtetes Thema.

mann der Universität München gesucht, um mehr über die jüngste wirtschaftliche Entwicklung Bayerns zu erfahren. Auch er bestätigte, dass sich die Lage im ehemals armen Süden Deutschlands stark verbessert hatte. Und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch auf dem Gebiet der Hochtechnologie, für die früher vor allem die Gegend um Hamburg bekannt gewesen sei. Unter Strauß haben sich dann auch Unternehmen wie Siemens, BMW oder Airbus in Bayern angesiedelt oder dort stark expandiert. Später habe ich in China mehrere Artikel zu dieser Entwicklung geschrieben, denn Bayern konnte in dieser Hinsicht als Vorbild für China dienen. Auch bei der Vorbereitung von Briefing-Materialien für politische Besuche in Deutschland im Rahmen meiner Tätigkeit bei der CASS habe ich immer wieder auf diesen Aspekt hingewiesen.

Später, als ich bereits wieder in China war, war natürlich auch die deutsche Wiedervereinigung ein viel beachtetes Thema. Ich wäre eigentlich gerne noch einige Jahre länger in Deutschland geblieben, um zu promovieren. Allerdings wurde ich von der Institutsleitung der CASS zurückberufen, da dringend Nachwuchswissenschaftler benötigt wurden, die sich auf Deutschland spezialisiert hatten. In den ersten Jahren hat-

te ich dann auch nur zwei Kollegen mit der entsprechenden Expertise.

Ich hatte, eventuell auch durch meine Erfahrungen in Deutschland, nie ein Problem damit, meine Meinung offen auszusprechen, auch wenn sie derjenigen meiner Vorgesetzten widersprach. Vor der Wiedervereinigung wurden zum Beispiel die Aussichten für eine erfolgreiche Bewältigung dieser gewaltigen Aufgabe in China sehr schlecht bewertet. Konsens war, dass sich der Versuch zu einem Desaster für eine ganze Generation auswachsen könnte. Ich war damals allerdings anderer Ansicht und habe das auch öffentlich gesagt, denn ich sah in der Wiedervereinigung das Potenzial für Frieden für die kommende Generation. Für diese Aussage, die heute eine ganz natürliche Einschätzung ist, habe ich damals harte Kritik einstecken müssen, auch von Vertretern der DDR.

Politische Studien: Sie haben sich an der CASS, an der Sie später auch die Abteilung für Deutschlandstudien leiteten, lange Jahre intensiv mit den chinesisch-deutschen Beziehungen auseinandergesetzt. Anfang der 1980er-Jahre standen diese erst am Anfang, haben sich dann aber sehr schnell weiterentwickelt. Wie kam es dazu?

Gu Junli: Auch hier hat Franz Josef Strauß eine sehr wichtige Rolle gespielt. Er war ein Wegbereiter und hat die heutige freundschaftliche Beziehung zwischen beiden Ländern mit möglich ge-

macht. Denn obwohl die diplomatischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern bereits im Jahr 1972 aufgenommen wurden, kamen sie zunächst nur langsam in Gang. Der Besuch von Strauß in China war dabei ein wichtiger Impulsgeber.

Strauß traf im Januar 1975 Mao Zedong. Das war beispiellos, denn er war der erste deutsche Politiker, der die Gelegenheit bekam, den KPCh-Vorsitzenden persönlich zu treffen. Selbst der damalige Bundeskanzler Schmidt traf Mao erst einige Monate später, im Oktober 1975. Strauß vertrat damals die Meinung, dass die deutsche Ostpolitik nicht in Moskau enden dürfe, Deutschland sich also darum bemühen müsse, die Verbindungen nach China auszubauen. Dieser Ansatz hatte auch wirtschaftliche Gründe. Bereits neun Monate nach seiner ersten Reise besuchte Strauß ein weiteres Mal China, diesmal im Rahmen einer Ausstellung zu deutscher Technik, die ja das Herzstück der deutschen Wirtschaft darstellt. In diesem Sinne war er auch ein Pionier der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und hat damit den Grundstein für die heute sehr intensiven Handelsbeziehungen gelegt.

Auch zur Partnerschaft zwischen Bayern und der ostchinesischen Provinz Shandong hat Strauß viel beigetragen. Nicht nur in wirtschaftlicher, sondern

auch in kultureller Hinsicht stieß er eine Entwicklung an, die sich vor allem durch die Arbeit der HSS auch direkt auf mein eigenes Leben ausgewirkt hat. Der Aufbau von Kontakten zu langjährigen hochrangigen Kooperationspartnern der Stiftung in China wie etwa die Hochschule des Zentralkomitees der KPCh, die Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland, das Bildungsministerium oder das Ministerium für Land und Ressourcen wäre ohne sein Engagement nicht möglich gewesen.

Nur weil damals die Grundlagen geschaffen wurden, ist es für die HSS heute möglich, in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung oder auch im politischen Dialog zu Themen wie Rechtsstaatlichkeit so erfolgreiche Arbeit zu leisten. Die Themenschwerpunkte waren von Anfang an so gewählt, dass sie langfristige Kooperationsmöglichkeiten boten, weil sie für Chinas Modernisierungsprozess dauerhaft relevant waren. Diese langfristige Auslegung wurde auch von der chinesischen Seite sehr positiv aufgenommen.

Politische Studien: Nach dieser Rückschau auf die Vergangenheit würden wir Sie gerne noch um einen kurzen Ausblick auf die Zukunft bitten. Wie schätzen Sie



Strauß war ein Pionier der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und hat damit den **GRUNDSTEIN** für die heute sehr intensiven Handelsbeziehungen gelegt.



Großes **POTENZIAL** sehe ich in der Zusammenarbeit im Bereich Industrie 4.0 und der chinesischen Wirtschaftsstrategie „Made in China 2025“.

den Zustand der chinesisch-deutschen Beziehungen heute ein und in welche Richtung könnten sie sich entwickeln? Welche Themen sollten dabei im Mittelpunkt stehen?

Gu Junli: Meiner Ansicht nach stehen die deutsch-chinesischen Beziehungen derzeit an einem Wendepunkt. In der deutschen Wissenschaft hat sich eine Gruppe an Meinungsführern etabliert, die ein sehr schlechtes Bild von der politischen Lage in China zeichnet, was Einfluss auf die Bundesregierung und dementsprechend auch die deutsche China-Politik hat. Ich hoffe natürlich sehr, dass die politischen Entscheidungsträger China weiterhin positiv gegenüber stehen und die Beziehungen nicht zum Stillstand kommen. Vor allem hoffe ich, dass die deutsch-chinesischen Beziehungen nicht hinter denen zwischen Großbritannien und der Volksrepublik zurückfallen, die gerade einen großen Sprung nach vorne gemacht haben.

Was die Kooperationsgebiete und -projekte zwischen Deutschland und China angeht, so sind diese bereits zahlreich und divers. Ich persönlich denke aber, dass der Schwerpunkt in den kommenden Jahren auf folgenden Themen liegen wird: Großes Potenzial sehe ich in der Zusammenarbeit im Bereich Indus-

trie 4.0 und der chinesischen Wirtschaftsstrategie „Made in China 2025“. Wirklich erfolgreich kann diese Zusammenarbeit aber nur werden, wenn dem Schutz des geistigen Eigentums oberste Priorität eingeräumt wird. Gleiches gilt beim Thema Elektromobilität, wo sich in den nächsten Jahren sicherlich auch einiges bewegen könnte.

Am erfolgversprechendsten ist es insgesamt, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, an denen beide Seiten ein Interesse haben, also auf Win-win-Situationen. Dabei sollte man meiner Meinung nach aber nicht auf der wirtschaftlichen Ebene hängenbleiben, sondern gerade auch die politische Zusammenarbeit verstärken. Diesbezügliche Kooperationsmöglichkeiten sehe ich bei der Kontrolle der Finanzwirtschaft, und zwar hauptsächlich im globalen Sinne als gemeinsame Mitgestaltung der Global-Governance-Strukturen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit halte ich auch in der internationalen Sicherheitspolitik für sinnvoll, vor allem, was eine verbesserte Koordination der nationalen Ansätze angeht. Dabei ist es zuträglich, dass Deutschland im Gegensatz zu den USA, aber auch zu Frankreich und Großbritannien, nicht als starker geopolitischer Akteur auftritt, gleichzeitig aber eine der führenden Wirtschaftsmächte ist. Von diesem ökonomischen Potenzial kann China in seinem Modernisierungsprozess profitie-

ren, weswegen ich davon ausgehe, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch weiterhin das zentrale Element der bilateralen Beziehungen bleiben wird.

Politische Studien: Sehr geehrter Herr Professor Gu, wir danken Ihnen sehr herzlich für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Alexander Birle, Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Peking. ///



/// **PROF. GU JUNLI**

ist Autor und Vorsitzender der Chinesischen Gesellschaft für Deutschlandstudien, Peking.

/// Mission erfüllt?

ISAF – VERSTANDEN UND DAZUGELERNT

RODERICH KIESEWETTER / STEFAN SCHELLER /// „Mission accomplished“ in Afghanistan? Noch nicht! Auch deshalb beteiligt sich die Bundeswehr an der ISAF-Nachfolge mission Resolute Support mit 800 Soldaten. Im öffentlichen Diskurs ist vielfach von einem Scheitern des ISAF-Mandats die Rede. Dabei hängt die Bewertung des Einsatzes stark von der Betrachtungsweise ab. Unstrittig ist aber, dass vielfältige Lehren aus der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan gezogen werden können.

Seit den Terroranschlägen im Jahr 2001 war die NATO in Afghanistan aktiv, um gegen die nach der Operation Enduring Freedom gestürzten Taliban vorzugehen und al-Qaida sichere Rückzugsräume zu nehmen. Neben Erfolgen vor allem in sozio-ökonomischer Hinsicht¹ wurden vor Ort in Afghanistan und in der Debatte in Deutschland allerdings auch Fehler begangen, aus denen Schlüsse gezogen werden müssen. Im Nachfolgenden soll auf Erkenntnisgewinne für zukünftige deutsche Engagements eingegangen werden.

Der Comprehensive Approach ist alternativlos

Bereits das Weißbuch 2006 beschreibt den für militärische Engagements notwendigen Ansatz als vernetzt. Dies entspricht dem Konzept des Comprehensive Approach, das die NATO auf dem Rigaer Gipfel im gleichen Jahr verab-

schiedet hat, und das nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.² Im Kern geht es hierbei darum, ganzheitliche, ressortübergreifende und multilateral angelegte Lösungen abgestimmt

Nur der gemeinsame kohärente Ansatz des **COMPREHENSIVE APPROACH**-Konzeptes ist wirksam.

mit allen relevanten internationalen Partnern herbeizuführen. Bei einem derartigen Ansatz werden staatliche und nichtstaatliche Instrumente zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge integriert.

In Afghanistan drückte sich das Fehlen eines gemeinsamen kohärenten



ISAF-Kommandeur General John Campbell (l.) holt die Flagge ein bei der Abschiedszeremonie im Hauptquartier in Kabul Ende 2014.

Ansatzes beispielsweise dadurch aus, dass die Abstimmung für den zivilen Wiederaufbau zwischen den verschiedenen Organisationen insbesondere bis 2009 unzureichend wahrgenommen wurde.³ Die regionalen Wiederaufbau-teams als Einrichtungen der verschiedenen Nationen setzten unterschiedliche Schwerpunkte und tauschten ihre Experten kaum aus. Gleichzeitig hielten Nichtregierungsorganisationen eine bewusste Distanz zu den Wiederaufbau-teams,⁴ um sich dem Koordinierungsanspruch von Internationalen Organisationen und staatlichen Akteuren zu entziehen und ein möglichst hohes Maß

an Neutralität zu wahren. So argumentierte die Welthungerhilfe beispielsweise, dass durch die Anwesenheit des Militärs das Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung belastet werde und die Politisierung humanitärer Hilfe die eigenen Schutzmechanismen von Hilfsorganisationen erodieren lasse.⁵ Konflikte zwischen Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Akteuren könnten zukünftig entschärft werden, wenn zumindest Verantwortlichkeiten und die Aufteilung von Ressourcen im Vorgang eines Engagements eindeutig geklärt würden und das Gros der vor Ort aktiven Nichtregierungsorganisationen für

eine Eingliederung in bestehende Strukturen bereit wäre.

Allerdings gibt es mittlerweile auch Projekte mit gelungener Abstimmung: So wurde seit 2011 beispielsweise das Afghan Mission Network, eine Integration von IT-Ressourcen verschiedener Akteure, aufgebaut. Seit der Existenz dieses Netzwerkes können User durch das Nutzen gleicher Anwendungen und Dienste barrierefrei und auf NATO-Standard mit allen am Einsatz beteiligten Nationen kommunizieren und einsatzrelevante Daten und Informationen austauschen – und das bis zur taktischen Ebene.⁶ An derartigen gemeinschaftlichen Projekten sollte unbedingt festgehalten werden, um Reibungsverluste und der Verschwendung wichtiger Ressourcen vorzubeugen und gemeinsame Ziele schneller und kohärenter zu erreichen. Zwar entsteht in der Praxis ein enormer Abstimmungsbedarf, doch wären die Alternativen, nach denen jeder Akteur seinen eigenen Weg geht, wenig zielführend.

Jedem Einsatz sollte eine politische Gesamtstrategie zu Grunde liegen

Da Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln verstanden werden kann, wie Clausewitz bereits 1828 formulierte,⁷ sollte jeder Einsatz auf erreichbare militärische Ziele zugeschnitten sein, die einem realistischen politischen Zweck entsprechen⁸. So lag dem Afghanistaneinsatz zwar von Beginn an das Ziel des zivilen Wiederaufbaus zu Grunde, die dafür benötigten Mittel wurden aber erst Jahre später ausreichend bereitgestellt. Innerhalb der ersten Jahre war der parlamentarische Umgang sehr auf die Bundeswehr fokussiert. Im Bereich der militärischen Kooperation und beim Aufbau der afgha-

nischen Streitkräfte hat sich allerdings wenig erfolgversprechend sind. Polizeiliche und rechtsstaatsfördernde Maßnahmen sollten bei Einsätzen wie in Afghanistan synchron mit militärischen Maßnahmen erfolgen, da sie für die Stabilisierung von hoher Wichtigkeit sind. So unterstützte die deutsche Polizei bereits seit 2002, zumindest im Rahmen des bilateralen Projekts German Police Project Team (GPPT), den Aufbau der afghanischen Polizei.⁹

Nicht nur Politiker und Entwicklungshelfer, auch führende Militärs sind davon überzeugt, dass die militärische Aufgabe zu einem geringeren Anteil für den Erfolg der Stabilisierung Afghanistans verantwortlich ist als die Arbeit ziviler Akteure.¹⁰ Eine Schwerpunktsetzung auf militärische Fähigkeiten greift also zu kurz. Vielmehr bedarf es einer politischen Gesamtstrategie und der Einbindung aller zur Verfügung stehenden Kapazitäten zum zivilen Wiederaufbau. Die Einbindung aller Kapazitäten und das Finden einer Strategie, auf die sich alle Akteure einigen, stellen den Nährboden dar, auf dem ein Comprehensive Approach wachsen und gedeihen kann.

Die politische Strategie gegen Ende des ISAF-Mandats konzentrierte sich auf die Präsidentschaftswahl 2014 in Afghanistan, die auch durchgeführt wer-

Die Schwerpunktsetzung muss von Beginn an auf den **ZIVILEN Aufbau und die Stabilisierung der Lage zielen.**

den konnte. Aus einer einseitigen Konzentration auf Wahlen ergeben sich allerdings nicht immer stabile Verhältnisse, wie verschiedene geschichtliche Beispiele zeigen.¹¹ Vielmehr müssen wirksame Verfassungsorgane mit Gewaltenschränkung, funktionsfähige Gerichte, zuverlässige Institutionen und der Aufbau von politischen Parteien, die innere Konflikte nicht zusätzlich verschärfen, angestrebt werden.¹² Dabei gilt es, die Vorbereitung eines jeden Einsatzes künftig stärker durch den Erwerb detaillierter historischer, politischer und kultureller Kenntnisse in der Ausbildung der Soldaten erfolgen zu lassen. Zusätzlich sollte der jeweilige Kenntniserwerb während der Einsätze reflektiert auf den Prüfstand gestellt werden. In Afghanistan ließen fehlende Kenntnisse über dieses Land mit seinen unzähligen verschiedenen Volksgruppen und Sprachen den Rückhalt der deutschen Soldaten in der Bevölkerung schwinden und beförderten, dass die Bundeswehr ungewollt teilweise in regionale Auseinandersetzungen einzelner Warlords hineingezogen wurde.

Verschiedene weitere Einsätze unterstreichen die Notwendigkeit einer politischen Gesamtstrategie: Bei der Militärintervention der USA im Irak und bei den Bombardements in Libyen hat der Mangel einer derartigen Strategie gravierende Machtvakuen hinterlassen. Der Operation EUFOR Tschad / RCA aus den Jahren 2008 und 2009, bei der sich die EU für ein zivil dominiertes Projektmanagement entschieden hat, kann hingegen ein Erfolg beschieden werden.¹³

Ertüchtigung statt Kampfeinsatz

In den letzten Jahren hat sich die Bundeswehr in Afghanistan immer stärker vom Security Provider zum Security

Advisor gewandelt. Diesem Wandel liegt die sogenannte Ertüchtigungsstrategie zu Grunde. Sie folgt dem Ziel, dass Regierungen oder Regionalorganisationen im Sinne der Subsidiarität befähigt werden sollen, sicherheitspolitische Herausforderungen selbständig zu bewältigen.¹⁴ Operierte die Bundeswehr wäh-

Zukünftig soll bei den Einsätzen noch stärker die **ERTÜCHTIGUNGSSTRATEGIE zum Einsatz kommen.**

rend vieler Jahre der ISAF-Mission in Kampfeinsätzen, beschränken sich die Soldaten bei der Nachfolgemission Resolute Support auf Beratung, Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Armee. Aus drei Gründen ist die zusätzliche Komponente „Ertüchtigung“ für zukünftige Engagements entscheidend:

- Der ISAF-Einsatz hat gezeigt, dass die Bundeswehr im Vergleich zur afghanischen Armee in sehr vielen militärischen Bereichen fundierte Fachkenntnisse besitzt. Insofern ist die Hilfe zur Selbsthilfe, wenn sie richtig gestaltet wird, um ein Vielfaches nachhaltiger als der schlichte Einsatz von Truppen.
- In Beratungs-, Ausbildungs- und Ausrüstungsprojekten besteht eine wesentlich geringere Gefahr für Leib und Leben als in Kampfeinsätzen. Das Verständnis der deutschen Öffentlichkeit gegenüber außenpoliti-

schen Engagements würde durch die Gefahr einer erhöhten Zahl an toten Soldaten durch Kampfeinsätze rapide sinken.

- Neben der ISAF-Nachfolgemission Resolute Support ist die Bundeswehr in mehr als ein Dutzend Auslandseinsätzen aktiv. Aufgrund der Simultanität internationaler Krisen und der Notwendigkeit, verstärkt Verantwortung in der Welt zu übernehmen, wird die Zahl der Missionen zukünftig eher steigen als fallen. Mittelfristig wird die Bundeswehr daher budgetär und wegen Nachwuchsproblemen höchstwahrscheinlich nicht in der Lage sein, dem außenpolitischen Selbstverständnis Deutschlands ausschließlich durch Kampfeinsätze Rechnung zu tragen.

Selbstverständlich können beratende Projekte Kampfeinsätze nicht in jeder Situation ersetzen und sollten nicht als Allheilmittel einer günstigeren Sicherheitspolitik verstanden werden. Doch frühzeitig, umfassend und nachhaltig eingesetzt eröffnen sie ein erweitertes Optionenspektrum und können einen substanziellen Beitrag zur Stabilisierung von Staaten wie Afghanistan leisten.¹⁵ In Afghanistan sind diese Mängel vor allem eine Folge von fehlendem Fachpersonal und Ausdruck einer anderen Organisationskultur, in der Vetternwirtschaft und Korruption allgegenwärtig sind. Neben Einsätzen beratender Art sind künftig zudem Ausstattungsprojekte, insbesondere die Bereitstellung von Großgeräten, sinnvoll. Dabei sollten parallel Expertisen durch Ausbildung übermittelt werden, um sachgerechten Betrieb und Wartung zu gewährleisten.

Lehren für Politik und Gesellschaft

Um der Bevölkerung eine realistische Erwartungshaltung zu ermöglichen, ist eine klare strategische Kommunikation ihr gegenüber unabdingbar. Die Fragen „Was soll erreicht werden?“ und „Wie soll es erreicht werden?“ müssen offen gestellt und nach Möglichkeit beantwortet werden. Die Gestaltung eines realistischen Erwartungsmanagements kann jedoch nur gelingen, wenn zuvor die Dimension und Komplexität des Einsatzes richtig eingeschätzt wurde. Hierbei ist eine ungefilterte Beratung der politischen Leitung durch die militärische Führung von eminenter Bedeutung, die in ihren Empfehlungen Gewünschtes nicht vorwegnehmen sollte. Strategisches Kommunizieren über die Ziele und Mittel eines Einsatzes ist im Übrigen nicht nur für die deutsche Bevölkerung, sondern auch für die einheimischen Bevölkerungen in Krisenregionen von hoher Wichtigkeit. So war es während des Afghanistaneinsatzes ein Fehler, lange Zeit von friedlichem Wiederaufbau zu reden, obwohl deutsche Soldaten längst in einem Kampfeinsatz operierten. Erstmals wurde nach dem Karfreitagsgefecht 2010 vom damaligen Verteidigungsminister von Krieg gesprochen.

Falls Kampfeinsätze nicht auszuschließen sind und die entsprechende Lage ungefiltert an die politische Führung kommuniziert wird, sollte zügig auf die Belange der Soldaten im Einsatz eingegangen werden.¹⁶ Wenn auch mittlerweile die Gleichzeitigkeit von globalen Krisen und Konflikten die Aufnahmefähigkeiten unserer Gesellschaft überfordert, so dürfen Entwicklungen dennoch nicht beschönigt werden. Ansonsten führt die Diskrepanz zwischen Einsatz und Berichterstattung dazu,

dass sich die Bevölkerung hintergangen fühlt. Insofern wird für zukünftige Einsätze ein klares und ehrliches strategisches Narrativ benötigt.

Ebenfalls sollte aus dem anhaltenen Engagement in Afghanistan gelernt werden, dass die Langfristigkeit eines solchen Einsatzes immer wieder betont werden muss, um den Rückhalt der Soldaten und ihrer Familien, aber auch den in der gesamten Gesellschaft nicht zu verlieren. Denn die Schlagzeilen fallen bei derartigen Mandaten zumeist negativ aus (Anschläge, Beschaffungsskandale, hohe Kosten, etc.). Das steigert die Ablehnung von Kriegseinsätzen erheblich. Bei politischen Entscheidungen, die durch das Denken in Wahlperioden oder von Wahlkämpfen beeinflusst werden, kann es dann gegebenenfalls geschehen, dass gesetzte Ziele konterkariert werden und bisher Erreichtes aufgegeben wird.

Es muss eine **KLARE** und ehrliche Kommunikation bezüglich der Einsätze geben.

Um die Resilienz der Gesellschaft bei internationalen Krisen und Konflikten zu erhöhen, wird insgesamt eine stärkere strategische Debatte über unser außen- und entwicklungspolitisches Engagement benötigt. Auf parlamentarischer Ebene wurde diesbezüglich im vergangenen Jahr die Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr einberufen. In dieser Kommission wurde ein Kompromiss gefunden, der neben der Betonung der Parlamentsbeteiligung auch beinhaltet, dass sich das Parlament

einmal im Jahr mit den internationalen Verpflichtungen befassen soll. So kann zum einen das Verständnis in der Gesellschaft dafür wachsen, welche Verantwortung Deutschland mittlerweile trägt. Zum anderen hält die Etablierung einer gewissen Evaluation in der politischen Debatte in Deutschland Einzug. Diese Auseinandersetzungen sind über die Fortschrittsberichte der Bundesregierung hinaus von hoher Wichtigkeit, da sie die Ausrichtung von andauernden Einsätzen fortlaufend neu überprüfen, Korrekturen ermöglichen und Erkenntnisse für zukünftige Engagements liefern können.

Die Erwartungen an den Afghanistaneinsatz haben sich zu Beginn als zu hoch herausgestellt. Sowohl die Dimension als auch die Komplexität der Geschehnisse und Entwicklungen in Afghanistan und im afghanisch-pakistanschen Grenzgebiet wurden unterschätzt.¹⁷ Frieden kann keinem Land aufoktroziert werden und Konflikte um Ressourcen können nicht von internationalen Akteuren, sondern eher von der einheimischen Bevölkerung gelöst werden. Das wird bei der Betrachtung der unterschiedlichen Konflikttherde im Nahen Osten deutlich: In keinem Staat werden Auseinandersetzungen durch militärisches Eingreifen von außen endgültig gelöst. So sollte nach Jahren des Engagements in Afghanistan erkannt werden, dass das kurz- bis mittelfristige Ziel die Stabilisierung der staatlichen Funktionen, und nicht das Ideal von Frieden, Wohlstand oder Demokratie sein kann.¹⁸ Dabei gilt, die Erwartungshaltung immer der Einsatzstrategie entsprechend auszurichten. Eine Ertüchtigungsstrategie zieht beispielsweise geringere politische Gestaltungsmöglichkeiten nach sich als ein Kampfeinsatz.

Fazit

Das deutsche Engagement im Rahmen der langjährigen ISAF-Mission liefert Erkenntnisse in unterschiedlichen Bereichen. Ein vernetztes Vorgehen, dem eine politische Gesamtstrategie zu Grunde liegt, ist für zukünftige Einsätze unabdingbar. Ferner muss den beschränkten Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr in Zeiten unterschiedlicher sicherheitspolitischer Herausforderungen Rechnung getragen werden. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass weniger Kampfeinsätze mandatiert werden und der Schwerpunkt vermehrt auf Ausbildungsmissionen gesetzt wird. Stets sollten dabei einheitliche strategische Narrative formuliert werden, um so für gemeinsame Lesarten von militärischen und zivilen Engagements in Deutschland zu werben.

**Das außen- und entwicklungs-
politische Engagement bedarf der
FORTLAUFENDEN Evaluation und
Anpassung.**

Wenn zusätzlich die Erwartungshaltung an militärisches Eingreifen realistisch gestaltet würde, wäre mit Blick auf alternative Herangehensweisen in anderen Staaten (Irak, Libyen, Syrien) kaum von einem Scheitern der ISAF-Mission die Rede. Blickt man in die jüngere Geschichte Afghanistans zurück, haben weder das Ende der Monarchie 1973 oder der Putsch gegen die Diktatur 1978 noch der Zusammenbruch des

kommunistischen Regimes 1992 oder die Vertreibung der Mudschahidin 1996¹⁹ dem Land nachhaltige Stabilität verliehen. Allerdings existiert – trotz vieler Fehler – 14 Jahre nach dem Sturz der Taliban die Möglichkeit hierzu. Dafür ist der deutsche Anteil an den Missionen im Land zweifelsohne nicht unerheblich. ///



/// RODERICH KIESEWETTER MDB
ist Obmann der CDU / CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss, zudem Oberst a. D. und Präsident des Reservistenverbandes, Berlin.



/// STEFAN SCHELLER
ist Hanns-Seidel-Stipendiat und Leutnant der Reserve. Er studiert Internationale Beziehungen in Berlin und New York.

Anmerkungen

- ¹ Frank-Walter Steinmeier gibt im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 2014 an, dass unter anderem die durchschnittliche Lebenserwartung der Afghanen seit Beginn des Einsatzes um 15 Jahre gestiegen und die Sterblichkeitsrate von Müttern und Kindern dramatisch gesunken ist, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2014/141012-BM_FAS.html
- ² Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006, S. 24.
- ³ Ramms, Egon: Was bedeutet „Vernetzte Sicherheit“ ganz konkret? Erfahrungen als NATO-Kommandeur eines Joint Force Command, in: Am Hindukusch – und weiter? Die Bundeswehr im Auslandseinsatz: Erfahrungen, Bilanzen, Ausblicke, hrsg. von Rainer L. Glatz und Rolf Tophoven, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2015, S. 58.
- ⁴ Ebd., S. 46 f.
- ⁵ Hett, Julia: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Das amerikanische, britische und deutsche Modell, ZIF Analyse, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Berlin 2005, S. 18.
- ⁶ <http://www.hardthoehenkurier.de/index.php/component/content/article/115-beitraege/magazin-news/869-naechster-baustein-fuer-das-afghanistan-mission-network-einsatzbereit>
- ⁷ Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, München 2000, S. 44.
- ⁸ <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-desmonats/interventionen/artikel/detail/afghanistans-bluehende-demokratie-594>
- ⁹ Kiese Wetter, Roderich: Die Bundeswehr als ein Instrument (neuer) deutscher Außenpolitik, in: Früher, entschiedener und substantieller? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik, hrsg. von Gunther Hellmann, et al., Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Köln Sonderheft 6/2015, S. 358.
- ¹⁰ Diese Überzeugung äußern beispielsweise Rainer Glatz 2013 im Interview mit dem Deutschlandfunk (http://www.deutschlandfunk.de/glatz-afghanen-brauchen-in-bestimmten-bereichen-weiter.868.de.html?dram:article_id=244175) und Egon Ramms 2008 im Interview mit dem internationalen Magazin für Sicherheit (<http://www.ims-magazin.de/index.php?p=artikel&zid=1255233600,2,jturre>).
- ¹¹ Hier sei beispielsweise an Algerien in den frühen 1990er-Jahren, an den Irak im Jahr 2005 und an Palästina im Jahr 2006 zu denken.
- ¹² Birkle, Gretchen, et al.: Toward a Political Strategy for Afghanistan, Foreign Policy Paper 27, Brookings Institution, Washington D.C. 2011, S. 2.
- ¹³ Weitere Informationen unter: http://www.eeas.europa.eu/archives/csdp/missions-and-operations/eufor-tchad-rca/pdf/01032009_factsheet_eufor-tchad-rca_en.pdf
- ¹⁴ Kaim, Markus: Lehren aus Afghanistan. Der Krieg am Hindukusch hat die westliche Sicherheitspolitik verändert, in: Internationale Politik 5, Berlin 2015, S. 96.
- ¹⁵ Puglierin, Jana: Deutschland ertüchtigt. Da Europa zögert, schreitet die Bundesregierung voran, in: Internationale Politik 1, Berlin 2016, S. 118 f.
- ¹⁶ So hätte das Bereitstellen von Ausrüstung der Realität in Afghanistan früher angepasst und der Forderung nach Führungs- und Gefechtsfahrzeugen frühzeitiger nachgegeben werden müssen. Noch zwei Jahre nach Beginn des Mandats wurde der Einsatz schwerer Waffen und mehrere Jahre später beispielsweise der Einsatz von Mörsern und Schützenpanzern untersagt. Auch die Einsatzregeln waren nicht auf einen Kampfeinsatz ausgelegt und hätten sich in Bezug auf die Befugnisse der Soldaten in Kampfhandlungen verändern müssen: Eine Abfassung wäre nötig gewesen, die Soldaten aktives Handeln und ihnen bei einem erkennbaren Angriff von Aufständischen präventives Vorgehen ermöglicht.
- ¹⁷ Auf eine Unterschätzung der Taliban nimmt unter anderem Frank-Walter Steinmeier 2014 im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung Bezug, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2014/141012-BM_FAS.html
- ¹⁸ Rotmann, Philipp: Stabile Fragilität. Für mehr Realismus in der internationalen Konfliktbearbeitung, in: Internationale Politik 5, Berlin 2014, S. 110.
- ¹⁹ Wörmer, Nils: Zeitenwende am Hindukusch? Afghanistan vor der Dekade der Transformation, Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung 1, Berlin 2015, S. 94 f.

/// Das Auto der Zukunft

AUTOMATISIERTES FAHREN

SIEGFRIED BALLEIS /// Das hochautomatisierte Fahren und in einer weiteren Entwicklung das autonome Fahren wird die Automobilwirtschaft und unser Mobilitätsverhalten revolutionär verändern. Die Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin werden dabei weniger die technische Probleme als vielmehr die ethischen und rechtlichen Fragen sein. Die großen amerikanischen IT-Unternehmen haben bereits einen riesigen Wettbewerbsvorsprung beim selbst fahrenden Auto. Es ist höchste Zeit, dass die deutsche und europäische Automobilwirtschaft die Aufholjagd beginnt.

Herausforderung für die Automobilwirtschaft

Die Präsentation des Google-Cars, der bereits mehrere Millionen Kilometer unfallfrei zurückgelegt hat, hat die traditionelle Automobilbranche in helle Aufregung versetzt und zu großen Anstrengungen veranlasst. Gegenwärtig stellen bereits viele die Frage, ob die Autos der Zukunft aus dem Silicon Valley kommen werden oder die traditionellen Automobilhersteller in der Lage sind, mit dem neuen Trend des hochautomatisierten Fahrens Schritt zu halten. Unstrittig dürfte inzwischen sein, dass diese neue Technologie eine Revolution in der Automobilwirtschaft auslösen wird.

Im Frühjahr des Jahres 2015 hat das Beratungsunternehmen McKinsey die Studie „Bayern 2020“ vorgelegt. Dort wurde klar analysiert, dass die Achillesferse der deutschen und insbesondere der bayerischen Industrie die Elektro-

und Automobilbranche ist. In ihrer Analyse kommen Elsner und Stuchtey zu dem Schluss, dass allein in Bayern in den drei größten einschlägigen Unternehmen in den nächsten Jahren durch neue Mobilitätskonzepte bzw. disruptive Technologien bis zu 100.000 Arbeitsplätze in Gefahr sind.¹

In einem weiteren Gutachten der Prognos AG, das Mitte 2015 durch die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft vorgestellt wurde, wurde dieser Befund im Wesentlichen bestätigt. Im Gutachten heißt es wörtlich: „Der Freistaat Bayern hat damit in der jüngeren Vergangenheit sehr stark von der dynamischen Entwicklung des heimischen Fahrzeugbaus profitiert. Es erhöhte sich jedoch das Risiko, dass ein Abschwung in dieser für Bayern zentralen Branche die Gesamtkonjunktur ernsthaft in Mitleidenschaft zieht.“² Die Autoren zeigen aber gleichzeitig in der Untersuchung



Quelle: NOAH BERGER/Getty Images

Der Google-Car ist das erste selbstfahrende Auto, hier bei seiner Präsentation Anfang 2016 in Kalifornien.

auf, dass die deutschen Unternehmen im Bereich der Fahrzeugvernetzung Maßstäbe setzen können. So wird beispielsweise darauf verwiesen, dass sie in den relevanten Gremien und Standardisierungsorganisationen sehr stark dominieren, beispielsweise im car-to-car communication consortium.

Thema auf der politischen Agenda in Bayern

Der Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des bayerischen Landtags hat unter dem Vorsitz von Staatsminister a. D. Erwin Huber bereits im Herbst 2015 daraus eine wichtige Konsequenz gezogen und zu einer Anhörung Experten zum autonomen Fahren in den bayerischen Landtag eingeladen. In der insge-

samt 220 Seiten umfassenden Dokumentation sind sowohl die Stellungnahmen der Experten aus dem Bereich der Automobilhersteller, der Automobilzulieferer, der Verbände und der Wissenschaft als auch die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion festgehalten³.

In dieser Anhörung waren die Experten der Audi AG, der BMW AG der

Hochmobilitatisiertes Fahren stellt eine Herausforderung für die DEUTSCHE Autoindustrie dar.

MAN AG und des Verbandes der deutschen Automobilindustrie übereinstimmend der Auffassung, dass sich das automatisierte Fahren hin zum autonomen Fahren in einer evolutionären Entwicklung vollziehen wird. Damit gehen die Experten implizit davon aus, dass es nicht zu einem disruptiven Prozess kommt, wie dies beispielsweise heute schon in Form des Google-Cars beobachtet werden kann. Die eingeladenen Experten gehen weiterhin davon aus, dass die bestehende Verkehrsinfrastruktur ausreicht. Erst die Systeme der zweiten Generation benötigen dagegen zusätzliche, außerhalb des Fahrzeugs erhobene Informationen, um das Umfeldmodell des Fahrzeugs genauer zu beschreiben. Für diese weiterführenden Maßnahmen wird von den Experten übereinstimmend festgestellt, dass eine durchgängige Abdeckung der Mobilfunknetze erforderlich sein wird.⁴

Initiative der Bundesregierung

Parallel zu dieser Entwicklung hat im Februar 2015 der Bundesminister für Verkehr und Digitalisierung, Alexander Dobrindt, erklärt, den Autobahnabschnitt der A9 zwischen Ingolstadt und München als Teststrecke für das hochautomatisierte Fahren einzurichten.⁵ Im Herbst 2015 haben dann das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, der Freistaat Bayern, der Verband der Automobilindustrie VDA und der Branchenverband Bitkom eine Innovationscharta „Digitales Testfeld Autobahn“ auf der Bundesautobahn A9 unterzeichnet. Die Partner haben vereinbart, auf der Bundesautobahn A9 in Bayern gemeinsam dieses digitale Testfeld Autobahn zu errichten und zu betreiben, um dort Innovationen der Mobilität 4.0 zu erproben, zu

bewerten und weiter zu entwickeln. Dieses Testfeld soll ein technologieoffenes Angebot an Industrie und Forschung darstellen und von allen innovationswilligen Interessensgruppen aus Automobilindustrie, Digitalwirtschaft und Wissenschaft genutzt werden können. Schwerpunkte bilden dabei Fortschritte im Bereich des automatisierten Fahrens, der Car-to-Car- und Car-to-Infrastructure-Kommunikation mit modernster Sensorik, hochpräzisen digitalen Karten sowie Echtzeitkommunikation mit den aktuellsten Übertragungstandards.⁶

In Bayern gibt es seit Herbst 2015 auf der A9 ein digitales TESTFELD Autobahn.

So wichtig diese Initiative ist, so hängt sie doch weit hinter technischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika hinterher. Dort gibt es bereits vier große Testfelder, auf denen das hoch automatisierte Fahren erprobt wird, bzw. vor dem Projektstart steht, u. a. in Kalifornien und in Florida. Darüber hinaus haben einzelne Bundesstaaten und zwar insbesondere Nevada die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, das hochautomatisierte Fahren auf breiter Ebene auszutesten. So titelte beispielsweise die FAZ zu Beginn des Jahres 2016 „Mercedes ist die Nummer eins in der Wüste.“⁷

So erfreulich es ist, dass auch die deutsche Politik die Bedeutung dieser neuen Technologie erkannt hat, so ist gleichzeitig zu beklagen, dass noch keine klare industriepolitische Initiative vorhanden ist. Ganz anders dagegen in den USA. Dort hat die US-Administration eine Ausschreibung veröffentlicht,

die mit vier Milliarden Dollar das autonome Fahren vorantreiben soll.⁸

Überfällige industriepolitische Initiative

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hatte zwar beim großen Zukunftskongress der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft am 9. Juli 2015 in München auf die enorme Bedeutung des hochautomatisierten Fahrens hingewiesen, aber es gibt noch keine Konzeption dazu, wie Deutschland im harten Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten bei dieser Technologie mithalten will. Minks und Dieterich haben dagegen eine klare Initiative des Staates angemahnt: „Dringend notwendig seien allerdings auch ‚Steuerkapazitäten des Staates‘: er müsse mit dem privaten Sektor für die Entwicklung der Verkehrssysteme kooperieren. Dies müsste durch neue Gesetze flankiert werden, die ‚Zulassung, Haftungsrecht und Versicherungswesen sowie ein Akzeptanz schaffendes Konzept zu den Themen Datenmanagement und Standardisierung von Daten (Open Source, Schnittstellenkompatibilität, Datenschutz und Sicherheit)‘ regeln.“⁹

Ein Hoffnungsschimmer war jedenfalls der 100. Geburtstag der BMW AG im Frühjahr 2016, als man ein neues Fahrzeug vorstellte, das sowohl von Menschen gesteuert werden als auch autonom fahren kann. Allerdings wurde

auch dort erklärt, dass das hoch automatisierte Fahren noch in weiter Zukunft liege.

Hoffnungsvoll erweist sich allerdings die Initiative der bayerischen Staatsregierung mit der Gründung eines Zentrums für Digitalisierung in Garching. Hier soll als eines von insgesamt fünf Technologiefeldern das Thema „Vernetzte Mobilität“ vertieft behandelt werden.¹⁰

Ethische und rechtliche Herausforderungen

Es ist klar, dass beim hochautomatisierten Fahren neben den technischen noch eine ganze Reihe von Fragen im Bereich der Rechtsprechung und der Ethik gelöst werden müssen. So wird immer wieder regelmäßig als Gegenargument zum hochautomatisierten Fahren ins Feld geführt, dass man Algorithmen programmieren müsse, die beispielsweise entscheiden, wem auszuweichen sei, wenn zwischen einer alten Dame auf der einen und einem ca. achtjährigen Mädchen auf der anderen Straßenseite zu wählen ist.¹¹ So schwierig diese ethische Frage auch ist, so kann sie doch nicht als Grund dafür dienen, die Technologie insgesamt abzulehnen. Denn auch der Fahrer muss in einer entsprechenden Situation in Millisekunden die Entscheidung treffen, nach links oder rechts auszuweichen.

Fakt ist, dass hochautomatisiertes Fahren in anderen Ländern bereits vielfach ausprobiert wird. So teilte jüngst ein Teilnehmer an einem Medizinerkongress in Vancouver mit, dass er die Strecke zwischen seinem Hotel und dem Tagungszentrum in einem fahrerlos verkehrenden Tesla zurückgelegt habe. Ähnliches wird aus Shanghai oder auch aus Städten in den USA berichtet.

Die Industrie bedarf noch mehr der STAATLICHEN Unterstützung.

Hindernis Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr

Ein großes Hindernis auf dem Weg zum hochautomatisierten Fahren besteht jedoch im Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr. Dort wird festgelegt, dass der Fahrer immer Herrscher über sein Fahrzeug sein muss, wenn gleich im September 2015 einige Modifikationen vorgenommen wurden. Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) hat deshalb in einem Positionspapier zur Zukunft des automatisierten Fahrens und den damit zusammenhängenden rechtlichen Hürden gefordert, dass das Wiener Übereinkommen für den Einsatz aller automatisierten Fahrsysteme, auch der autonomen, geöffnet werden muss. Es wird darin moniert, dass gegenwärtig für die Führung eines Fahrzeugs nur solche Konstellationen zulässig sind, die jederzeit vom Fahrer überstimmt oder abgeschaltet werden können. Weiter wird aufgeführt, dass überwachte automatisierte Fahrzeuge nach den derzeitigen Vorgaben des Wiener Übereinkommens nicht zulässig und fahrfremde Tätigkeiten nur eingeschränkt möglich sind.¹²

Datenschutz und Hackerangriffe

Weitere Argumente gegen hochautomatisiertes Fahren haben mit dem Datenschutz zu tun beziehungsweise mit der Gefahr von Hackerangriffen, die beispielsweise bewirken, dass das Fahrzeug in den Graben gesteuert wird. Dies sind in der Tat gravierende Fragen, mit denen sich die Wissenschaft und die gesellschaftliche Diskussion so schnell wie möglich auseinandersetzen müssen. Im Rahmen der Anhörung des bayerischen Landtags wurde beispielsweise berichtet, dass das Landesamt für Datenschutz zunächst einmal analysiert,

welche Daten bereits heute in den Fahrzeugen gespeichert werden, um sich dann mit der Frage auseinander zu setzen, welche dieser Daten nach kurzer Zeit bereits wieder gelöscht werden, beziehungsweise die Frage zu klären, wem die Daten gehören.

Der DATENSCHUTZ in den automatisierten Fahrzeugen ist noch nicht gesichert.

Extrem schwierig wird allerdings die Frage zu klären sein, wie man verhindert, dass hochautomatisiert fahrende Fahrzeuge Hackern zum Opfer fallen. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Firmen und Institutionen, ja selbst Krankenhäuser, Opfer von Hackerangriffen werden, kann die Bedeutung dieser Frage gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier wird es im Wesentlichen darauf ankommen entsprechend verschlüsselte Daten zu übermitteln.¹³

Rückgang der Unfallzahlen

Durch hochautomatisiertes Fahren könnte sich die Zahl der Unfälle im Straßenverkehr drastisch reduzieren. Experten gehen heute davon aus, dass 90 % auf menschliches Versagen zurückgehen. Dies spricht für diese neue Form der Mobilität und ihren Erfolg. Auch Versicherungsunternehmen haben bereits darauf reagiert und bieten verhaltensabhängige Versicherungsprämien an. Das bedeutet, dass Versicherungs-

nehmer, die bereit sind, ihren Fahrstil analysieren zu lassen, für einen defensiveren Fahrstil niedrigere Versicherungsprämien bezahlen müssen.

Szenario der Zukunft

Sehr eng verknüpft mit dem hochautomatisierten Fahren ist auch das Thema Carsharing. Es ist bereits heute in der jüngeren Generation zu beobachten, dass es nicht mehr wichtig ist, ein eigenes Auto zu besitzen, sondern einen barrierefreien Zugang zu Mobilität jeglicher Art zu haben. Man stelle sich vor, dass man sich auf seinem Smartphone am Vorabend einer Dienstreise für den nächsten Morgen ein selbstfahrendes Fahrzeug bucht, das einen vom Wohnort abholt und zum nächsten ICE-Halt bringt. Dort steigt man in den Zug ein, um dann am Zielort angekommen entweder wiederum von einem selbstfahrenden Auto abgeholt und zum Tagungsort gebracht zu werden, oder aber, indem man per Smartphone angezeigte und über die DB-App heute bereits verfügbar Informationen über alle öffentlichen Nahverkehrsmittel nutzt und entsprechend weiterreist. Dies läuft selbstverständlich, wie heute schon üblich, ohne die Buchung einer Fahrkarte, nur über Abrechnung via Smartphone.

Das Gebot der Stunde ist die Erprobung des autonomen Fahrens in einem Testfeld, d. h. in realer Umgebung. Als Projektträger würde sich hier am besten eine Public-Private-Partnership anbieten, da sowohl Privatinvestitionen als auch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur erforderlich sind. Die Einbeziehung der öffentlichen Hand ist insofern sinnvoll, da die Anforderungen an den Gesetzgeber im Hinblick auf die gesamte Regulatorik, beispielsweise die

Anpassung des Wiener Übereinkommens für den Straßenverkehr beziehungsweise Anpassung der nationalen Gesetzgebung im Hinblick auf diese Herausforderungen, dann leichter und schneller möglich sind.

Sinnvoll wäre dabei auch die Verknüpfung eines derartigen Testfelds mit einem Business-Incubation-Center, in dem sich junge Forschergruppen in Start-Ups mit den Herausforderungen des hochautomatisierten Fahrens bis hin zum autonomen Fahren in aller Intensität und Komplexität auseinandersetzen. Ziel muss dabei die verstärkte Integration von Fahrzeugen in eine intelligente Energie- und Kommunikationsstruktur sein, um ganzheitliche attraktive Mobilitätslösungen zu erarbeiten.

Das autonome Fahren sollte unter REALEN Bedingungen getestet werden.

German Innovation Lab

Projektziele eines derartigen Innovationlabs, wie es von einem Team um den Gründer des Networks of Automotive Excellence, Herbert Köpplinger, konzipiert wurde, könnten sein:

- Erforschung sämtlicher Nutzungsszenarien im Kontext hoch automatisierten Fahrens (hoch automatisierte Fahrzeuge im städtischen Raum: Fahren, Parken, Laden, etc.),
- Untersuchung der Potenziale multimodaler Lösungen (aktive, hybride und Mikro-Mobilität; alternative Fahrzeug- und Mobilitätskonzepte),
- Entwicklung von Lösungen zur Integration von Personen, Verkehrsträ-

gern, Gütern und Informationen (Logistik, Transport, Flottenmanagement, Personenmobilität) und

- vertiefte Erforschung der Nutzerpräferenz und -akzeptanz.

Nach der Erreichung dieser Projektziele bestünde die Möglichkeit der Weiterentwicklung des Testfeldes zu einem Erlebnisraum für innovative Mobilität. Dieser könnte der Erforschung der Verbindung von Mobilität und Lebensqualität dienen und als Hot Spot für politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung fungieren. Dieser Testraum könnte dann kontinuierlich weiterentwickelt werden und im Hinblick auf die städtische Infrastruktur immer neue Impulse liefern.

In den Test- und Erlebnisraum könnte darüber hinaus systematisch das Thema Energie hinsichtlich der Gewinnung, Speicherung und Verteilung, verbunden mit der Umsetzung des „Zero-Emission-Ziels“ integriert werden. Die-

Das Testprojekt ist für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von großem Interesse und NUTZEN.

ses Test- und Erlebnisfeld könnte für die Hersteller von PKWs und Nutzfahrzeugen, für Zulieferer, Unternehmen der IT- und Telekommunikationsbranche und Versicherer ein ideales „Labor“ für ihre jeweils spezifischen Nutzungen abgeben. Es wird spannend sein, zu verfolgen, wie und ob sich diese Idee am

Standort des Zentrums für Digitalisierung in Garching umsetzen lässt.¹⁴

Bereits heute ist klar, dass ein derartiges Konzept nicht nur für Start-Ups und die damit verbundenen Venture-Capital-Unternehmen von großem Interesse ist, sondern auch für Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und für die öffentliche Hand beziehungsweise die Bundes- und Landespolitik.

Ein derartiges Projekt könnte auch ein integraler Bestandteil eines internationalen Netzwerks sein und zwar sowohl innerhalb der europäischen Mitgliedstaaten als auch darüber hinaus. In diesem Zusammenhang könnte es auch ein wichtigen Kristallisationspunkt für ein in Planung befindliches EIT (European Institute for Innovation and Technology) sein, das im Bereich der Mobilität gegründet werden soll.

Ausblick

Das Thema „Hoch automatisiertes Fahren“ wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten revolutionäre Veränderungen im Bereich der Automobilindustrie mit sich bringen. Dabei werden weniger die technischen Fragen ein Problem darstellen als vielmehr die Fragen im Bereich der Ethik und der rechtlichen Rahmenbedingungen. Das Thema der Digitalisierung wird in diesem Bereich für alle Bürger unmittelbar greifbar und die heutigen Mobilitätsaktivitäten gravierend verändern. Deshalb ist es auch sinnvoll, das Thema in einen Gesamtansatz „integrierter Mobilität“ einzubeziehen. Bei allen Überlegungen sind die Mobilitätsanforderungen der Kunden in den Mittelpunkt zu stellen. Sinnvoll ist es daher, die Kundenanforderungen rechtzeitig zu erkennen. Methodisch wird es dabei klug sein, mit so genann-

ten Use-Cases zu arbeiten, d. h. entsprechende extrem häufig vorkommende Kundensituationen zu erkennen und zu analysieren und dabei optimale Problemlösungen zu erarbeiten. Innerhalb eines derartigen Innovationsrahmens

Autonomes Fahren hat ein hohes wirtschaftliches POTENZIAL.

bietet sich enormer Raum für Start-Up-Unternehmen und damit für die Schaffung hoch interessanter Arbeitsplätze für unser Land. Damit könnte die Innovationskraft des Standortes Bayern und Deutschlands massiv gesteigert werden. Die Themen „Hochautomatisiertes Fahren“ und „Autonomes Fahren“ haben das Potenzial, sich zu einem zentralen Treiber unserer Wirtschaft zu entwickeln. ///



/// SIEGFRIED BALLEIS
ist Alt-OB der Stadt Erlangen, Vorsitzender des Universitätsbunds der FAU-Erlangen / Nürnberg sowie Lehrbeauftragter am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

Anmerkungen

- ¹ Elsner, Johannes / Stuchtey: Martin: Bayern 2025 – Alte Stärke, neuer Mut, München 2015, S. 37.
- ² Vbw / Die bayerische Wirtschaft: Studie - Bayerns Zukunftstechnologien, München Juli 2015, S. 41.
- ³ Bayerischer Landtag, Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie: Anhörung zum Thema „Autonomes fahren“, 38. Sitzung, 29. Oktober 2015, S. 3 ff.
- ⁴ Ebd., S. 97 ff.
- ⁵ Dobrindt, Alexander: Mit Mobilität 4.0 zum digitalen Wirtschaftswunder, in: Bayernkurier 3/2015, S. 19 ff.
- ⁶ Thiede, Werner: Autos als selbstlenkende Hotspots, Risiken und Nebenwirkungen eines rundum funkgesteuerten Autoverkehrs, in: Bayerische Staatszeitung 33/2015, S. 16.
- ⁷ Peitsmeier, Henning: Autonomes Fahren: Mercedes ist die Nummer eins in der Wüste, es ist ein Prestigeerfolg für Daimler: als erstes Serienauto darf die E Klasse autonom auf amerikanischen Highways fahren. Zunächst aber nur in einem Bundesstaat, in: FAZ, 7.1.2016.
- ⁸ Sector, Mike / Ramsey, Mike: U.S. Proposes spending \$ 4 Billion to Encourage Driverless Cars – Obama administration aims to remove the hurdles to making autonomous cars more widespread, in: The Wall Street Journal, 14.1.2016.
- ⁹ Minx, Eckhard / Dietrich, Rainer: Autonomes Fahren – Wo wir heute stehen und was noch zu tun ist, Ladenburg 2015.
- ¹⁰ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie: Zentrum Digitalisierung Bayern, München 2015.
- ¹¹ Minx / Dietrich, Autonomes Fahren, S. 23.
- ¹² Brossardt, Bertram: Position – Zukunft automatisiertes Fahren: Rechtlich Hürden beseitigen, München 2015, S. 11.
- ¹³ Brauck, Markus / Hawranek, Dietmar / Schulz, Thomas: Steuer frei – Zukunft: das selbstfahrende Auto wird nicht nur unsere Art der Fortbewegung verändern – sondern die gesamte Gesellschaft. Etablierte Hersteller wie Daimler und digitale Konzerne wie Google liefern sich ein Wettrennen, in: Der Spiegel 9/2016.
- ¹⁴ Kniess, Michael: Die Zukunft der Mobilität fest vor Augen – In Garching soll ein entscheidender Beitrag auf dem Weg zum autonomen Fahren geleistet werden, in: Bayerische Staatszeitung, 26./27.2.2016.



Luft, Stefan: Die Flüchtlingskrise - Ursachen, Konflikte, Folgen. München: Verlag C.H. Beck 2016, 128 Seiten, € 8,95.

/// Es braucht eine Koalition der Willigen

EUROPA UND DIE FLÜCHTLINGSKRISE

Als Anfang der 1990er-Jahre Jugoslawien zerbrach und vor allem Bosnien und das Kosovo zu Kriegsschauplätzen wurden, flohen Hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat in Richtung Norden. Das vereinte Deutschland erlebte seine erste „Flüchtlingskrise“. Mit diesem Bild und dem Appell, dass, wenn von „Flüchtlingskrise“ die Rede ist, immer zuerst die Krise der Flüchtlinge selbst in den Blick genommen werden sollte, eröffnet der Bremer Politikwissenschaftler Stefan Luft sein jüngst erschienenenes, höchst lesenswertes Buch. Er macht da-

mit von Anfang an klar: Wer die Flüchtlingsbewegungen der jüngsten Zeit, auch ihre Zuspitzung seit dem Sommer 2015, verstehen und angemessen reagieren will, muss sich den größeren Zusammenhang anschauen. Und dies, trotz Dringlichkeit und manch verständlicher Aufregung, mit nüchternem Blick und in Kenntnis der Fakten. Lufts kleiner Band, der etwas mehr als hundert Seiten umfasst, leistet dazu einen großen Beitrag.

Lufts Analyse führt zu der Einschätzung, dass Flucht und Migration keine

vorübergehenden Ereignisse sind, sondern unser Leben in Europa, Afrika und weltweit für lange Zeit prägen werden. Um angesichts der Bedeutung des Themas die richtigen Antworten geben zu können, unternimmt der Autor eine fundierte Bestandsaufnahme. Im ersten von vier Kapiteln macht er deutlich, dass es wichtig ist, zwischen Flucht vor unmittelbarer Bedrohung und geplanter Migration zu unterscheiden, auch wenn der Unterschied im Einzelfall verwischen mag. Luft zeigt aber auch, dass die jüngste Entwicklung der Flüchtlingsbewegungen tatsächlich dramatische Ausmaße angenommen hat: 42.500 Menschen, die Bevölkerung einer Kleinstadt, wurden im Jahr 2014 Tag für Tag zu Flüchtlingen. Insgesamt zählten die Vereinten Nationen 2014 rund 60 Millionen Menschen als Flüchtlinge. Knapp zwei Drittel von ihnen suchten Schutz im eigenen Land. Von den übrigen verblieb der überwiegende Teil in den unmittelbaren Nachbarländern. Entwicklungsländer beherbergen 86 % aller Flüchtlinge weltweit. Auch mit den wichtigsten Herkunftsländern und -regionen jener Flüchtlinge, die Europa erreichen, befasst sich der Autor: Syrien, Afghanistan, Irak, eine Reihe afrikanischer Staaten, der Westbalkan und seit 2014 die Ukraine.

Besonders kritisch sieht Luft die Rolle der Europäischen Union, die sich so schwer damit tut, auf die aktuellen Herausforderungen eine gemeinsame Antwort zu geben. Zu Recht hebt er im zweiten Kapitel hervor, dass das Agieren der Europäischen Union sehr lange von fehlender Solidarität geprägt war. Allein dass es bis zum Sommer 2015 dauerte, ehe die europäische Politik sich des Flüchtlingsthemas annahm, ist ein Zeichen für mangelnde Weitsicht. Aber immerhin hat die EU daraus in den vergangenen Mona-

ten gelernt. Das EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 ist ein wichtiger Schritt, auch wenn die Nagelprobe noch bevorsteht. Die weitere Verteilung von syrischen Flüchtlingen und die Unterstützung Griechenlands haben die bisherige Logik umgekehrt. Die EU setzt damit ein Zeichen, dass nicht Geld oder körperliche Stärke darüber entscheiden, wer es bis Europa schafft, sondern humanitäre Gründe ausschlaggebend sind. Die Darstellung der Fluchtrouten durch den Autor verdient indessen eine Ergänzung. Luft nennt das Mittelmeer als die gefährlichste Fluchtroute der Welt. Doch die Route durch die Sahara ist mit ebenso hohen Risiken behaftet und hat mutmaßlich weit mehr Menschen das Leben gekostet. Hier bedarf es noch weiterer Forschung, um belastbare Aussagen machen zu können.

Um das mangelhafte Agieren der Europäischen Union zu erklären, beleuchtet Luft die europäische Migrationspolitik und das Grenzregime der Europäischen Union der vergangenen Jahrzehnte. Lange, so der Autor, hätte die Asyl- und Migrationspolitik ihren Zweck erfüllt. Doch die kriegerischen und politischen Umwälzungen am südlichen Rand Europas hätten in den letzten Jahren fundamentale Veränderungen nach sich gezogen. Europas Nachbarstaaten fielen zunehmend als Aufnahmeländer aus und wurden selbst zu fragilen Staaten, aus denen die Menschen flüchteten. In Folge dessen sahen sich mehr und mehr EU-Mitgliedstaaten nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen gemäß der europäischen Asylpolitik nachzukommen.

Kann Europa zu einer gemeinsamen Politik zurückfinden? Luft stellt zu Recht heraus, dass bei der Zuwanderung nationale Identitäten eine große Rolle spielten und daher Kompromisse schwieriger seien als auf anderen Gebieten. Doch er lässt

auch durchklingen, dass dies kein Grund zur Entmutigung sein darf. Auf Dauer bleibe eine gemeinsame europäische Lösung wünschenswert. An dieser Stelle ist hinzuzufügen: Eine europäische Lösung ist nicht nur wünschenswert, sondern unabdingbar. Eine Einigung auf vergleichbare Standards und Verfahren innerhalb der EU tut Not, damit nicht einzelne EU-Staaten so viel attraktiver für Flüchtlinge sind als andere.

Dies wird ein schwieriger Weg sein, wie Luft analysiert. International verbriefte Schutzrechte der Flüchtlinge müssen mit den nicht minder legitimen Rechten und Interessen der einheimischen Bevölkerungen in Einklang gebracht werden. Anerkennungsverfahren müssen im Interesse aller Beteiligten möglichst schnell und effizient zum Abschluss gebracht werden, aber Europa darf dabei seine Rechtsstaatlichkeit nicht aufgeben. Dem Interesse der Wirtschaft an zuwandernden Arbeitskräften stehen die Sorgen einheimischer Arbeitskräfte vor billiger Konkurrenz gegenüber. In diesem Zusammenspiel legitimer, aber widerstreitender Interessen steht Europa vor der Aufgabe, Kompromisse im Rahmen des politisch und rechtlich Vertretbaren neu auszutariieren. Vorerst, so folgert der Verfasser am Schluss, müssten dazu wohl „Koalitionen der Willigen“ vorangehen. Auch in Deutschland müssen Asyl und Zuwanderung auf den Prüfstand gestellt werden. Die Asylverfahren sind nicht passgenau. So sind sie beispielsweise völlig ungeeignet für geregelte Arbeitsmigration, werden aber mangels Alternativen dazu genutzt.

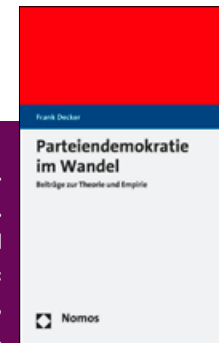
In seinem letzten Kapitel widmet sich Luft den Bedingungen gelingender Integration. Dabei geht er auch auf die Frage ein, ob Religion, insbesondere der Islam, ein Hindernis für Integration sei. Die vor-

liegende Forschung könne dies nicht bestätigen. Entscheidend für den Integrationserfolg sei vielmehr die soziale Herkunft der Eltern, nicht die Religionszugehörigkeit. Als gutes Beispiel verweist der Autor auf die Gruppe der rund 100.000 Iranischstämmigen in Deutschland, deren gelungene Integration auf dem hohen Bildungsniveau der Migrantengeneration fußte.

Stefan Luft hat ein sachliches, aber dennoch engagiertes Buch vorgelegt, das in Analyse und Schlussfolgerung durch profunde Kenntnis der Materie überzeugt. Ein Thema spart der Autor allerdings weitgehend aus: Was kann Europa, was kann Deutschland tun, um den Ursachen von Flucht und Vertreibung entgegenzuwirken? Hierzu erhält der Leser nur wenige Hinweise in dem mit „Perspektiven“ überschriebenen Ausblick. In erster Linie warnt er vor seiner Ansicht nach falschem Handeln: Waffenlieferungen in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete oder an daran beteiligte Staaten oder Militärinterventionen mit unabsehbaren Risiken wie im Irak oder Libyen. Etwas mehr Hintergründe würde man sich hierzu wünschen wie auch zur Rolle der Außen- und Entwicklungspolitik bei dem Bemühen, fragile, von Konflikt bedrohte Staaten zu stabilisieren. Aber das wäre wohl schon ein neues Buch, das es verdient, noch geschrieben zu werden.

THOMAS SILBERHORN

Decker, Frank: **Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zu Theorie und Empirie.** Baden-Baden: Nomos Verlag 2015, 265 Seiten, € 34,00.



Frühzeitig befand Karl Dietrich Bracher: „Der Zustand der Parteien und des Parteiensystems sagt über den Zustand des politischen Systems mehr aus als alle formalen Betrachtungen von Verfassungen und Institutionen, mit denen Juristen und Philosophen die Staaten zu definieren und zu kategorisieren suchen.“ Gerade in Zeiten wie diesen, ist es wichtig, die aktuelle Entwicklung der Parteienlandschaft zu analysieren. Dem widmet sich Frank Decker. Bevor er die relevanten Parteien der Bundesrepublik porträtiert und die Parteienlandschaft als solche untersucht, definiert und typologisiert er Parteien. Daraufhin skizziert der Autor Hauptmerkmale einer Parteiendemokratie und diskutiert Kritik an ihr. Erstaunlich wirkt hierbei Deckers Befremden über das „Understatement des Artikel 21, wonach Parteien an der politischen Willensbildung ‚mitwirken‘“. Im Widerspruch dazu begrenzen in der politischen Praxis u. a. Internet, (un-)soziale Medien, Interessenverbände und Bürgerinitiativen den Einfluss der Parteien, die heute über keine parteieigenen oder -nahen Tageszeitungen verfügen (außer der Linkspartei).

Gerade auch der Parteeinfluss in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstal-

ten ist heute gemeinhin geringer als vielfach unterstellt und auch transparenter als die Mitwirkung sogenannter „unabhängiger Experten“ in Rundfunkgremien. Ohnehin lassen sich manche Journalisten von Parteien fördern, ohne sich ihnen verpflichtet zu fühlen. Insbesondere auch der missionarische Eifer einiger Journalisten provoziert parteipolitische Versuche, Einfluss auszuüben. Die SPD verfügt auch deshalb bis heute über Anteile an wichtigen Tageszeitungen, die damit aber nicht zu lupenreinen Parteiblättern mutieren.

Engagiert verteidigt Decker die Parteiendemokratie gegen überzogene Kritik und altdeutsche Parteienverachtung, die derzeit wieder wuchert. Damit unterscheidet sich seine Haltung wohltuend von der opportunistischen, destruktiven und undifferenzierten Parteischelte, die einst u. a. Richard von Weizsäcker und Hans-Herbert von Arnim verbreiteten. Um den Einfluss der Parteien auf das Amt des Bundespräsidenten zu verringern, plädiert Decker dafür, das „bestehende Wahlverfahren durch eine Direktwahl zu ersetzen“. Freilich dürften Wahlkämpfe um das Amt des Bundespräsidenten den Einfluss der Medien gegenüber gewählten Politikern erhöhen.

Bei der Kandidatenaufstellung für eine solche Direktwahl sollten, so Decker, die Parteien mehr die Persönlichkeit der Bewerber berücksichtigen als deren Parteizugehörigkeit. Doch die Anforderungen, die das überparteiliche Amt des Bundespräsidenten bereithält, sind eminent politisch. Umso bedeutsamer bleiben gerade auch im Amt des Bundespräsidenten politische Erfahrung und politische Sensibilität, die sich vor allem in der parteipolitischen Praxis gewinnen lassen. Käme es zu einer Direktwahl des Bundespräsidenten, gerieten

Kandidaten in entsprechenden Wahlkämpfen noch viel stärker ins politische Feuer. Problematisch scheint der Vorschlag auch deshalb, weil eine Direktwahl die Frage nach mehr Befugnissen des Bundespräsidenten provozieren würde, wodurch es erforderlich würde, das Gefüge der obersten Verfassungsorgane neu auszutarieren.

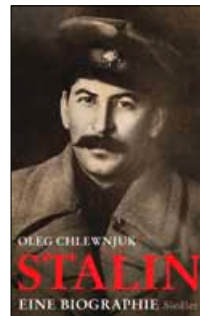
Im Abschnitt über die einzelnen Parteien von Relevanz mutmaßt Decker, die Grünen könnten „demnächst eine ähnliche Züngleinrolle im Parteiensystem einnehmen wie früher die FDP“, die 1976 und 1980 jeweils der zweitstärksten Partei den Weg ins Kanzleramt ebnete. Bereits heute beweisen die Grünen mehr politische Flexibilität als einst die FDP, koalitiert die Ökopartei doch derzeit sowohl mit SPD und CDU als auch mit der Linken – und das sogar unter einem Ministerpräsidenten aus der Partei Gysis. Dass die Grünen den Wandel zu einer „multikulturellen Gesellschaft“ früh als solchen benannt hätten, bezeichnet Decker als „verdienstvoll“, ohne zu erwähnen, wie undifferenziert und illusionär die Perspektive vieler Grünen auf den Zuzug oft war und zum Teil bis heute noch ist.

Im Kapitel über die SPD unterschätzt der Sozialdemokrat Decker die Risiken der rot-rot-grünen Option für die älteste Partei Deutschlands. Allein durch die Öffnung für Rot-Rot-Grün dürfte die SPD einen erheblichen Teil ihrer „Mitte-Wähler“ verschrecken. Daher ähnelt die Öffnung der SPD für Rot-Rot-Grün strategisch einem Sprung ins Dunkle. Den wagt die SPD aber gerade auch deshalb, weil sie keine dritte Große Koalition als Juniorpartner unter CDU / CSU-Führung in kurzer Zeit (seit 2005) will und weil sie fürchtet, die Koalition von CDU und Grünen in Hessen könnte zum Mo-

dell auch für den Bund mutieren. Das ist der Alptraum der SPD, deren Wählerückhalt weiter schwinden könnte.

Insgesamt präsentiert Decker ein ausgewogenes Buch, das über weite Strecken vom politischen Realismus seines Autors zeugt und profitiert. Dennoch gibt es in der Politikwissenschaft und politischen Bildung nach wie vor zu wenig Experten, die Politik nicht nur aus der Theorie im Elfenbeinturm kennen, sondern auch aus eigener Erfahrung, etwa durch ein Engagement in den Niederungen der Kommunalpolitik, die als hohe Schule der (partei-)politischen Praxis fungiert – gemäß der Devise „all politics are local politics“.

HARALD BERGSDORF



Chlewnjuk, Oleg: Stalin – eine Biographie. München: Siedler Verlag 2015, 592 Seiten, € 29,99.

Das Titelbild nimmt denjenigen, der schon eine Ahnung von dem Thema hat, unwillkürlich gefangen: Das ist nicht der ältere Stalin als „Woschd“ (Führer), der souveräne Verhandler in Teheran, Yalta oder Potsdam, sondern der Josif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der gerade erst seinen ersten Tarnnamen „Koba“ (nach einem georgischen Volkshelden) für „Stalin“, der Stählerne, ein-

getauscht hat. Die Photographie ist die Hälfte eines gemeinsamen Porträts mit Lenin, stammt also aus der Zeit vor dem Aufstieg Stalins zum allmächtigen Tyrannen, ein paar Jahre vor 1924 und ist fast ein Jugendbild.

An Stalin-Biographien der seriösen Art wird auch weiterhin kein Mangel bestehen, da, ganz abgesehen von der infernalischen Faszination, die von der Persönlichkeit und historischen Wirkung des Protagonisten ausgehen mag, einschlägige Archive und Quellensammlungen in Russland immer noch nicht gänzlich zugänglich sind, auch wenn da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine weitgehende Lockerung eingetreten ist. Je mehr Quellen erschlossen sind, desto eher kann ein zukünftiger Biograph mit Neuigkeiten aufwarten. Der Autor zeigt im Vorwort, um welche Präzision es da gehen müsste. In Moskau wurden 2008 die Hefte publiziert, die die Besucher Stalins in seinem Arbeitszimmer im Kreml von 1924 bis 1953 verzeichnen, nach Namen und der Zeit der Ankunft und des Verlassens. Daraus lassen sich mancherlei Rückschlüsse ziehen. Aber Stalin hat auch anderswo sehr viel gearbeitet, zum Beispiel in seinen Datschen rund um Moskau und am Schwarzen Meer. Für diese Orte sind Besucherhefte jedenfalls noch nicht aufgetaucht. Könnte es ferner nicht sein, dass seine Leibwächter Aufzeichnungen darüber hinterlassen haben, was ihnen bei ihren verschiedenen Einsätzen und routinemäßigen Runden begegnete? Das hätte ihren Vorgesetzten, etwa dem berüchtigten Sicherheitschef Lawrenti Berija, im üblichen bürokratischen Betrieb, der auch bei Geheimdiensten eine immense Rolle spielt, durchaus auf den Schreibtisch kommen können.

Einem so methodenbewussten Autor vertraut man sich gerne an. Wir erfahren über Stalins Persönlichkeit, seine cholерischen Anfälle, seine tückische und echte Freundlichkeit, Familienleben, Krankheiten (er starb unter den Wirkungen einer Arteriosklerose, die sich schon lange vorbereitet hatte), seine alltäglichen und Lesegewohnheiten – alles, was sich mittlerweile belegen lässt, und das in einem sehr flüssigen, unkomplizierten Stil. Der Text in seiner ursprünglichen Ausgabe ist von Yale University Press bestellt worden und bereits eine Übersetzung aus dem Russischen. Damit gebührt sicher auch dem deutschen Übersetzer aus dem Englischen Anerkennung. Nirgendwo unterliegt der Autor der Versuchung, Sensationelles oder Anekdotisches über Gebühr auszubreiten. Ob Stalin aber hinter dem plötzlichen Tod von Andrei Schdanow (1948) stand, dazu hätten wir doch gerne etwas gelesen. Eine Beteiligung am Mord an Kirow (1934 in Leningrad) wird mit detaillierter Argumentation abgelehnt, was ja nicht ausschließt, dass Stalin dieses Ereignis instrumentalisiert hat, um weitere Verfolgungen bis hin zum „Großen Terror“ der Jahre 1936-38 darauf aufzubauen.

Wir erfahren aber kaum etwas über die dialektischen Abgründe des Marxismus-Leninismus. Das kann nicht damit entschuldigt werden, dass Stalin selbst kein großer Theoretiker war, sondern nur einem grobschlächtigen Freund-Feind-Klischee folgte, das im Denken vom schicksalhaften Klassenkampf seine Wurzeln hatte und ihm gut dazu diente, immer einen Gegner im Inneren oder im Äußeren nachzuweisen, dem gegenüber er das Sowjetvolk von der internen Misere, für die er

selbst sehr große Schuld trug, ablenken, disziplinieren und hinter sich scharen konnte. Schließlich hatte er bis 1940 den brillanten Theoretiker (und nicht nur Schöpfer der Roten Armee) Leo Trotzki als Antipoden, der die Utopie der Weltrevolution gegen Stalins Konzept der Revolution in einem Lande, nämlich der Sowjetunion, vertrat, und bis zur Liquidierung im „Großen Terror“ die Genossen Bucharin, Sinowjew und Kamenew als ideologische Rivalen, die intellektuell versierter waren als er. Da wären Anmerkungen zu einer doch komplexen Weltanschauung erwünscht gewesen, wenn auch die siegreiche Brutalität Stalins über alle Nuancen hinwegging. Dass die Dämonie des sich dabei manifestierenden Verfolgungswahns nicht artikuliert wird, auch nicht ein eventueller Minderwertigkeitskomplex des Terror-Aktivisten aus der transkaukasischen Provinz gegen die besser Gebildeten aus Groß-Russland, das spricht allerdings für den nüchternen Gesamtstil des Autors. Worüber sich nichts in den Quellen finden lässt, darüber zu spekulieren, sollte der Historiker sich versagen.

Ebenso kommt die Außenpolitik recht stiefmütterlich weg, obwohl Stalin für die Weltgeschichte außerhalb der Sowjetunion doch dadurch wesentlich ist, dass er sein Land zum Sieg im Zweiten Weltkrieg und zur Supermacht neben den USA im Kalten Krieg geführt hat. Die Berlin-Krise von 1948/49 wird gerade mal erwähnt, und warum und wie Stalin und Tito sich 1948 zerstritten haben, erfahren wir auch nicht eingehender. Auch reicht der pauschale Hinweis nicht, der Kalte Krieg sei irgendwie durch Fehlkalkulationen in Ost und auch in West zustande gekommen, denn es wäre im Zusammenhang dieser

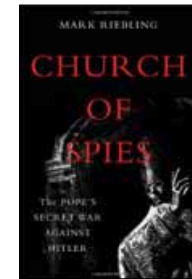
Biographie von herausragendem Interesse, welchen Anteil der Generalissimus im Kreml an diesen Fehlkalkulationen hatte. Der Autor wiegelt insofern ab: Darüber sei die Quellenlage noch unzureichend.

Aber über die außenpolitische Linie vor 1939, nämlich durch Werbung für ein System der internationalen kollektiven Sicherheit die westlichen Kapitalisten davon abzuhalten, die sozialistische Blüte Russlands im Keim zu ersticken, fällt kein Wort. Auch nichts über Stalins außenpolitische Grundsatzrede von 1925, die den Tenor hatte, die Sowjetunion werde sich an den Versuchen beteiligen, die kapitalistischen Staaten gegeneinander zu hetzen, zu ihrer eigenen Sicherheit, um die Singularität ihres revolutionären Ansatzes zu schützen, und um in der gegenseitigen Vernichtung der Kapitalisten zu sehen, was an Vorteil für die sozialistische Weltbewegung sich dabei herausholen lasse. Der Grundgedanke der Rede von 1925 taucht auch nicht in der Diskussion über den Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 auf. Dabei passt er hervorragend dazu: Deutschland und die Westmächte prallen aufeinander, nachdem Deutschland sich gegen Russland den Rücken gesichert hat. Das mag für Russland, nachdem sich beide kapitalistischen Gegner abgekämpft haben, Gelegenheit zum Eingreifen als „lachender Dritter“ bieten. Auch wird keine Diskussion darüber eröffnet, warum Molotow bei seinem Besuch in Berlin November 1940 derart exorbitante Forderungen stellte, dass Deutschland darauf allenfalls hätte eingehen können, wenn es eine große militärische Niederlage erlitten hätte – und das, obwohl Stalin bis zum 22. Juni 1941 größten Wert darauf legte, seine Lieferverpflich-

tungen aus den beiden Verträgen von 1939 peinlich genau zu erfüllen. Vielleicht haben wir auch in diesem Problempunkt zu wenig an belastbaren Quellen, und vielleicht wird sich das auch nicht mehr ändern.

Beim Überfall Hitlers auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 erfahren wir jedoch Neues: Stalin glaubte zunächst, in völliger Verkennung der Verhältnisse im Inneren des Dritten Reiches, hätten verräterische Militärs Hitler vor ein fait accompli stellen wollen. Er wollte sich eben nicht eingestehen, dass Hitler ihn da an krimineller Intensität einmal übertroffen hatte, und zeigte gleichzeitig, in wie verwinkelt-konspirativen Bahnen er zu denken vorzog. Paranoia wird das gerne genannt. Etwas gezwungen klingt die Überlegung, da Hitler von ihm so eingeschätzt worden war, der werde doch nicht so dumm sein, angesichts des ungebrochenen Widerstandes Englands und des drohenden Eingriffs der USA auf englischer Seite einen Zweifrontenkrieg vom Zaun zu brechen, habe Hitler eben deswegen so überraschend gehandelt. Das mag psychologisch feinfühlig sein, hat aber nicht die dokumentierbare Evidenz, die der Autor ansonsten für sich selbst einfordert.

BERND RILL



Riebling, Mark: *Church of Spies. The Pope's secret War against Hitler*. New York: Basic Books 2015, 384 Seiten, \$ 19,88.

Müsste Mark Riebling sein Buch „Church of Spies“ rezensieren, würde er die Besprechung vielleicht in folgendem, selbst für angelsächsische Historiker ungewöhnlich narrativen, unwissenschaftlich anmutenden Stil, den sein ganzes Buch durchzieht, schreiben: „Riebling läuft in seinem Arbeitszimmer auf und ab, um besser denken zu können. Wie soll er das Buch, an dem er so viele Jahre gearbeitet hat, schreiben, wer soll sein Publikum sein? Schließlich hat die Story das Potenzial eines spannenden Agentenroman. Es geht um die Spionage- und Widerstandstätigkeit der schillernden Persönlichkeit des katholischen Münchner Rechtsanwalts und späteren Mitbegründers der CSU in Bayern, Josef Müller alias ‚Ochsen-sepp‘. Das Setting könnte mit dem nationalsozialistischen Deutschland und Rom, dem Zentrum der katholischen Welt, kaum besser sein. Dass ein gut geschriebener Roman über geheime Machenschaften im Vatikan, in dessen Zentrum der Papst – und im vorliegenden Fall der umstrittene Pius XII. – steht, zu einem Bestseller werden kann, hat nicht zuletzt Dan Brown eindrücklich bewiesen. Die Vorstellung, einen ähnlichen Erfolg erreichen zu können, fasziniert Riebling. Doch der Spezialist für die Geschichte der US-amerikanischen Geheimdienste will mehr, er möchte sowohl

ein gut lesbares Buch für ein breites Publikum schreiben als auch die Fachwissenschaft damit überzeugen.“

Der „Ochsensepp“ ist für Riebling ein charismatischer Handlungsreisender in katholischer Sache, „halb Oskar Schindler – halb Vito Corleone“. (S. 37) Den Privatsekretär des Papstes, den Jesuitenpater Robert Leiber, beschreibt er als asthmatischen und „melancholischen (Haus-)Elfen“ des Vatikans. (S. 9) Leiber war der wichtigste Kontaktmann Müllers in Rom, als dieser im Auftrag der protestantisch dominierten deutschen Militäropposition um Admiral Canaris und Oberst Oster zur Jahreswende 1939/40 in den sogenannten „Römischen Gesprächen“ sondierte, inwiefern Pius XII. dazu bereit wäre, als Vermittler gegenüber London zu fungieren. Müller sollte erreichen, dass die Engländer die Situation im Falle eines deutschen Militärputschs gegen Hitler nicht militärisch ausnutzen würden. Dabei war es vor allem die Integrität des ihm persönlich bekannten „Ochsensepp“, die Pius XII. dazu brachte, in aller Heimlichkeit und nur unter Mitwisserschaft seiner langjährigen deutschen Berater Leiber und des ehemaligen Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas, der sich im vatikanischen Exil befand, über den britischen Gesandten im Vatikan den Kontakt nach London herzustellen. Damit brach der Papst hinter den Kulissen die sich selbst verordnete Neutralität und wurde zur Partei.

In die Debatte um das Schweigen Pius XII. hat dieser Schritt kaum Eingang gefunden und es ist das Verdienst Rieblings, auf dieses Versäumnis hinzuweisen. Letztlich blieben die „Römischen Gespräche“ ohne Konsequenzen, da sich die deutschen Generäle vor Ausbruch der Kampfhandlungen im Westen, vor de-

nen Müller den Papst ausdrücklich warnte, nicht dazu entschließen konnten, ein Attentat auf Hitler auszuüben. Wie dieser reagiert hätte, wäre diese Vermittler-tätigkeit des Papstes aufgedeckt worden, mag man sich kaum vorstellen. Doch er erfuhr es nicht, weil der „Ochsensepp“ trotz zweijähriger Gefangenschaft und Folter sein Schweigen nicht brach und bereit war, für seine Überzeugung in den Tod zu gehen, worin auch ohne pathetische Heldenrhetorik eine beeindruckende Lebensleistung besteht.

Müller blieb Zeit seines Lebens ein glühender Verteidiger Pius XII. Der Papst sei mit seinem öffentlichen Schweigen zu den nationalsozialistischen Verbrechen der gleichlautenden Forderung der Militäropposition nachgekommen, denn der katholische Widerstand habe nur so den ohnehin geringen Bewegungsfreiraum nutzen können. Diese These vertrat Müller nicht erst in seiner 1975 erschienen Autobiographie,* sondern bereits im Juni 1945 gegenüber dem US-amerikanischen Diplomaten Tittmann. Dies zeigt, dass selbst ein liberaler Katholik, ein entschiedener Gegner des NS-Regimes, ein Vordenker der europäischen Währungsunion und der Ökumene wie Müller alten Denkschemata verhaftet blieb, denn weder er noch der Papst thematisierten das Schicksal der Juden in der Schoah, sondern befassten sich ausschließlich mit der Gefährdung des eigenen katholischen Milieus.

Im zweiten Teil des Buchs, in dem Riebling die hinlänglich bekannte Beteiligung von Katholiken wie der Jesuitenpater Augustin Rösch und Alfred Delp im Kreisauer Kreis und an der Verschwörung des 20. Juli 1944 beschreibt, geht der Protagonist Müller etwas unter. Riebling arbeitet aus US-Geheimdienstberichten und zahlreichen Zeitzeugenin-

terviews des US-Historikers Deutsch mit dem „Ochsensepp“ aus den 1950er- und 1960er-Jahren heraus, dass dieser bis zu seiner Gefangennahme 1943 der maßgebliche Kontaktmann zwischen verschiedenen Widerstandsgruppen mit katholischer Beteiligung wie der Weißen Rose oder dem Kreisauer Kreis und Pius XII. gewesen sein soll. Leider geht Rieblings Beweisführung in der bildreichen Darstellung unter, denn die von ihm gehobenen Quellen kommen nicht in dem Maße zu tragen, wie es notwendig gewesen wäre.

Das führt zum Grundproblem, das der Historiker mit Rieblings Buch hat: Es fehlt eine wissenschaftliche Einleitung, die den Quellenwert der benutzten Autobiographien sowie der Zeitzeugeninterviews mit Müller und anderen Beteiligten in Hinblick auf die Selbstkonstruktion der eigenen Biographie (und der des Papstes) aus der Retrospektive kritisch hinterfragt. Wahrscheinlich wäre der Autor besser damit beraten gewesen, wenn er zwei Bücher geschrieben hätte: einen historischen Agentenroman, der ihm ein höheres Maß an künstlerischer Freiheit erlaubt hätte, und ein streng wissenschaftliches Buch, in dem er der Beweisführung unter Anwendung der Quellenkritik den notwendigen Raum hätte geben können. Es wäre zu wünschen, dass Riebling das Thema erneut aufgreift, sobald die vatikanischen Akten des Pontifikats Pius XII. (1939-1958) endlich für die Öffentlichkeit zugänglich werden. Denn die Beschäftigung mit dem jenseits Bayerns wenig bekannten Josef Müller als einer der Gründungsgestalten der Bundesrepublik Deutschland lohnt sowohl für wissenschaftliche als auch für „nur“ interessierte Leser. Das US-amerikanische Publikum hat der Autor mit seiner Doppelstrategie über-

zeugt. Erste Übersetzungen sind bereits erschienen und weitere, wie die deutsche, sind in Vorbereitung.

SASCHA HINKEL

Anmerkung

* Müller, Josef: Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1975.



Gehrman, Siegfried / Helmschen, Jürgen / Krüger-Potratz, Marianne / Ragutt, Frank (Hrsg.): **Bildungskonzepte und Lehrerbildung in europäischer Perspektive**. Münster / New York: Waxmann Verlag 2015, 207 Seiten, € 27,90.

In diesem Werk sind Hochschullehrer von west- und südosteuropäischen Universitäten der zentralen Frage, wie es gelingen kann, die Curricula und Strukturen der nationalen Lehrerbildungssysteme europäisch zu konzipieren und in diese Richtung weiter zu entwickeln, nachgegangen. Die sieben Autoren beschäftigten sich mit folgenden Themen: zur Situation der Lehrerbildung als Gegenstand der empirischen Forschung, aktuelle Probleme der Lehrerbildung in Österreich, Berufsbildung in Deutschland und Europa, Vergleiche zur europäischen Lehrerbildung, der europäischen Bildungskontext und Perspektiven der globalen Entwicklung, Lehrerbildung und Diversität in Europa sowie kulturelle Kompetenzen aus der Sicht der Fremdsprachenlehrkräfte. Zu jedem Beitrag gibt es eine aus-

fürliche aktuelle Literaturliste, die zum vertiefenden Studium anregen will.

In Deutschland war die empirische Forschung zur Lehrerbildung bis 2000 nur schwach entwickelt, in den letzten 15 Jahren ist aber ein stetiges Anwachsen der Forschungsaktivitäten festzustellen. Dies gilt sowohl für quantitative als auch qualitative Studien, die an Hochschulen und Universitäten in Verbindung mit der Lehrerbildung durchgeführt werden.

Interessant und wichtig sind die Ausführungen zur Ausbildung der Berufsschullehrer. Die „gute deutsche Berufsbildung“ ist nach Auffassung des Autors in „die schwerste Krise ihrer Geschichte“ geraten. Es werden insgesamt sechs Krisenpunkte erwähnt und diskutiert. Besondere Bedeutung wird „der Akademisierung des Berufsschullehreramt“ beigemessen. Diese führte zugleich zu einer enormen Aufwertung dieser Lehrergemeinschaft. Dieser Prozess fand im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts statt.

Die Vorstellung eines geeinten Europas ist eng mit der Integration Europas durch Schule und Bildung, insbesondere auch durch Berufsbildung verbunden. Dazu gehört auch die Lehrerbildung. Allerdings befindet sich die Europäische Integration in der Krise.* Auslöser dieser sind die Flüchtlingsprobleme und der Griechenlandkomplex. In einem englischen Beitrag des Sammelbandes wird in Verbindung mit der Globalisierung und Mobilität festgestellt: „Emigrating from one country to another for reason of poverty, unemployment, war, discrimination and the like, with the aim of improving their own or their childrens living conditions in their new country of residence“. (S. 162)

Aus der Sicht der Lehrerbildung kommt der Interkulturellen Kompetenz

(IK) in Verbindung mit dem Fremdsprachenunterricht (FSU) besondere Bedeutung zu. Die Integration der IK in den FSU könnte, sollte und dürfte, so die Autorin von der Universität Zagreb, für diese förderlich sein. Interkulturell relevant ist die „intellektuelle, linguistische, gesellschaftliche, kulturelle und emotionale Entwicklung der Lernenden“.

Eindrucksvoll ist die tabellarische Darstellung des Kompetenzprofils der interkulturell kompetenten Fremdsprachenlehrkraft in den drei Bereichen Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sowie Einstellungen und Haltungen. Bei den Haltungen und Einstellungen wird an die Bereitschaft der Lehrkräfte appelliert. Das wichtigste Ziel in der interkulturellen Lehrerbildung ist die „Entwicklung einer offenen und toleranten Haltung bzw. des Respekts und der Empathie gegenüber anderen Menschen und Kulturen“. (S. 187)

Eine weitere Akzentsetzung erfolgt im Verständnis für Sitte und Brauchtum, Feste und Feiern sowie Geschichte und Konventionen. Entscheidend ist die Einführung in die Kultur und Zivilisation der Zielsprachenländer. Die Autorin beschäftigt sich auch mit Hindernissen und Erschwernissen, die mit der Einführung der IK verbunden sein können. Diese betreffen auch die Lehrerbildung. Erforderlich ist eine systematische Weiterentwicklung der IK für Fremdsprachenlehrkräfte und die Integration der interkulturellen Dimension in die Lehramtsstudiengänge. Es ist noch ein weiter Weg, bis die Lehrerbildung nicht nur europäisch gedacht, sondern auch europäisch praktiziert wird.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT

Anmerkung

* Vgl. Europäische Integration in der Krise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 52/2015.

Bremer, Thomas / Haneke, Burkhard (Hrsg.): Zeugen für Gott – Glauben in kommunistischer Zeit. Münster: Aschendorf Verlag 2014 (Bd. I), 276 Seiten, € 19,95, 2015 (Bd. II), 286 Seiten, je € 19,95.



Die beiden Bände bieten eine Sammlung von insgesamt 37 Berichten über Einzelschicksale von Christen, die von ihrem Glauben nicht abließen und deshalb von der kommunistischen Staatsmacht verfolgt und teilweise umgebracht wurden. Der Einzugsbereich umfasst den gesamten europäischen „Ostblock“, aber auch Jugoslawien und Albanien. Ein Beitrag widmet sich der katholischen Diaspora im sowjetischen Kasachstan. Manche der Betroffenen, die selbst erzählen, sich einem Interview gestellt haben oder von kundigen Autoren dargestellt werden, haben die Wende von 1989/90/91 überstanden, etwa der tschechische Kardinal Vlk, mittlerweile emeritierter Erzbischof von Prag.

Die Grundidee des Sammelwerkes stammt noch von Papst Johannes Paul II., „in den verschiedenen Ländern Dokumentationen über christliche Blutzeugen des 20. Jahrhunderts zu erstellen, um deren Zeugnis nicht in Vergessenheit geraten zu lassen“, wie P. Stefan Dartmann SJ, der Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks Renovabis, das die Sammlung in Auftrag gegeben hat, einleitend ausführt. Die einzelnen Berichte versteigen sich nicht in hagiographische Verklärung, sondern bleiben gerade in ihrer Sachlichkeit erschütternd. Mitun-

ter gelingen dabei sehr eindringliche Schilderungen, so über die bedrückende Atmosphäre im Moskauer Zentralgefängnis, der Lubjanka, oder über die trostlose Arbeitssklaverei auf der Gefängnisinsel Titos, Goli Otok, zwischen der Ferieninsel Rab und dem kroatischen Festland gelegen.

Die Herausgeber zögern, durchweg von „Märtyrern“ zu sprechen, denn nach der Auffassung des heiligen Augustinus sind das nur solche, die für den Glauben als „Zeugen“ (altgriechisch *martys* = Zeuge) ihr Leben hingegeben haben. Auch wenn sie die kommunistische Herrschaft überstanden haben, wurde doch vielfach ihr ziviles Leben zerstört. Sie wurden dadurch aber nicht gebrochen, da ihnen ihr Glauben Kraft gab. Sie haben damit „heroische Tugend“ gelebt, eine der Voraussetzungen für die Heiligsprechung. So überstanden sie die „gewaltigste Christenverfolgung der Geschichte“, wie der eine der Herausgeber, Professor Thomas Bremer, schreibt, der diesem Thema eine historische, kirchenpolitische Einführung widmet.

Zentral ist der Begriff des Opfers in seiner theologischen Dimension. Die Märtyrer bzw. die für Christus Leidenden beziehen sich damit auf das Opfer, das Christus selbst durch seinen Tod am Kreuz gebracht hat. Hierzu wird Theodor Haecker zitiert: „Das Opfer ist primär eine Idee Gottes. [...] Es ist ein Sein Gottes. Das Opfer ist sozusagen von Ewigkeit zu Ewigkeit und m u s s t e darum auch in die Zeit eingehen. Der sich opfernde Gott ist die Überfülle seines Seins.“

Zur Einführung sei jedoch anzumerken, dass sie die Gegnerschaft zwischen Marxismus und Christentum ausschließlich auf den, quasi nur takti-

schen, Gesichtspunkt zurückführt, dass die Kirche mit ihren Vertröstungen auf das Jenseits die Arbeiter davon ablenken wolle, die Verbesserung ihrer Lage im Diesseits anzustreben. Von der grundsätzlichen geistigen Differenz ist nicht die Rede: Vom philosophischen Materialismus als dem Ausgangspunkt, der mit dem Glauben an eine Offenbarung und an eine über-materialistische Transzendenz nicht vereinbar ist. Doch ist zu unterstellen, dass der Autor das als Professor der katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Münster sehr wohl weiß, aber nur nicht ins Breitere gehen wollte.

Eindringlich auch die Bemerkungen des verfolgten rumänischen Theologen Dumitru Staniloae: Die Herrschaft des Kommunismus sei nicht das Werk Gottes, weil „in der Geschichte nicht nur Gott wirkt, sondern auch die Kraft des Bösen, und vielleicht mehr als er. [...] Wir ertragen das Leiden nicht, um uns von Gott zu entfernen, sondern um in Gemeinschaft mit Christus zu bleiben, so dass der Tod nicht mehr als ein Akt der Verminderung des Lebens zu sehen ist, sondern als ein Akt der Rückkehr in die Fülle des Lebens, in die Vergöttlichung der Natur.“ Dem hätte Theodor Haecker – siehe zuvor – zugestimmt.

Es fällt ins Auge, dass bei 37 Einzelschicksalen nur eine äußerst enge Auswahl unter den Opfern einer solchen Christenverfolgung stattfinden konnte. Doch die Herausgeber haben sich um nachvollziehbare Kriterien, etwa die Einbeziehung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften, bemüht, weshalb auch ein (bosnischer) Moslem und ein Jude (aus Kasan) zu Wort kommen. Dennoch sind die Katholiken, zusammen mit den Unierten, deutlich in der Überzahl. Dass Priester und Bischöfe

gegenüber den Laien starkes Gewicht bekommen haben, erklärt sich daraus, dass deren Fälle besser dokumentiert sind als die der leidenden Laien.

Politische Untertöne neben den genuin religiösen auf der Seite der Opfer sind manchmal allerdings unüberhörbar. So schrieb der Katholikos Ambrosius von Georgien, das innerhalb des Verbundes der orthodoxen Kirchen autokephal ist, im Mai 1922 an die gerade in Genua stattfindende, internationale Wirtschaftskonferenz folgenden Hilferuf: „Das russische Okkupationsheer soll sich unverzüglich hinter die Grenzen Georgiens zurückziehen. [...] Die georgische Nation soll die Möglichkeit bekommen, selbst, ohne fremden Druck und Diktat, ihr Leben so zu organisieren, wie sie es will [...].“ Denn die Sowjetmacht war in Georgien einmarschiert, obwohl Lenin wenige Jahre zuvor die Freiheit aller Völker des ehemaligen Zarenreiches von russischer Herrschaft verkündet hatte. Der Katholikos wurde dann in einem Schauprozess verurteilt und starb schon 1927 infolge der unmenschlichen Haftbedingungen. 1995 wurde er von der georgischen Kirche als „Ambrosius der Bekenner“ heilig gesprochen.

Der inzwischen verstorbene Erzbischof Mihail von Ochrid und Makedonien, Metodi Gogov, kämpfte im kommunistischen Jugoslawien nicht nur um die Erringung der Autokephalie für Makedonien, also um die Loslösung von der serbischen orthodoxen Kirche, sondern stand auch für die Selbständigkeit Makedoniens als ein eigener Staat, als logische Konsequenz daraus, dass die von Tito innerhalb Jugoslawiens eingerichtete „Republik Makedonien“ mit der Existenz einer eigenen makedonischen Nationalität begründet worden

war. Nach der Gefängnisstrafe, die er kurz nach dem Krieg verbüßt hatte, stand er natürlich weiter unter der Aufsicht der politischen Polizei, aus deren Berichten hier zitiert wird: „Im Hintergrund würde er die Richtlinien der Kirche vertreten, ebenso wie die Ideale der IMRO“. Diese (das Akronym ins Deutsche übersetzt) „Innere Makedonische Revolutionäre Organisation“ hat sich vor und nach dem Ersten Weltkrieg mit vielfachem Mord und Terror für ein unabhängiges makedonisches Staatswesen betätigt, indem sie das Land als „bulgarisch“ definierte, aber trotzdem Unabhängigkeit von Sofia wahren wollte. Auch nach 1945 war die IMRO noch aktiv. Dass Metodi Gogov mit ihr Kontakt hatte, ist nicht unbedingt eine Verleumdung beflissener Geheimpolizisten gewesen. Die serbischen Bischöfe, erfahren wir aus dem Beitrag, „beklagten den Gebrauch der bulgarischen Sprache in den Gottesdiensten Makedoniens [...]“. Da haben wir einen der großen Nationalitätenkonflikte auf dem Balkan vor uns, allerdings untrennbar verbunden mit religiösen Belangen.

BERND RILL



Munzinger, André:
Gemeinsame Welt denken.
Bedingungen interkultureller Koexistenz bei Jürgen Habermas und Eilert Herms.
Tübingen: Verlag Mohr Siebeck, 385 Seiten,
€ 69,00.

Die Habilitationsschrift André Munzingers widmet sich einer Debatte, die aktueller nicht sein könnte. Munzinger fragt in der 2015 veröffentlichten Schrift mit dem Titel „Gemeinsame Welt denken“ danach, wie ein friedliches Zusammenleben von Kulturen gelingen kann. Dabei setzt der Autor, der im Jahr 2014 eine Professur für Systematische Theologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angetreten hat, einen besonderen Schwerpunkt auf die Bedingungen interreligiöser Verständigung. Anders als die Ratgeberliteratur auf diesem Gebiet, die ihren Lesern interkulturelle Kompetenzen anzutrainieren versucht, realisiert dieses Buch einen tiefen theoretischen Einblick in die Komplexität interkultureller Kommunikationsprozesse.

Mithilfe von Jürgen Habermas und Eilert Herms arbeitet André Munzinger zentrale Kriterien für das Gelingen eines Dialogs der Kulturen heraus. Den Vergleich beider Denker gliedert der Autor anhand der vier kantischen Fragen „Was ist der Mensch?“, „Was können wir wissen?“, „Was sollen wir tun?“ und „Was dürfen wir hoffen?“. Ob diese Fragen geeignet sind, den Vergleich dieser beiden doch sehr unterschiedlichen Denker vorzunehmen, ist fraglich, da sich

die Logik dieser Struktur beim Lesen nicht immer erschließt. Der inhaltliche Vergleich erscheint demgegenüber umso sinnvoller zu sein.

Das Ziel der Diskursethik Habermas ist, Verständigung zwischen Menschen möglich zu machen. Die große Errungenschaft der Diskursethik ist, dass die Autonomie über die Inhalte des Diskurses an die Diskursteilnehmer abgegeben wird (S. 70). Einzige Bedingung für die Teilnahme am Diskurs ist, dass alle Betroffenen Argumente so vortragen, dass sie für jeden rational nachvollziehbar sein können. Am Ende gilt der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“. Den entscheidenden Mehrwert für die interkulturelle Verständigung sieht Munzinger bei Habermas darin, dass dieser die Etablierung der kommunikativen Vernunft nicht im Vermögen einzelner Diskursteilnehmer sieht, sondern vielmehr in den „symmetrischen Bedingungen der gegenseitigen Perspektivübernahme“ (S. 113, Habermas im Original) Munzinger arbeitet sehr kenntnisreich Schwachstellen des Werkes von Habermas heraus wie z. B. die unzureichende Ausarbeitung der handlungstheoretischen Dimensionen diskursiver Prozesse. Gerade an dieser Stelle wären einige Vorschläge zur Behebung der Mängel der Theorie Habermas im Angesicht von Munzingers Fragestellung wünschenswert, bleiben jedoch weitestgehend aus.

Mehr als seine eigenen Überlegungen stellt André Munzinger jedoch das Nachdenken des Theologen Eilert Herms vor. Dieser könne die Diskursethik um entscheidende Aspekte erweitern, so der Autor. Herms betont, anders als Habermas, dass auch die eigene, nicht rationale Weltanschauung einen Platz im Diskurs erhalten muss, da nur aus ihr heraus ein Handeln und Spre-

chen der Akteure denkbar ist. Die diversen Religionsgemeinschaften müssen deshalb die Verpflichtung zum Kosmopolitismus in sich selbst entdecken, wenn eine Weltgesellschaft entstehen soll. Hierbei sieht Herms Bildung für die Ermöglichung friedlicher Koexistenz als zentral an. Um andere Positionen auch nur im Ansatz verstehen zu können, muss zunächst versucht werden, die eigene Position bestmöglich zu verstehen. Der nächste Schritt muss dann sein, gemeinsame kulturübergreifende Lernprozesse zu entwickeln. Dabei betont Munzinger immer wieder, dass auch „der Andere auf seine Haltung zur Koexistenz der Kulturen“ (S. 319) hin befragt werden kann und muss. Dabei mahnt er an, stets die innere Differenziertheit von Religionsgemeinschaften angemessen wahrzunehmen.

Die These, die das gesamte Werk André Munzingers durchzieht, ist, dass das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen gelingt, wenn Verständigung möglich ist (S. 316). Das Ergebnis seines Nachdenkens fasst er wie folgt zusammen: „Der Diskurs als argumentativ geführter Streit zwischen den partikularen Überzeugungen mit dem Ziel der Einigung in Bezug auf die gemeinsame, aber unterschiedlich wahrgenommene Welt stellt die einzige Vermittlungsmöglichkeit [...] dar.“ (S. 308). Durch seine Schrift hindurch schärft Munzinger den Blick für das Erkennen der vielen, verschiedenen Momente der Vernunft, die für das Gelingen interkultureller Dialoge als notwendig erachtet werden müssen (S. 308). Nicht nur das westliche, bisweilen sehr strategisch und instrumentell eingesetzte Rationalitätsmoment ist vernünftig. Daher wäre es angebracht, in einem nächsten Schritt auch den nicht-euro-amerikanischen Diskurs

in die Diskussion um einen gelingenden kulturübergreifenden Dialog mit einzu beziehen.

„Gemeinsame Welt denken“ ist ein kluges Buch, das nicht der scheinbaren Vereinfachung, sondern der Komplexität der Verständigungsproblematik Rechnung trägt. Das Verstehen des Anderen

ist höchst diffizil, wenn es ernst genommen wird. Für alle, die an einem Nachdenken über interkulturelle Verständigungsprozesse interessiert sind, wird dieses Werk von großem Wert sein.

CARMEN KRUSCHE



Brose, Thomas / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.):
Umstrittene Religionsfreiheit. Zur Diskussion um ein Menschenrecht. Frankfurt am Main / Berlin / u. a.:
Peter Lang Verlag 2016, 250 Seiten, € 44.95.

Der Titel „Umstrittene Religionsfreiheit“ ist Programm. Denn angesichts der Bedrohung des elementaren Menschenrechts erscheint eine interdisziplinär angelegte Diskussion um Kontur, Reichweite und Geltungsanspruch der Trias von Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit heute unbedingt geboten.

Der hier angezeigte Band, hervorgegangen aus einer gemeinsamen Konferenz von Hanns-Seidel-Stiftung und Europäischer Akademie der Wissenschaften und

Künste, will einen substanziellen Beitrag hierzu leisten. Auf breiter Basis werden in ihm philosophische, theologische, historische, anthropologisch-sozialwissenschaftliche, juristische und politische Dimensionen des Grundrechts auf Religionsfreiheit zur Debatte gestellt.

Mit Beiträgen u. a. von Udo Di Fabio, Christian Schmidt, Annette Schavan, Günter Nooke, Hans Maier, Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Franz-Josef Overbeck und Holger Zaborowski.

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



POLITISCHE STUDIEN
Themenheft 1/2016: Pflege 2030 –
Anforderungen an Politik und Gesellschaft



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Nr. 105: Heimat zwischen
Tradition und Fortschritt



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Sonderausgabe 2/2016: Innovationshemmnis
Fachkräftemangel – Perspektiven für die
deutsche High-Tech-Zukunft



ARGUMENTATION KOMPAKT
Nr. 5/2016: Zwischen Individualismus,
Gruppendynamik und (gefühlter) Benachteiligung:
Motive westlicher Dschihadisten

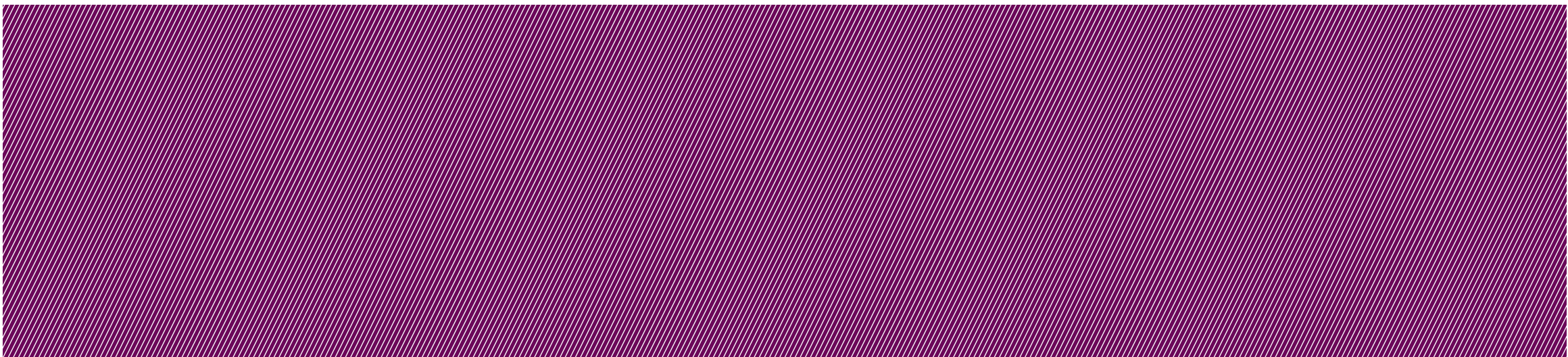


SONSTIGES
Repräsentative Demokratie und politische
Partizipation in Bayern – Ergebnisse einer
repräsentativen Umfrage



VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
Nr. 468 „Spannungsfeld Bundeswehr“ mit Beiträgen von
Helmut Dotzler, Florian Hahn, Ralf Roloff und Sylvia Spies-Otto



Herausgeber:

© 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung

der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Bildnachweis für Titel:
jamdesign - Fotolia

